

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. Jahrgang
204 | März/April 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



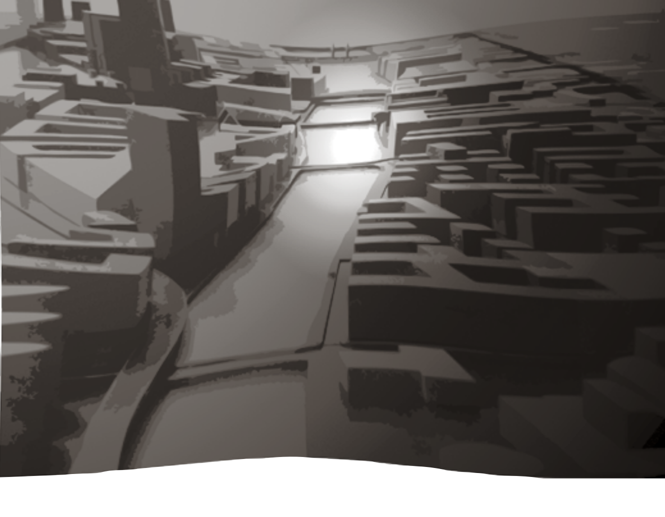
www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Abend in der Stadt

Der Kampf um Wohnraum im Kapitalismus geht in die nächste Runde

„Liebig-Krawalle kosten 1 Mio." titelte die Berliner Boulevardzeitung BZ am 3. Februar und sprach von einer „Rache-Nacht der Chaoten". Dem vorausgegangen war die Räumung des Hausprojektes Liebig 14 am Vortag. Die Zeitungsmeldungen über das „letzte besetzte Haus Berlins" erinnerten an die 90er Jahre, als Konflikte zwischen HausbesetzerInnen und HausbesitzerInnen sowie der Polizei regelmäßig für entsprechende Schlagzeilen sorgten. Diese ritualisierten Diskurse geben aber nur einen kleinen Teil der Realität wieder, denn tatsächlich ging es in diesem Konflikt zwischen den BewohnerInnen der Liebigstr. 14 und dem berüchtigten Hauseigentümer Suitbert Beulker, also um einen Kampf zwischen MieterInnen und ihrem Vermieter. Das Haus war zwar 1990 besetzt, aber schon 1992 durch Mietverträge legalisiert worden. Erst als im letzten Jahr die mehrere Prozesse verloren gingen und sich die BewohnerInnen diesen Urteilen nicht beugten, konnte das Haus wieder als besetzt bezeichnet werden.



Heutige Kämpfe um Wohnraum haben mit Hausbesetzung wenig zu tun. Es sind Kämpfe von MieterInnen gegen ihre Vermieter. Nicht zuletzt auch die BewohnerInnen der Liebig 14 hatten, auch wenn kurz vor der Räumung die Hausbesetzerrhetorik dominierte, immer wieder auf diese Parallele zwischen ihrer Situation und der vieler anderer Menschen hingewiesen.

In den letzten Jahren kam es durch die Umsetzung neoliberaler Doktrinen und der hohen Verschuldung der Kommunen zu großflächigen Verkäufen von öffentlichem Wohnungsbestand an private Konzerne oder einzelne ImmobilienbesitzerInnen. Die Folge ist, dass MieterInnen noch weniger Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Interessen im ungleichen Machtkampf mit den HauseigentümerInnen finden. Konfrontiert mit anonymen bürokratischen Strukturen und einem scheinbar undurchdringlichen Paragrafendschungel bleibt bei vielen nur noch ein Gefühl der Ohnmacht. Ähnlich wie im Arbeitsbereich wird auch hier der Klassenkampf von oben immer erbitterter und formalisierter geführt. Begünstigt wird die Situation für die HausbesitzerInnen noch durch eine für sie vorteilhafte rechtliche Lage. Dies macht sich zum Beispiel bemerkbar, wenn der neue Vermieter eine Bescheinigung über Mietschuldenfreiheit verlangen kann, während der alte nicht dazu verpflichtet ist, eine solche auszustellen.

Die Folgen lassen sich auch in Zahlen fassen: Laut dem Stadtsoziologen Sigmar Gude gab man in Deutschland während der 80er Jahre durchschnittlich zwischen 15 und 20 Prozent des Einkommens für Miete aus. Heute sind es 30 Prozent. Im Zusammenhang mit der in den letzten Jahrzehnten stark abwärts laufenden Reallohnentwicklung wird hier eine weitere Ursache für die zunehmende Verarmung vieler Menschen deutlich.

Aber auch wenn die Gegenseite noch in der Offensive ist, sollte dies kein Grund sein zu resignieren, sondern den Widerstand zu entwickeln. Und tatsächlich hat sich in den letzten Jahren deutschlandweit eine kleine, aber im Rahmen ihrer aktuellen Möglichkeiten durchaus wirkungsmächtige Bewegung gegen die zunehmende Gentrifizierung der Städte gebildet. So macht in Hamburg seit 2009 das Netzwerk „Recht auf Stadt" von sich reden, in Freiburg, wo sich auch die FAU des Themas angenommen hat, will aktuell ein Bündnis über einen Bürgerentscheid eine Sperrminorität gegen die Privatisierung von öffentlichen Wohnflächen durchsetzen und in Berlin wurde die Kampagne „Mediaspree versenken!" gegründet. Die InitiatorInnen des Mietshäusersyndikates hatten die Zeichen der Zeit schon länger erkannt und bereits in den 90er Jahren ein Konzept entwickelt, mit dem Häuser dem Markt dauerhaft entzogen und von ihren MieterInnen verwaltet werden können. Es gibt also schon einige Ansätze den Widerstand zu entwickeln.

Die syndikalistische Bewegung kann nicht zuletzt auch aus ihrer eigenen Geschichte einiges an Inspiration gewinnen und wieder erlernen, wie man sich Selbstbestimmung nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Bezug auf den Wohnraum erkämpfen kann. Wie dies im Hier und Heute aussehen könnte, zeigt uns die polnische Schwestergewerkschaft der FAU: Die ZSP organisiert seit Oktober in Warschau einen langfristig angelegten Mietstreik (siehe *DA* 203). Auch wenn die syndikalistische Bewegung ihren Schwerpunkt in der Organisierung des Widerstandes am Arbeitsplatz hat, ist es offensichtlich, dass die Kämpfe für ein würdiges Leben im Betrieb letztendlich das Leben der Menschen ebenso beeinflussen wie die um den Wohnraum. Eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit auf beiden Themenfeldern ist dementsprechend angezeigt.

Florian Wegner

mehr zum Thema in dieser DA-Ausgabe

Im Westen geht die Sonne auf

Wesentlich im Kampf gegen die Diktatoren Nordafrikas waren die Streiks – damit haben nun auch die neuen Regierungen ein Problem

Die verwackelten Aufnahmen von Foto-Handys aus Nordafrika vermittelten uns in diesem Winter 2010/2011 das, was die Aufnahmen von Marschflugkörpern über dem Irak vor 20 Jahren boten: das Gefühl, ganz nah dran zu sein – an den Geschehen im arabischen „Westen" (Maghreb) und im Nahen Osten. Dass es sowas noch gibt: „Revolution"! Nicht minder überraschend, in deutschen Medien ausführliche Berichte über die Mittelmeer-Anrainer zu finden. Zugegeben, normalerweise ist das politische Klima ja recht „unappetitlich" da: Diktatur, Zentralismus, Korruption, konzertiert von Repression durch Entlassung oder Entführung/Folter ... Da schaut man lieber weg, oder berichtet von Solar-Großprojekten in der Wüste.

Keine Ruhe nach dem Sturm

Wie inzwischen allseits bekannt, entzündete sich die Flamme des Aufstands zunächst in Tunesien. Hier kam es in der Provinzstadt Sidi Bouzid zu Demonstrationen, nachdem sich am 17. Dez. ein junger Akademiker namens Mohammed Bouazizi selbst verbrannte, weil die Polizei seinen Gemüsehandel dichtmachte. Weder sein Schicksal noch das Vorgehen der Polizei ist ein Einzelfall. Doch das Problem liegt tiefer: „Es ist die Fusion von Partei, Staat und Verwaltung. Alles steht im Dienste des Staates," erklärte ein Journalist. Die Mindestforderung war der Abtritt von Präsident Ben Ali, der sich am 14. Jan. absetzte, nachdem das Militär den Schießbefehl verweigert hatte – dennoch waren nach fast vier Wochen mehr als 200 Tote zu beklagen. Seit Januar gilt ein Ausnahmezustand, der Weg der Übergangsregierung unter Ghannouchi ist weiterhin unklar. Zwar wurde der Besitz des Diktatoren-Clans, d.h. alle wesentlichen Teile der tunesischen Wirtschaft „eingefroren" und in eine Treuhandgesellschaft überführt. Aber die Vertreter des alten Regimes sind nicht vollends weg vom Ruder. Greifbare Erfolge sind zunächst die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung und erste Freilassungen politischer Häftlinge. Berichten zufolge demonstrierten Ende Februar wieder mehr als 100.000 Menschen in Tunis – gegen die neue Regierung mit alten Gesichtern.

Das gleiche Los zog Ägypten: Angespornt vom tunesischen Beispiel sammeln sich seit dem 25. Jan. Massen auf dem Tahrir-Platz in Kairo und fordern den Rücktritt des Präsidenten Mubarak. Versammelt hatte sich, so Susanne El Khafif, „das Volk, mit einer nach wie vor starken Präsenz der akademischen Mittelschicht" und ihrer elektronischen Medien. Als unabdingbarer Nährboden für dieses Aufbegehren aber gelten die seit fünf Jahren zunehmenden Arbeiterkämpfe. Nachdem nun Streiks anschwollen und das Militär Polizei und Schläger gegen die Demonstranten nicht unterstützte, trat Mubarak am 11. Feb. ab. Zwei Tage darauf löste ein Militärrat unter dem Mubarak-Vertrauten Tantawi das Parlament auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Ein seltsamer Sieg der Demokratie, der mindestens 300 Menschenleben kostete. Obwohl der seit 1981 geltende Ausnahmezustand noch in Kraft ist, scheint die Lage sehr viel offener. Das haben auch westliche Wirtschaftsexperten verstanden. Die Nachrichtenagentur *Reuters* zitiert „Analysten" wie folgt: Wichtig sei es, nun die Erwartungen der gestärkten Arbeiter in den Griff zu bekommen. Das Militär stehe unter Druck, „schnell einige glaubwürdige Vertreter der Opposition an die Regierung zu bringen, um die Nachricht zu überbringen, die viele Ägypter nicht hören wollen – dass man nicht in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen."

Fortsetzung auf Seite 9

Catwalk



Soli gegen Langeweile

Wer in Zeiten globaler Revolten nicht so recht weiß, was er im Land des sozialen Friedens ausrichten soll, findet zur Zeit genügend Gelegenheit, sich in Solidarität mit Kämpfenden außerhalb Deutschlands zu üben. Zum Beispiel mit den Beschäftigten bei OBI in Polen, wo die ZSP die KollegInnen in ihrem Kampf um grundlegende Rechte unterstützt (siehe Seite 7). Oder etwa mit den LeiharbeiterInnen bei der OTTO-Zeitarbeitsagentur in den Niederlanden, die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind und von der polnischen ZSP und der slowakischen Priama Akcia unterstützt werden (siehe Seite 11). Oder mit den hungerstreikenden Flüchtlingen in Griechenland, zu deren Unterstützung u.a. die syndikalistische ESE aufruft (siehe Seite 11). Oder oder oder...

Abend in der Stadt

Auch diesmal gibt es wieder einen Release der neuen DA. Thema: Der Kampf um Wohnraum im Kapitalismus. Während die FAU Freiburg am 25. März auf einer Soli-Party zum Recht auf Stadt die neue Ausgabe der spannenden Gewerkschaftszeitung vorstellen wird, lädt die Redaktion der DA in Berlin zu einer Diskussionsveranstaltung. Es diskutieren VertreterInnen von: Berliner Mietergemeinschaft, Liebig 14, FAU Berlin und Kampagne gegen Zwangsumzüge. **Am 14. Januar 2011, um 19.00 Uhr, im (neuen) FAU-Lokal, Lottumstr. 11 (Berlin-P'Berg).**

Besuch dich glücklich!

In Mannheim gibt es nicht nur fantasielose Quadratstraßen und schwere Industrieluft, sondern auch eine agile libertäre Gruppe. Die Anarchistische Gruppe Mannheim möchte nun den Spirit des Anarchismus in die kurpfälzische Stadt bringen und organisiert vom 8. bis 10. April die 1. Anarchistische Buchmesse in Mannheim. Als Medienpartner der Buchmesse wird auch die DA vor Ort sein und trägt mit einer Veranstaltung zu Wohnraumkämpfen zum Programm bei (siehe auch Seite 3).



Am Sa. 9. April und So. 10. April im Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 6. Los geht es bereits am Fr. 8. April mit einem Eröffnungskonzert im Jugendzentrum „Friedrich Dürr", Käthe-Kollwitz-Str. 2–4. Weitere Infos auf: **www.buchmessemannheim.blogsport.de**

FAU-Ticker

+++ FAU München kritisiert dauerhaften den Einsatz von LeiharbeiterInnen bei der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), der 2010 auch vom Betriebsrat abgelehnt worden war +++ FAU-Arbeitsgruppe „Finger weg vom Streikrecht!" legt Flugblatt in Massenauflage auf und führt Debatte gegen die Tarifeinheits-Initiative auf Veranstaltungen weiter +++ Nach Beteiligung am Bündnis „Recht auf Stadt" ruft FAU Freiburg einen Solidaritätsfonds für MieterInnenkämpfe ins Leben +++ FAU Frankfurt nahm am 11.02. an einer Soli-Kundgebung mit den 300 Hungerstreikenden in Athen und Thessaloniki (siehe S. 11). Kundgebungen hatte es bereits in Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Köln gegeben. +++ Bereits vor dem Internationalen OBI-Aktionstag am 26.2. führten u.a. die FAU Kiel und Hamburg sowie Rhein-Main Solidaritätsaktionen vor Baumärkten der Kette durch +++

Hosianna, die Despoten haben die Spendierhosen an! Der Scheich von Kuwait beschenkt jeden Staatsbürger mit 1.000 Dinar und Nahrungsmitteln, und der saudische Regent macht satte 35 Mrd. Dollar für Gehaltserhöhungen und die neue Arbeitslosenhilfe locker. Auch in Deutschland gibt sich der Neuadel mildtätig: Der Regelsatz für Hartz IV-EmpfängerInnen wird endlich erhöht – um fünf Euro. „Tanzt, singt, seid fröhlich", mag man da in den Worten Gaddafis dem deutschen Volke zurufen, das die Gaben seiner Herren noch zu schätzen weiß.

Ja, es ist ruhig in Deutschland. Und wird es vermutlich noch ein wenig so bleiben, während ein Land nach dem anderen von der revolutionären Flamme erfasst wird. Überall, schon längst nicht mehr nur im arabischen Raum, gärt es. In den USA (siehe S. 10) regt es sich ebenso wie im Iran oder China. Auch Griechenland scheint vor einer neuen Welle des Unmuts zu stehen. Es ist zweifelsohne der größte Unruhezyklus seit Jahrzehnten, und er steht im Zusammenhang mit der kapitalistischen Krise, die die ArbeiterInnen in vielen Ländern hart getroffen hat. Was die bürgerlichen Medien kaum auszusprechen wagen: Die Arbeiterbewegung zeigt sich in diesen Kämpfen wieder als schwungvolle Akteurin und ist sich durchaus über den globalen Zusammenhang ihrer Regungen bewusst.

Als Zweimonatszeitung hat uns die Dynamik der Ereignisse ganz besonderes Kopfzerbrechen bereitet. Ganz erwartet unerwartet müssen wir hier im Editorial eine Korrektur anbringen: Kaum war unser Beitrag zu den arabischen Revolten durch die Produktion, fiel schon der nächste Staatschef. So hat nun, nach anhaltenden Massenprotesten, in Tunesien Übergangpräsident Ghannouchi das Handtuch geworfen. Auch dies zeigt: Es wird spannend bleiben!

Bei aller Faszination, die von den Erhebungen ausgeht, ist im Hinblick auf die entstehenden Machtvakuen auch Vorsicht geboten. Die Revolten sind gewiss nicht das Ergebnis gewachsener Bewegungen, die ein Konzept für gesellschaftliche Transformation verfolgen. So öffnet die Spontaneität der Massen auch riskante Räume im Spiel von Aktion und Reaktion. In Deutschland etwa sollten wir besonders gewarnt sein: Krisen weiß der geübte autoritäre Charakter stets nach außen und nach unten zu kompensieren, einig in der Niedertracht gegenüber Sündenböcken. Das haben uns die nationalen Reflexe während der Krise verdeutlicht.

Bewegungspolitisch ist Deutschland ein Entwicklungsland und hat einiges bei der Etablierung einer kämpferischen Kultur nachzuholen. Felder, auf denen sich Kampf- und Organisationsformen entwickeln lassen, gibt es viele. Das zeigen auch unsere Beiträge über die aktuelle Zuspitzung des Klassenkampfes in der Wohnraumfrage, geht der Angriff auf die Löhne doch einher mit steigenden Mieten und Verdrängung. Grund genug, dieses Thema in den Mittelpunkt dieser Ausgabe zu stellen und ihm unsere frisch eingeführte DA-Release-Veranstaltung zu widmen (siehe Catwalk auf S. 1). Die erste dieser Art – im Januar in Berlin, über Sexarbeit – war schon mal ein großer Erfolg. Und wir hoffen, dass die damit verbundenen Diskussionen in Zukunft nicht nur Berlin vorbehalten bleiben.

Holger Marcks (Redaktion Globales)

DA-Release-Veranstaltung im Januar in Berlin, u.a. mit Vertreterinnen von Hydra und Ban Ying.

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich ..... Kontakt über Bremen
Bad Segeberg ..... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld ..... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig ..... FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen ..... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg ..... FAU Flensburg, Heinrichstr. 8, 24937 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg ..... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover ..... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr
Kiel ..... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck ..... Kontakt über Hamburg
Wismar ..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen ..... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn ..... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund ..... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg ..... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen ..... FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster ..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. mit Film oder Vortrag am 3. & 5. Di. im Monat um 19.00 Uhr, Tel. (0251) 5389797, Arbeitstreffen am 2. & 4. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen ..... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig
Berlin ..... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Mo. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion IT und Elektro, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden ..... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>
Gransee ..... Kontakt über Berlin
Halle/Saale ..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau ..... Kontakt über Meiningen
Leipzig ..... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen ..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam ..... Kontakt über Berlin
Suhl ..... Kontakt über Meiningen
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ..... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ..... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So. im Monat ab 18 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, jeden 2. & 4. Freitag: anarchosyndikalistische Kneipe im Infoladen „Gartenstraße 19" ab 18.00 Uhr, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links — nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe ..... fauka@fau.org oder Kontakt über Frankfurt/M.
Kassel ..... FAU Kassel, <fauks@fau.org>, "Blauer Montag": 1. & 3. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „karoshi", Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel
Lich ..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg ..... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
Memmingen ..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München ..... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W. ..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg ..... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken ..... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart ..... FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ..... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

- Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
- Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
- ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
- Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Odyssee im (a)sozialen Raum

Über den Missbrauch des ALG II als Wahlkampfmittel und die Krise der Erwerbslosenbewegung
Ein Gespräch mit Anne Seeck

Nach der wirtschaftlichen Erholung 2010 war für das Jahresende ein „Heißer Herbst" angekündigt. Der DGB wollte den Protest „in die Betriebe und Verwaltungen tragen", Erwerbslosengruppen riefen zu Protesten auf der Straße auf. Möglicherweise sind viele Aktivitäten gelaufen, aber die Ergebnisse sind bescheiden. Mitte Januar folgert der Bremer Erwerbslosenverband, dass nur eine eigenständige Organisierung die sozialen Bewegungen zur Stärke verhelfen könne; derzeit habe man sich auf eine „längere Aufbau- und Neuorientierungsphase" einzustellen, etwa um sich vom Mythos der Einheitsgewerkschaft zu befreien. Die Direkte Aktion *sprach mit der langjährigen Berliner Erwerbslosenaktivistin Anne Seeck.*

Das einzige Ergebnis des „heißen Herbstes" im Jahre 2010 scheint die seither laufende Debatte um eine „Hartz-IV-Reform" zu sein. Ist das nur eine andere Form des Wahlkampfes?

Natürlich ist das Wahlkampf. SPD und Grüne, die uns Hartz IV eingebrockt haben, entdecken plötzlich ihre „soziale Ader". Sie haben den Regelsatz so niedrig angesetzt. Sie haben die einmaligen Beihilfen abgeschafft. Sie haben die Hartz IV-Kinder in Not gestürzt. Sie glauben wohl, wir leiden alle unter Gedächtnisverlust. Ihre verlogene Samariterrolle können sie sich sparen. Von CDU und FDP ganz zu schweigen.

Vor genau einem Jahr beklagtest du in der *Direkten Aktion* die lähmende Wirkung illusorischer Hoffnungen, die viele Erwerbslose in die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gesetzt hätten. Wie siehst du die Lage heute?

Genau das hat sich bewahrheitet. Die hochbezahlten RichterInnen stellten nicht fest, dass der Regelsatz zu niedrig sei, sondern übten nur Kritik an dem Berechnungsverfahren. Ja, und so wird neu gerechnet. Die Rechenkünstler brachten wahre Meisterleistungen zustande. Sie rechneten Tabak und Alkohol einfach raus, mogelten bei der Referenzgruppe und machten ihr Rechenverfahren nicht transparent. Die KritikerInnen des Verfahrens rechneten dann dagegen, d.h. sie ließen sich auf diese Logik ein. Und so rechneten sie, dass sie zusätzliche 80 Euro für Lebensmittel brauchen, und die fordern sie dann von dem gleichen Staat, der die 5-Euro-Regelsatzerhöhung plant...

Vor kurzem hast du die Erwerbslosenbewegung hierzulande als „nicht mobilisierungsfähig" bezeichnet. Wie ist die zur Zeit aufgestellt und was macht sie?

Die Erwerbslosenbewegung ist in der Krise, trotzdem wird so weiter gemacht, ohne Reflexion und Strategie. Das Bündnis „Regelsatzerhöhung jetzt!" in Berlin verschickte Briefe an alle Bundestagsabgeordneten und freute sich, als Siegmar Gabriel antwortete. Dort geht es darum, Verbündete in der Mitte zu finden. Bundesweit gibt es das „Krachschlagen"-Bündnis, das diese 80 Euro mehr vom Staat will. Mitte und Staat als Rettungsanker... Dabei sind sie nicht in der Lage, die Basis der Hartz IV-BezieherInnen zu mobilisieren, was allerdings auch schwer ist. In Berlin-Neukölln standen wöchentlich Mitglieder der linken Gruppe FelS vor dem Jobcenter und führten Befragungen durch, zu den Jobcenterversammlungen kamen dann allerdings kaum „normale" Erwerbslose.

Welche Rolle spielt hier die Spannung zwischen Sozialberatung und Selbstermächtigung, zwischen Kampf mit dem Amt und kollektiver Aktion?

In Berlin gibt es kaum gute unabhängige Beratung. Sozialberatung ist nicht an sich politisch, erst durch einen kollektiven Prozess wird sie politisch. Ein positives Beispiel ist da die ALSO in Oldenburg. Die Erkenntnisse ihrer Beratung findet man in der Arbeitslosenzeitung quer und diese schlagen sich auch in Aktionen nieder. Allerdings hat die langjährige bundesweite Konzentration auf die Beratungsarbeit die Individualisierung bestärkt und eine kollektive Organisierung und Selbstermächtigung eher behindert. Durch ihre Beratungsarbeit hat die bundesweite Erwerbslosenbewegung aber auch Erfolg, indem Menschen zunehmend klagen, mittlerweile sind die Sozialgerichte überlastet. Im Clement-Report „Vorrang für die Anständigen" wurden die Berater als „Anstifter zum Sozialmissbrauch" bezeichnet.

Welche Lehren mussten oder müssten die aktiven Erwerbslosen aus den Montagsdemonstrationen von 2004 ziehen?

Die Parlamentarisierung bringt uns keinen Schritt weiter. Mit dem Aufbau der WASG wurde der Protest in parlamentarische Bahnen gelenkt. Die LINKE, die die WASG dann schluckte, hat von den Hartz-Protesten zwar profitiert, den Hartz IV-BezieherInnen hat das aber nicht geholfen. Dort, wo die Linke mitregiert, macht sie neoliberale Politik. Nicht Befriedung, sondern Aufruhr ist der Weg.

Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Die Herrschenden schwingen gegenüber ihren radikalen Gegnern im Kapitalismus mit der Extremismuskeule, unterstützt von den Medienkonzernen. Während bei den Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR die Zahl der TeilnehmerInnen und die Bedeutung der Opposition aufgebauscht, die FernsehzuschauerInnen ermutigt wurden, am „friedlichen" Protest teilzunehmen, wurde bei den Montagsdemonstrationen 2004 schließlich vor Rattenfängern und einer Radikalisierung gewarnt, um die Bürger von den Demonstrationen fernzuhalten. Die DemonstrantInnen sollten in gute (also reformistische) und schlechte (also radikale) gespalten werden. Es sind die immer gleichen Herrschaftsmechanismen, hinter denen mächtige Interessen stehen, auf die wir uns nicht einlassen dürfen.

Mit dem Ausspruch von der „Arbeit für alle" zeigt Merkel auch rhetorische Kontinuität zu ihrem Vorgänger Schröder. Könnte die Einführung eines „Grundeinkommens" ein Fluchtweg sein aus unserer Gefangenschaft in Arbeit und Arbeitslosigkeit?

Ich finde die Diskussion um den Arbeitszwang und Arbeitsbegriff wichtig, nur leider gibt es beim BGE Haken. Die Finanzierungsmodelle verlangen, dass die kapitalistische Produktionsweise so weiter funktioniert. Das ist ökologisch eine Katastrophe. Zudem ist es meistens eine nationale Forderung. Also ein gutes Leben auf Kosten des Klimas und der Peripherie? Auch die neuen Freunde des BGE sind mir suspekt, so Götz Werner (Milliardär und dm-Chef), Thomas Straubhaar (Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) und Dieter Althaus (CDU). Und dann noch die FDP mit ihrem Bürgergeld, die würde das jetzige Sozialsystem am liebsten ganz zerschlagen.

Wie ließe sich deiner Meinung nach ansetzen, um die eigene Schwäche oder ein Gefühl der Schwäche zu überwinden?

Um Proteste bewirken zu können, müssen Menschen die Schuld nicht bei sich selbst, sondern beim System suchen. Zudem dürfen sie nicht fatalistisch sein, sondern müssen an die Veränderbarkeit des Systems glauben. Wichtig ist, dass sie Erfolge im Alltag spüren. Daher brauchen wir Alltagskämpfe im Jobcenter und im Stadtteil, z.B. Begleitungen, Zahltage, Jobcenter- und Stadtteilversammlungen. Zudem bedarf es einer Gegenkultur von unten – wir müssen experimentieren mit kleinen Netzen und Eigenökonomie. Aufklärung und politische Bildung sind wichtig, aus der müssen aber Organisierungen und Kämpfe folgen. Es braucht viele Alternativendiskussionen jenseits des kapitalistischen Systems. Reflexion und Aktion! Unberechenbar sein! Die Systemfrage stellen!

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Andreas Förster



Bundesweite Erwerbslosendemonstration in Oldenburg am 10. Oktober 2010

Quelle: Erwerbslosen Forum Deutschland

Kolumne Durruti



Der Winter in Berlin ist mild geworden. Tausende Menschen ziehen mit roten Fahnen und einem Haufen Pappschildern vom Treffpunkt Frankfurter Tor Richtung Gedenkstätte in Friedrichsfelde. Mir scheint, ich befinde mich auf der größten Mottoparty Berlins. Das Thema ist unverkennbar: „Arbeiterführer". Zwei Reihen vor mir erkenne ich Karl Marx. Er schaut unruhig von links nach rechts. Vermutlich hält er nach seinem Freund Friedrich Ausschau. Am Rand steht Clara Zetkin und verteilt schlecht kopierte DIN A5-Flyer. Franz Mehring eilt schon mal vor raus. Er muss zur Gedenkstätte – die Bratwürste für die Genossen auf den Grill werfen. Sogar Josef Stalin hat sich hier her getraut – mir graut's: Es ist „Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemo".

Bei all den „Arbeiterführern" habe ich eigentlich nur einen wirklich vermisst – den ersten Vorsitzenden der SPD: Sigmar Gabriel. Hatte der doch kürzlich erst im ZDF-Morgenmagazin verkündet, die SPD sei „... wieder Partei der Arbeit". Man stelle sich das einmal vor: Karl Marx, Friedrich Engels und jetzt Sigmar Gabriel ... unser Arbeiterführer. Ähem, welcher Schlingel des ZDF-Morgenmagazins hat dem SPD-Vorsitzenden da eigentlich was in den Kaffee gerührt?! Und wenn es nicht der Typ vom ZDF-Morgenmagazin war, der den Kaffee überzuckert hat, was ist dann in den Insolvenzverwalter der SPD gefahren?! Ist es die bloße Existenzangst der Partei, der Angstschweiß, die Zerstrittenheit der Flügel, die Orientierungslosigkeit nach dem Wahldebakel von 2009? „Wie wird die SPD wieder sexy?", titelte die SPD-Mitgliederzeitung *Vorwärts* in ihrer Novemberausgabe. Eine gute Frage. Gerechtfertigt ist allerdings auch die Gegenfrage, die Peter Dausend in der *Zeit* stellte: „Wer hat hier eigentlich das Wörtchen ‚wieder' eingeschmuggelt?" Denn den Ruf überbordender Erotik hatte die SPD noch nie inne. Da hat doch jemand die Signale überhört!

Ganz im Gegensatz zu Gesine Lötzsch, auch so eine Arbeiterführerin. Die hat die Signale nicht nur nicht überhört, die hat sie sogar selber ausgesendet, als sie in der *Jungen Welt* dazu aufrief, wieder Wege in Richtung Kommunismus auszuprobieren. Sehr zur Freude der bürgerlichen Presse, der Boulevardjournaille und dem bürgerlichen sowie ultrarechten Parteienspektrum. Die Linke ließe „Zweifel an ihrer demokratischen Grundorientierung aufkommen", so Gabriel in der *Süddeutschen*. Und weil das Bekenntnis zum Kapitalismus ja derart von einer demokratischen Gesinnung zeugt, könne man, nein müsse man jetzt auch als Bewahrer der Demokratie ernsthaft über ein Verbotsverfahren für solche antidemokratischen, vermeintlich antikapitalistische Signale sendenden Parteien nachdenken, so CDU/CSU. Ja, ja, das kommunistische Gespenst scheint schon wieder sein Unwesen zu treiben und wie gut, dass man als Anarchist nix mit diesem Bundeskasperletheater-Superwahljahrdingsbums zu tun haben muss.

Aber die Marxens und Liebknechts auf der Gedenkdemo regen sich natürlich auf. Da wird man als Kommunist mal wieder so richtig schön durch den Kakao gezogen und kann im Prinzip nix dagegen tun. Außer brüllen. Aber das macht ein echter Berliner ohnehin jeden Tag. Fällt also auch nicht weiter auf.

Lötzsch glaubt ja ernsthaft, sie hätte mit ihrem Ausspruch in ein Wespennest gestochen und die Aufregung sei deswegen so gewaltig, weil die neoliberalen Drohnen bereits vor der nächsten Revolution zittern. Dann schaue ich mich auf der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemo um und zittere auch. Ich fürchte nämlich, dass diese Revolution niemals eintreten wird.

Shevek

TERMINE

☞Berlin

Fr. 4. März, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung in die Gewerkschaftsarbeit der FAU Berlin

Fr. 11. März, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Diskussion: Abend in der Stadt
Der Kampf um Wohnraum im Kapitalismus. Release der neuen DA (siehe auch S. 1).

Sa. 19. März, 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Gentrifzierung auf Polnisch
AktivistInnen berichten vom Mietstreik in Warschau

☞Bonn

Mi. 16. März, 20.00 Uhr
Netzladen, Wolfstr. 10 (Hinterhaus)
Info: Mikrozensus 2011
Vortrag und Diskussion zur Volkszählung im Mai

☞Frankfurt/M.

Mo. 14. März, 20.00 Uhr
Exzess, Leipziger Str. 91
Info: EU-Protektorat Griechenland
Entwicklungen und Widerstandsperspektiven. Mit Ralf Dreis

☞Freiburg

Fr. 25. März, ab 20.00 Uhr
KTS, Basler Str. 103
Soli-Party: Recht auf Stadt
Mit Film „Empire St. Pauli". Release der neuen DA

☞Lich

Do. 10. März bis So. 27. März
Schäfergasse 9
Ausstellung: Gustav Landauer
Organisiert von der FAU Lich

☞Mannheim

Sa. 9. Apr. bis 10. Apr.
Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 46
Event: 1. Anarchistische Buchmesse
DA-Veranstaltung: „Abend in der Stadt. Der Kampf um Wohnraum im Kapitalismus". Mit Holger Marcks & Sebastian Frei am Sa., 16.00 Uhr

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org



Foto: Michael Hughes

Vorwärts in die Vergangenheit

Klassenkampf findet verstärkt auch um Wohnraum statt. Der Bezug auf gewerkschaftliche Organisiations- und Aktionsformen könnte Mieterkämpfen eine neue Qualität verleihen.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren v.a. in gefragten Innenstadtbereichen gewandelt – aus Mietersicht zum Schlechteren. Dies schlägt sich insbesondere in höheren Mieten nieder, aufgrund derer die ärmere Bevölkerung aus attraktiven Vierteln zunehmend verdrängt wird. So wurde etwa in Berlin laut einer aktuellen Forsa-Umfrage in den vergangenen drei Jahren für jeden dritten Haushalt die Miete erhöht. 23% der Betroffenen sehen sich in Folge dessen zu einem Umzug gezwungen.

Angriff auf die mietende Klasse

Diese Tatsache ist ein Ergebnis der Wohnungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte. Die Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften hat zu teils drastischen Mietsteigerungen oder zu zahlreichen Entmietungsversuchen geführt, bei denen Luxussanierungen durchgeführt oder die Wohnungen in Eigentum umgewandelt werden. Andererseits sägen Gesetzesinitiativen an den Mieterrechten. Auch der laufende Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung sieht zahlreiche Verschlechterungen vor: Eine Mietminderung soll bei energetischer Sanierung der Wohnungen nicht mehr zulässig sein, Kündigungsfristen für MieterInnen und VermieterInnen sollen angeglichen werden. Auch den Kampf gegen sog. „Mietnomaden" hat sich die Koalition auf die Fahnen geschrieben. Laut der Regierung verursacht das Mietnomadentum Millionenschäden. Allerdings zeichnet eine Studie im Auftrag derselben Bundesregierung ein weniger dramatisches Bild: Im Gegensatz zur Regierung, die eine Zahl von mehreren zehntausend Fällen von Mietnomandentum angibt, beziffert die Studie die Fälle auf lediglich 200.

Unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen sind zuletzt vonseiten der Vermieter zusätzliche Disziplinierungsinstrumente eingeführt bzw. standardisiert worden, wie etwa die berüchtigte Mietschuldenfreiheitsbescheinigung oder Datenbanken im Internet, in denen „schwarze Schafe" erfasst werden. Derartige Dateien dienen offiziell als Abwehrmaßnahme gegen Mietnomaden, doch typologisch stehen sie in der Tradition des Blacklisting von „Störenfrieden" oder GewerkschafterInnen. Zwar bewegen sich die Vermieter damit in einer rechtlichen Grauzone, doch allein die Furcht vor negativen Einträgen führt oftmals dazu, dass MieterInnen gesetzliche Rechte wie das zur Mietminderung nicht mehr wahrnehmen.

Auch von anderer Seite droht Gefahr für die MieterInnen in Deutschland. Während die Politik sehr engagiert wirkt, die Recht der VermieterInnen zu stärken, zeichnet sie sich im Bereich des Wohnungsbaus – ebenso wie linke und sozialdemokratische PolitikerInnen – durch Untätigkeit aus. Laut Deutschem Mieterbund müssen bis 2015 bis zu 1,2 Mio. Wohnungen neu gebaut werden, tatsächlich aber werden zur Zeit nur 175.000 fertiggestellt. Das dürfte den in vielen Großstädten bereits jetzt offensichtlichen Wohnungsmangel noch weiter verschärfen und die Verhandlungsposition der VermieterInnen weiter stärken.

Gegenwehr mangelhaft

In Anbetracht des Ausmaßes dieses Angriffs auf erkämpfte soziale Standards fällt die Gegenwehr gering aus. Zwar leisten Mietervereine eine wichtige und notwendige Arbeit, im Wesentlichen aber beraten dort v.a. ExpertInnen einzelne zahlende Mitglieder in rechtlichen Fragen. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder wird dabei nur in ihrem eigenen Fall und auf juristischer Ebene aktiv. Neben der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für die Interessen von MieterInnen bieten Mietervereine so primär Unterstützung bei Rechtsbrüchen von VermieterInnen, wird also nur auf formelle Entgleisungen reagiert.

Doch nicht alle Widrigkeiten, mit denen sich MieterInnen konfrontiert sehen, sind auf Gesetzesverstöße zurückzuführen. Wenn bspw. in der Fanny-Hensel-Siedlung in Berlin-Schöneberg, aufgrund der früheren Förderung der ehem. Sozialwohnungen, völlig legal Mieten oberhalb von 12 EUR/m2 netto kalt verlangt werden, ist dagegen juristisch nicht vorzugehen: der Vermieter ist im Recht, auch wenn es nicht so scheinen mag. Auch ist es nicht immer möglich, das Recht einzufordern. Wenn ein Vermieter – wie es in vielen Szenevierteln Praxis ist – Mieten weit über der ortsüblichen Vergleichsmiete fordert, dürfte eine Klage wegen Mietwucher zwar prinzipiell möglich sein, die Wohnung bekommt man aber natürlich nicht. Zudem müsste in diesem Fall eine Notlage auf dem Wohnungsmarkt gerichtlich festgestellt werden. Dem steht aber die gebetsmühlenartig wiederholte Mär eines entspannten Wohnungsmarktes entgegen.

Neben den Mietervereinen sind in manchen Städten, wie Berlin, Hamburg oder Freiburg, linke Kampagnen gegen Stadtumstrukturierung entstanden. Im Zuge der fortschreitenden Kommerzialisierung von Wohnraum sind auch immer mehr linke Hausprojekte Opfer der Verdrängung geworden, ebenso können sich viele AktivistInnen die Mieten in den beliebten Szenevierteln nicht mehr leisten. Diese Kampagnen versuchen zwar häufig, inhaltlich den Bogen zu „normalen" MieterInnen zu schlagen, allerdings haben sie an konkreten Strukturen wenig anzubieten. Hinter den losen Bündnissen linker Gruppen steht kein organisatorisches Konzept, das echte Verbesserungen erkämpfen und den offensichtlich vorhandenen Unmut wirksam organisieren könnte. Stattdessen wird sich meist verbal an Yuppies, Luxuslofts und Townhouses abgearbeitet und auf Demonstrationen mit Parolen wie „Miete verweigern, Kündigung ins Klo" zum Widerstand aufgefordert. Wie diejenigen, die dem Aufruf Folge leisten möchten, unterstützt und auch geschützt werden sollen, bleibt offen.

Wem gehört das Haus?

Offensichtlich ist im Mietbereich eine nachhaltige Organisierung notwendig, die sich an den grundlegenden Umständen orientiert und in der die MieterInnen selbst ihre Ziele einbringen. Dabei sind auch die Besitzverhältnisse relevant, auf denen sich die Abhängigkeit der MieterInnen gegenüber dem Vermieter gründet. Weil die meisten Menschen finanziell nicht in der Lage zum Erwerb von Immobilien sind, könnte diesbezüglich ein solidarischer Zusammenschluss selbstverwalteter Projekte in Betracht gezogen werden. Einen solchen Ansatz verfolgt das Anfang der 1990er in Freiburg gegründete Mietshäusersyndikat, das den Kauf von Wohnraum durch dessen BewohnerInnen organisiert. Inzwischen umfasst die Organisation rund 60 Projekte, in denen jeweils zwischen einem Dutzend und über hundert Menschen leben.

Ein solches Projekt erfordert allerdings einen hohen Aufwand und viel Ressourcen, auch weil private Investoren wesentlich schneller an Kapital kommen und so auf dem Immobilienmarkt Vorteile gegenüber Basisinitiativen haben. Wegen der schlechteren Kreditkonditionen sind die Mieten in selbstverwalteten Projekten teilweise sogar höher als auf dem freien Markt. Das Mietshäusersyndikat dürfte in den nächsten Jahren zwar weiter wachsen, aber dennoch marginal bleiben. Aufgrund der Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt und der Schwierigkeit, Häuser zu erwerben, ist nicht davon auszugehen, dass es sich zu mehr als einem etwas größeren Nischenprojekt entwickelt. In gewisser Weise steht das Mietshäusersyndikat vor einem ähnlichen Problem wie die selbstverwalteten Betriebe: die unmittelbar Beteiligten haben zwar einen höheren Grad an Selbstbestimmung und dienen als illustrative Beispiele von Alternativen, aber eine ernsthafte „Konkurrenz" zum kapitalistischen Markt ist geradezu utopisch.

Kollektive Organisierung

Neben der grundsätzlichen Frage der Besitzverhältnisse sind viele MieterInnen von konkreten Problemen betroffen, die nicht immer gemeinsam mit einem Mieterverein vor Gericht zu lösen sind. Zudem finden viele der Angriffe auf MieterInnen mit System statt und sollten entsprechend auch kollektiv beantwortet werden, anstatt sich in individuellen Rechtsstreiten zu verlieren. Sowohl die Geschichte der Arbeiterbewegung als auch jüngere Erfahrungen zeigen, dass in Mieterkämpfen die in der Gewerkschaftsbewegung erprobten Kampfformen wie z.B. Kundgebungen, Kampagnen, Blockaden, Verhandlungen oder auch Streiks zu kollektiven Erfolgen führen können.

Der letzte großflächige Mietstreik in Deutschland fand 1932/1933 in Berlin statt, getragen wurde er v.a. von Kommunisten und Sozialdemokraten. Aufgrund der Wirtschaftskrise hatte sich die soziale Lage drastisch verschlechtert, viele ArbeiterInnen hatten ihre Anstellung verloren und konnten somit Mietzahlungen nicht nachkommen. Gleichzeitig nutzten Vermieter die Not der Menschen aus und vermieteten schimmelige, feuchte oder von Brand und Einsturz gefährdete Räumlichkeiten. Gegen diese Zustände und die überzogenen Mieten traten im Herbst 1932 die BewohnerInnen Hunderter Mietshäuser, bis hin zu ganzen Straßenzügen, in den Mietstreik. Vorausgegangen war dem eine Aufforderung zur Behebung von Mängeln, die jedoch nicht beachtet wurde. Obwohl die Streikenden staatlicher Repression wie der kollektiven Verhaftung von Versammlungen ausgesetzt waren, erreichten einige MieterInnen beträchtliche Mietsenkungen. Bevor er sich weiter ausbreiten konnte, endete der Mietstreik mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Ein aktuelles Beispiel ist der von der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft ZSP in Warschau organisierte Mietstreik, dem sich inzwischen Hunderte Mieter angeschlossen haben (siehe *DA* Nr. 203). In Polen hat sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Lage der MieterInnen drastisch verschlechtert, Privatisierungen und der Abbau von Mieterrechten wurden noch rücksichtsloser als in Westeuropa betrieben und illegale Räumungen und Schikanen durch die Hausbesitzer nicht juristisch verfolgt. Neben dem Mietstreik der ZSP hat sich in Polen eine breite und heterogene Mieterbewegung herausgebildet, die Piotr Ikonowicz vom Gesamtpolnischen Mieterbund gegenüber dem Berliner *Mieter-Echo* als „die einzige aufstrebende soziale Bewegung von unten in Polen" bezeichnet. In den Warschauer Mieterkämpfen finden gewerkschaftliche Aktionsformen Anwendung: Vor zu privatisierenden Häusern werden Kundgebungen veranstaltet, Räumungen werden durch Blockaden verhindert und Hausverwaltungen direkt unter Druck gesetzt, indem ihre Büros besetzt werden. Außerdem werden MieterInnen rechtlich beraten und mit PolitikerInnen, HausbesitzerInnen oder BeamtInnen verhandelt – all das wird von den MieterInnen selbst organisiert. Neben der konkreten Arbeit zeigen die Treffen des Warschauer Mieterkomitees, dass sie nicht alleine einem übermächtigen Hausbesitzer gegenüberstehen, sondern dass eine Struktur hinter den vermeintlich individuellen Problemen steht und man diesen gemeinsam entgegentreten sollte. So vielfältig die Aktionsformen der Warschauer AktivistInnen sind, so vielfältig sind auch ihre Erfolge, die von der Verhinderung einer Privatisierung bis zur Zuweisung besserer Sozialwohnungen reichen.

Konkrete Erfolge in der Auseinandersetzung um die Interessen von MieterInnen können v.a. erreicht werden, wenn diese nicht nur als KundInnen beraten werden, sondern sie sich selbst einbringen können und über die eigene Hausgemeinschaft hinaus zusammengebracht werden. Die Anwendung gewerkschaftlicher Organisationsformen und Strategien in Mieterkämpfen kann zu konkreten Erfolgen führen, zunächst durch direkte Aktionen und die Leistung gegenseitiger Solidarität, und im weiteren durch die Auswirkungen solcher Kämpfe auf die politische Situation im Allgemeinen.

Sebastian Frei

Auf zum letzten Gefecht

GdL sieht sich durch DGB/BDA-Pläne zur Abschaffung der Tarifpluralität in ihrer Existenz bedroht

Die Auseinandersetzung um die im letzten Sommer vom Bundesarbeitsgericht (BAG) gekippte Tarifeinheit geht in die nächste Runde, Schauplatz ist wieder einmal die Bahn. Seit letztem Jahr verhandelte die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GdL) mit der Bundesbahn (DB) und den sogenannten G6 (die privaten Bahnunternehmen Abellio, Arriva Deutschland, BeNEX, Keolis Deutschland, Veolia und Hessische Landesbahn) über den Abschluss eines Bundesrahmen-Lokführertarifvertrages (BuRa-LfTV), der auf eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen für LokomotivführerInnen abzielt.

Die GdL fordert eine einheitliche Vergütung auf dem Niveau der DB, außerdem sollen u.a. einheitliche Qualifizierungsstandards eingeführt und die Übernahme von Belegschaften bei Betreiberwechseln geregelt werden. Einige der privaten Bahnunternehmen zahlen momentan bis zu 30% niedrigere Löhne als die DB, außerdem erhalten Beschäftigte weniger Urlaub und Zuschläge. Die GdL verlangt deshalb die schrittweise Anhebung der Niedriglöhne, die von den privaten Bahnunternehmen offen als Wettbewerbsvorteil gepriesen werden. Bei Neuausschreibungen sollen laut GdL immer Löhne auf DB-Niveau bezahlt werden.

Abkehr vom Verhandlungstisch

Nachdem die Gewerkschaft noch im Oktober erklärt hatte, dass sich Verhandlungen „auf einem guten Weg befänden", kündigte sie Anfang Februar schließlich Arbeitskämpfe an. Die G6 hatten bereits protokollierte Vereinbarungen zurückgezogen und von der GdL gefordert, sich dem Branchentarifvertrag zwischen ihnen und der aus der Fusion von Transnet und GDBA hervorgegangenen EVG anzuschließen. Dessen Entgeltniveau liegt jedoch 6,25% unter der von der GdL geforderten Vergütung bei der DB. Außerdem betont die GdL, dass sie die legitime Vertretung der LokomotivführerInnen sei, weil sie rund 75% von ihnen organisiere, im Gegensatz zu den 10% der EVG. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hingegen bezeichnet seinen Tarifvertrag als „wegweisend" und relativiert die Bedeutung des Organisationsgrades: „Für die Beschäftigten ist nicht der vermeintliche Organisationsgrad entscheidend, sondern die Tatsache, wer ihre Interessen tatsächlich vertritt".

Während die G6 und die DB die GdL in den Medien zur Rückkehr an „einen schönen, runden Verhandlungstisch" – so Bahn-Personalchef Ulrich Weber gegenüber der *Zeit* – auffordern, hat die Gewerkschaft mit Warnstreiks begonnen. Am 7. März soll schließlich eine Urabstimmung über umfassendere



Das Ziel der GdL im Tarifkampf: Einer für alle ...

Arbeitskampfmaßnahmen stattfinden. Der erste zweistündige Warnstreik am 22. Februar führte nach Gewerkschaftsangaben zum Ausfall von rund 80% der Züge, noch Stunden später kam es zu teils erheblichen Verspätungen. Medien hatten unter Berufung auf ein vermeintliches Schreiben der GdL bereits Streiks für den 21. Februar angekündigt, die GdL bezeichnet das Dokument jedoch als irreführende Fälschung.

Mehr als nur ein Tarifkonflikt

Für die GdL scheint es bei dem Konflikt nicht nur um die Durchsetzung ihres Tarifvertrages zu gehen, sondern um ihre Existenz. Denn offensichtlich spielen die Arbeitgeber auf Zeit und setzen auf die im Sommer 2010 von DGB und Arbeitgeberverband BDA angestoßene Initiative zur „Wiederherstellung" der Tarifeinheit per Gesetz warten. Das Bundesarbeitsgericht hatte den bis dato herrschenden Grundsatz „ein Betrieb – ein Tarifvertrag" für nichtig erklärt. Nach dem Urteil forderte eine gemeinsame Initiative des DGB und des BDA umgehend ein Gesetz zur Wiederherstellung der Tarifeinheit (siehe auch *Direkte Aktion* Nr. 200). Dieses sollte eigentlich bereits im November vom Koalitionsausschuss diskutiert werden, Bundeskanzlerin Merkel hatte zuletzt eine Lösung bis Ende Januar angekündigt.

Wie genau eine solche „Lösung" aussehen könnte, ist ungewiss. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht zwar die gesetzlich erzwungene Tarifeinheit als prinzipiell nicht mit dem Grundgesetz vereinbaren Eingriff in die Koalitionsfreiheit an, dennoch gebe es auch andere Wege, die „Ausweitung der Tarifpluralität einzudämmen" oder ihre „negativen Folgen" zu verringern. Dazu werden in dem Gutachten der sogenannten Wirtschaftsweisen konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, beispielsweise könnte das BAG die in den letzten Jahren erfolgte „Verwässerung" des Streikrechts rückgängig machen, auch könnte man den Geltungszeitraum von Tarifverträgen „synchronisieren".

Für die GdL jedenfalls geht es nun ums Ganze. Die Annahme des von der schwächeren EVG „ausgehandelten" Tarifvertrages wäre ein Armutszeugnis und eine Absage an die eigene Tarifmächtigkeit. Andererseits steht die GdL unter zeitlichem Druck. Falls tatsächlich von Regierungsseite versucht werden sollte, die nun bestehende Tarifpluralität per Gesetz wieder abzuschaffen oder anderweitig die Arbeitskampfmittel der kleineren Gewerkschaften noch weiter einzuschränken, könnte das Kräfteverhältnis kippen, die Verhandlungsposition GdL im Tarifkonflikt nachhaltig Schaden nehmen und die Arbeitgeber könnten Kampfmaßnahmen möglicherweise gerichtlich verbieten lassen. Die GdL hat in dieser Situation die Flucht nach vorne ergriffen und appelliert in einer Sonderausgabe der Gewerkschaftszeitung *Voraus* an den Kampfgeist ihrer Mitglieder zur Verteidigung der Koalitionsfreiheit: „Es geht um das Existenzrecht und die Handlungsfreiheit der GdL und ihrer Mitglieder – nicht mehr und nicht weniger".

Daniel Colm

Streik unter dem Kreuz

Das Streikverbot in Tendenzbetrieben gerät ins Wanken.

Im Kampf gegen das Streikverbot für kircheneigene Betriebe hat die Gewerkschaft ver.di einen ersten Teilerfolg erzielt. Nachdem zunächst das Arbeitsgericht Bielefeld der Klage der Evangelischen Kirche gegen einen Streikaufruf von ver.di stattgegeben hatte, widerrief nun das Landesarbeitsgericht Hamm dieses Urteil. Der Rechtsstreit wird jetzt wohl vor dem Bundesarbeitsgericht fortgesetzt.

Hintergrund ist der Umstand, dass in Deutschland Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte in sogenannten „Tendenzbetrieben" gar nicht oder nur eingeschränkt gelten. Bei Tendenzbetrieben handelt es sich zwar um private, aber nicht gewinnorientierte Unternehmen, die einem politischen oder weltanschaulichen Zweck dienen. Dazu gehören etwa Wohlfahrtsverbände, gewerkschaftseigene Betriebe wie Verlage und angeschlossene Druckereien oder auch Parteizentralen. Für Unternehmen der Kirchen, wie dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche oder der katholischen Caritas, gelten darüber hinaus besondere Privilegien, die den Arbeitnehmerschutz beinahe vollständig umgehen. So gilt für Angestellte der Kirche in der Regel ein Streikverbot, Betriebsräte sind nicht zugelassen und das Lohnniveau liegt deutlich unter vergleichbaren Tarifverträgen.

Tendenzbetriebe stellen keine Randerscheinung dar. Vielmehr sind Hunderttausende, die in Pflegeberufen, Kinderbetreuung oder Bildung tätig sind, davon betroffen. Tendenzbetriebe wie etwa das Deutsche Rote Kreuz unterhalten Krankenhäuser, Kirchen Pflegeheime, Gewerkschaften Bildungseinrichtungen, gemeinnützige Vereine Kindergärten. Mit knapp 900.000 MitarbeiterInnen sind schließlich Caritas und Diakonie die beiden größten privaten Arbeitgeber in Deutschland. Für alle in diesem Sektor tätigen ArbeiterInnen herrschen verschärfte Bedingungen bei Arbeitskämpfen, die ob der gravierenden Benachteiligung gegenüber KollegInnen im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft um so dringlicher erscheinen.

Unternehmen von Religionsgemeinschaften sind von den sonst durch das Grundgesetz abgesicherten Arbeitnehmerrechten weitgehend ausgenommen, für sie gilt vielmehr ein eigenes Kirchenarbeitsrecht, das durch das „Kirchliche Selbstbestimmungsrecht" bestimmt wird und seit der Weimarer Republik existiert; hier kollidiert die Religionsfreiheit mit der Koalitionsfreiheit. Nach bisheriger Lage können die Kirchen als Arbeitgeber selbst definieren, welche Rechte sie ihren Beschäftigten zugestehen, so dass diese folglich meist spürbar geringer ausfallen als in anderen Betrieben. Da allerdings die Koalitionsfreiheit durch die Religionsfreiheit auch nicht völlig ausgehebelt werden darf, ist unter JuristInnen umstritten, ob Kirchen ein derart grundlegendes Gut wie das Streikrecht in ihren Unternehmen pauschal verbieten können. Diese halten Streiks ihrer Angestellten freilich für unmoralisch, da somit ein höheres Ziel – die Nächstenliebe – untergraben würde.

Matthias Seiffert

§§§-Dschungel

Mietrecht: Was tun bei Räumungsklagen des Vermieters?

Worum geht es?

Wenn dir dein Vermieter gekündigt hat und du trotzdem nicht ausziehst, darf er deine Wohnung nicht auf eigene Faust räumen. Die einzige legale Möglichkeit dich loszuwerden, besteht für ihn in der Erhebung einer sogenannten Räumungsklage beim Amtsgericht. Mit einem Räumungsurteil in der Hand kann er deine Wohnung durch einen Gerichtsvollzieher räumen lassen.

Beachte bitte, dass unsere Tipps nur für Wohnraummietverträge gelten, da die Wohnraummietenden besser gestellt sind als solche, die die Mieträume gewerblich nutzen.

Wann ist eine Räumungsklage berechtigt?

Der Vermieter kann die Räumungsklage nur gewinnen, wenn er dir wirksam und berechtigt gekündigt hat. Wichtig zu wissen ist für dich, dass eine normale Mietwohnung nicht einfach grundlos gekündigt werden darf. Der Vermieter benötigt einen gesetzlichen Kündigungsgrund wie z.B. Eigenbedarf oder erhebliche Vertragsverstöße deinerseits (z.B. mietwidriges Verhalten oder Mietrückstände in Höhe von mehr als einer Monatsmiete). Zur Monatsmiete zählen hier auch die Nebenkosten.

Kann eine Kündigung nachträglich unberechtigt werden?

Auch wenn ein Kündigungsgrund vorliegt, kannst du die an sich wirksame Kündigung in zwei Fällen noch nachträglich unwirksam werden lassen, so dass die Räumungsklage nicht bzw. nicht mehr berechtigt ist:

1. Widerspruch bei unzumutbarer Härte

Die erste Möglichkeit besteht in einem Widerspruch gegen eine ordentliche Kündigung, weil diese für dich eine unzumutbare Härte darstellt. Hierbei kommt es immer auf die Beurteilung des Einzelfalls durch das jeweilige Gericht an. Je mehr Gründe du angeben kannst, desto größer sind deine Chancen, dass der/die RichterIn eine unzumutbare Härte annimmt. Härtegründe können zum Beispiel fehlender zumutbarer Ersatzwohnraum, eine Schwangerschaft, Schwierigkeiten bei Kindergarten- und Schulwechsel der Kinder, ein bevorstehendes Examen oder eine schwere Erkrankung sein. Solange die Härtegründe vorliegen, wird das Mietverhältnis dann fortgesetzt.

Den Widerspruch musst du bis spätestens zwei Monate vor Ablauf der Kündigungsfrist gegenüber deinem Vermieter schriftlich mit Angabe der Gründe erklären und eigenhändig unterschreiben. Die Zweimonatsfrist gilt dabei allerdings nur, wenn du im Kündigungsschreiben auf die Möglichkeit des Widerspruchs sowie dessen erforderliche Form und die Frist hingewiesen wurdest. Ansonsten kannst du der Kündigung auch noch bis zum ersten gerichtlichen Termin widersprechen.

Wichtig: Dieses Widerspruchsrecht besteht nur bei ordentlichen, nicht aber bei fristlosen Kündigungen! Eine fristlose Kündigung liegt vor, wenn dir dein Vermieter den Vertrag sofort kündigt. Sie ist nur rechtmäßig, wenn dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann.

2. Begleichung der Mietschulden innerhalb von zwei Monaten

Wurde dir allein wegen Mietschulden fristlos gekündigt, kannst du die Kündigung zudem nachträglich unwirksam werden lassen, indem du die Schulden innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Klage vollständig begleichst. Aber Achtung: Diese Möglichkeit hast du nur einmal innerhalb von zwei Jahren!

Falls du nicht genügend Geld hast, um die Schulden selbst zu begleichen, kannst du versuchen, hierfür einen Antrag beim Sozialamt bzw. beim Jobcenter zu stellen. (Der Antrag beim Jobcenter ist auch dann möglich, wenn du erwerbstätig bist und keine SGB II-Leistungen beziehst.)

Welche Möglichkeiten bleiben mir, wenn der Vermieter die Räumungsklage gewonnen hat?

1. Räumungsfrist beantragen

Mit dem Räumungsurteil hat der Vermieter einen sog. Räumungstitel gegen dich, den er mit Hilfe des Gerichtsvollziehers vollstrecken kann. Allerdings wird dir das Gericht in aller Regel von sich aus eine Räumungsfrist setzen. Falls es dies nicht getan haben sollte, kannst du eine solche angemessene Frist selbst beantragen. Ein Gewährung setzt zwingend voraus, dass du die Miete pünktlich zahlst und nachweist, dass du intensiv nach einer Ersatzwohnung suchst. Bis spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Frist kannst du dann noch einmal einen begründeten Verlängerungsantrag stellen.

2. Vollstreckungsschutz beantragen

Ist die Räumungsfrist abgelaufen, wirst du wahrscheinlich Post vom Gerichtsvollzieher erhalten, in der er dir einen Termin der Zwangsräumung bekannt gibt. Danach bleibt dir als letztes Mittel der Antrag, die Zwangsvollstreckung auszusetzen, weil die Räumung eine sittenwidrige Härte darstellt. Diesem Antrag wird aber nur in seltenen Ausnahmefällen stattgegeben. Solche Fälle liegen z.B. vor, wenn du als Frau in spätestens sechs Wochen Geburtstermin hast oder wenn eine akute nachweisbare Selbstmordgefährdung besteht.

3. Zuletzt: Wohnung freiwillig räumen

Kannst du die Zwangsräumung nicht mehr abwenden, solltest du die Wohnung aus Kostengründen vor dem Räumungstermin unbedingt selbst räumen und die Schlüssel gegen Unterschrift beim Vermieter abgeben. Nur so kannst du die Räumungskosten vermeiden, die oft mehrere tausend Euro betragen.

Wo kann ich Hilfe bekommen?

Solltest du von einer Räumungsklage betroffen sein, ist es sehr wichtig, keine wertvolle Zeit verstreichen zu lassen. Lasse dich so schnell wie möglich von fachkundiger Stelle über die rechtliche Einschätzung der Rechtmäßigkeit und zum weiteren Vorgehen beraten! Ansprechpartner sind hier neben den FAU-Syndikaten in Mietrecht versierte Rechtsanwälte sowie die örtlichen Mietervereine.

Dirk Feiertag

Rechtsanwalt in der Kanzlei FSN-Recht, G.-Schumann-Str. 179, Leipzig

Findus

Dresden nazifrei

Am Samstag, den 19. Februar haben rund 21.000 Demonstrantinnen und Demonstranten durch zahlreiche Blockaden und andere, überwiegend gewaltfreie direkte Aktionen erneut einen Demo-Zug von Neonazis verhindern können. Die Polizei war mit 4.500 Beamtinnen und Beamten vor Ort. Ihre Strategie, die beiden Lager räumlich auseinander zu halten, scheiterte auf ganzer Linie. Sichtlich überfordert und überrascht von der Quantität des Protestes, warteten die Einsatzkräfte bis zum Abzug der meisten Antifaschistinnen und Antifaschisten und traten dann nach: Noch am selben Abend wurde das Pressezentrum des „Dresden Nazifrei"-Bündnisses durch Polizei und LKA gewaltsam gestürmt und durchsucht. Es wurden mehrere Computer des Presseteams beschlagnahmt. Auf der Demonstration selber wurden Gummiknüppel und Wasserwerfer bei Eiseskälte eingesetzt. Zudem kamen wohl zum ersten Mal sogenannte „Pepperballs" zum Einsatz – rote Kapseln aus Kunststoff, die am Körper zerplatzen und feinen Pfefferstaub freisetzen. (AL)

„Selbstverpflichtungen nützen nichts"

Deutsche Banken in Streumunition investieren im großen Stil und Antipersonenminen

Dr. Barbara Happe arbeitet bei der Menschenrechts- und Umweltschutzorganisation urgewald, die im Dezember 2010 eine Studie zur Finanzierung von Streumunition durch deutsche Banken veröffentlicht hat.

Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 2008 heißt es: „Wir wollen ausdrücklich in keinerlei Transaktionen mit Personen-Landminen, Streubomben oder ABC-Waffen involviert sein". Wie viel sind solche Aussagen wert?

Wir haben eine langwierige Recherche gemacht und diese Aussage geprüft. Dabei kam heraus, dass die Deutsche Bank nach wie vor sehr stark in die Finanzierung von Streumunitionsherstellern verstrickt ist. Wir haben uns dabei auf die bekannten Hersteller von Streumunition konzentriert und festgestellt, dass die Deutsche Bank keine Skrupel kennt, diese zu unterstützen. Sie ist hier wesentlich stärker als jede andere deutsche Bank involviert.

Die Finanzierung von Rüstungsunternehmen geschieht meist im Verborgenen. Wie hat sich die Recherche gestaltet?

Es war nicht einfach. Bei Nachfrage blockieren die Banken natürlich sofort und berufen sich auf ihr Geschäftsgeheimnis. Daher haben wir eine auf solche Recherchen spezialisierte Agentur beauftragt, die Zugang zu besonderen, kostenpflichtigen Datenbanken hat. Bei Fonds-Gesellschaften wie der Deutschen Bank-Tochter DWS oder der Fondsgesellschaft der Sparkassen, der Deka-Bank, war die Recherche etwas einfacher. Fonds sind verpflichtet, ihre Investitionen in halbjährlichen Berichten zu veröffentlichen.

Ist nur die Deutsche Bank betroffen oder investieren auch andere Banken in Streumunitionshersteller?

Leider ist die Deutsche Bank nur die Spitze des Eisbergs. Auch andere deutsche Großbanken sind in diese Finanzierungen involviert – beispielsweise die Bayerische Landesbank, die Landesbank Baden-Württemberg und die Norddeutsche Landesbank. Über die Fonds-Gesellschaft Pioneer-Investment ist auch UniCreditGroup/HypoVereinsbank in Streumunitionshersteller investiert.

Gibt es überhaupt „saubere" Banken und Fonds, in die ich ohne schlechtes Gewissen investieren kann?

Es gibt Alternativ-Banken, die sehr strikte Investitionsrichtlinien haben. Im Rüstungsbereich weitgehend sauber sind vor allem Alternativbanken wie die GLS-Bank, die Ethikbank aus Eisenberg, die Umweltbank und die Triodos-Bank. Diese Banken verfolgen ein anderes Geschäftsmodell als Großbanken wie die Deutsche Bank und wollen keine „dreckigen Profite" machen. Kirchlichen Banken machen sich hier auch auf den Weg, sie sind aber nicht immer ganz so strikt wie die oben genannten Alternativbanken. Als Reaktion auf negative Medienberichterstattung und das Inkrafttreten der internationalen Streubomben-Konvention beginnen aber auch zunehmend konventionelle Banken und Fondsgesellschaften, sich aus dem schmutzigen Geschäft mit Streumunitionsherstellern zurückzuziehen.

Sie haben die auch von Deutschland unterschriebene Streubomben-Konvention, die ein Verbot des Einsatzes, der Herstellung und der Weitergabe von Streumunition beinhaltet, schon erwähnt. Viele deutsche Banken scheint dies nicht zu interessieren ...

Länder wie Luxemburg, Belgien oder Irland haben die Konvention zum Ausgangspunkt genommen, um den Handel und die Investitionen in Streumunition gesetzlich zu verbieten. Die deutsche Bundesregierung sieht dies anders. Es gab dazu eine Anfrage im Bundestag, aus der hervorgeht, dass für Deutschland kein automatisches Investment-Verbot mit der Unterzeichnung der Streumunition-Konvention einhergeht. Die schwarzgelbe Bundesregierung setzt lieber auf eine Selbstverpflichtung der Branche. Dies nützt natürlich nichts wie unsere Rechercheergebnisse belegen. Wir setzen uns daher für ein striktes gesetzliches Investment-Verbot in diese völkerrechtswidrige Munition ein.

Interview: Michael Schulze von Glaßer

Weitere Informationen:
www.urgewald.de
www.bank-geheimnisse.de

Gepanschte Fette

Ein Kommentar von Ayo Morgan



Dioxin-belastete Fette, die für die industrielle Verwertung bestimmt waren, gelangten in die Nahrungsmittelkette: Ein Fettproduzent, der sowohl Industriefette als auch Fette für Tierfutter verarbeitete, hatte auf diese Weise sein Tierfutter billiger produziert – bis der Skandal Ende vergangenen Jahres aufflog. Missstände wie diese sind in der Agrarindustrie kein Einzelfall. Sie sind immer wiederkehrende Symptome eines Systems, das Tiere zu Waren degradiert und Menschen zu KonsumentInnen macht, denen es lediglich um einen möglichst billigen Preis der von ihnen gekauften Waren geht.

Fälle von Dioxin verseuchten Tierprodukten gab es in den vergangenen Jahren öfter. Im Mai 2010 hatte sogar die Bio-Branche mit einem Fall von stark dioxin-belastetem Tierfutter zu kämpfen. Bei den jüngsten Begebenheiten ist jedoch von dem größten Lebensmittel-Skandal seit der BSE-Krise die Rede. Die Nachfrage nach Biofleisch und -eiern stieg seit der Veröffentlichung der Befunde Ende letzten Jahres stark an: ein nach medienwirksam aufbereiteten Skandalen typisches Konsumverhalten. Ereignisse, die kurze Zeit später wieder in Vergessenheit geraten ...

Doch was ist eigentlich mit den Tieren? Auffallend an der Debatte um den Dioxin-Skandal ist, wie auch schon bei der Berichterstattung über Tierseuchen wie BSE oder Schweinepest beobachtet werden konnte, dass die Konsequenzen für die betroffenen Tiere – immerhin die primär Leidtragenden – keinerlei Erwähnung finden. Und solange Tiere weiterhin als Ressourcen zur Gewinnung von Eiern, Milch und Fleisch für unsere Ernährung betrachtet werden, wird dies sicherlich so bleiben.

Der Dioxin-Skandal scheint ein wenig dazu beizutragen, dass mehr Menschen sich kritisch mit der Agrar- und Lebensmittelindustrie, mit der Massentierhaltung, mit ihrer eigenen Ernährung und ihren persönlichen Konsumentscheidungen auseinandersetzen. Hoffen wir auf Auseinandersetzungen, die über die persönliche Ebene hinausgehen und die Tierhaltung und -verwertung im Kontext eines kapitalistischen Wirtschaftssystem kritisieren.



Internet-Kill-Switch

Was in Ägypten durch die Regierung bereits teilweise praktiziert wurde, ist laut Chaos Computer Club auch für Deutschland in Planung: Ein Not-Ausschalter für das Internet. In Ägypten hatten die Behörden Mobilfunk- und andere Internetzugangs-Provider angewiesen, die Router abzuschalten. In der Folge lag fast das komplette Datennetz in Ägypten lahm. Die USA und angeblich auch Österreich debattieren ebenfalls über einen sog. „Kill Switch", also über einen Mechanismus, der das Internet landesweit oder im Falle der österreichischen Debatte sogar EU-weit lahmlegen kann. Die deutschen Ministerien für Inneres und Justiz dagegen erklärten, es gebe keinerlei Pläne für einen solchen Kill-Switch in Deutschland. (AL)

Großer Lauschangriff in Münsters CallCentern

Die beiden CallCenter-Konzerne D+S und buw wollen in Münster die Überwachungssoftware „Click2Coach" der Tübinger Firma almato GmbH einführen. Die Hauptfunktion des Programms ist die vollständige Aufzeichnung aller Gesprächs- und Bildschirminhalte. Beide Unternehmen fordern von den Betriebsräten Vereinbarungen, sodass die Software flächendeckend vier Tage die Woche eingesetzt werden kann – angeblich weil der Auftraggeber RWE dies so verlangen würde.

RWE selbst setzt die Software bereits seit längerem ein, auch bei buw Schwerin wird sie im Auftrag von RWE bereits genutzt. Die flächendeckende Aufzeichnung von Gesprächen ist allerdings illegal, auch für CallCenter-AgentInnen gilt das Recht am eigenen Wort (§ 4 Abs. 1 BDSG). Selbst mit Zustimmung des Betriebsrats müssen alle ArbeiterInnen individuell einer solchen Abhörmaßnahme zustimmen und können diese Zustimmung auch individuell zeitlich begrenzt oder dauerhaft zurücknehmen.

Die perfide Strategie der Konzerne ist deutlich: Die Betriebsräte fechten Scheinkämpfe aus über die Verweigerung bzw. Rücknahme einer illegalen Regelung. Während diese dann einen „Sieg" feiern können, haben die Geschäftsführungen Betriebsvereinbarungen über Abhör- und Überwachungsmaßnahmen, gegen die sich die CallCenter-AgentInnen nur noch individuell wehren können. Ob es dann noch viele von ihnen wagen, einzeln die Überwachung zu verweigern, ist fraglich. Gerade KollegInnen in Probezeit und mit befristeten Verträgen werden unter Druck gesetzt, der Maßnahme zuzustimmen. (ED)

Weiter Debatte um Vorratsdatenspeicherung

Nachdem die Vorratsdatenspeicherung vom Bundesverfassungsgerecht für unzulässig erklärt wurde, startet Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) offenbar einen neuen Anlauf, um die umstrittene Speicherung von Telefon- und Internetdaten voranzutreiben. Zeitungsberichten zufolge soll die Speicherung nun nicht, wie ursprünglich geplant, allgemein erfolgen; stattdessen sollen im Einzelfall die Strafverfolgungsbehörden bei einem „hinreichenden Anlass" die Löschung der bei Festnetz-, Handygesprächen oder Internetnutzung anfallenden Verbindungsdaten verhindern können. Auf Grundlage einer „Sicherungsanordnung" durch Polizei oder Staatsanwaltschaft und nach einer „genauen Prüfung" könnten die Daten dann von einem Richter an die Strafverfolgungsbehörden freigegeben werden. (HM)

Datensammelwut im Flugverkehr

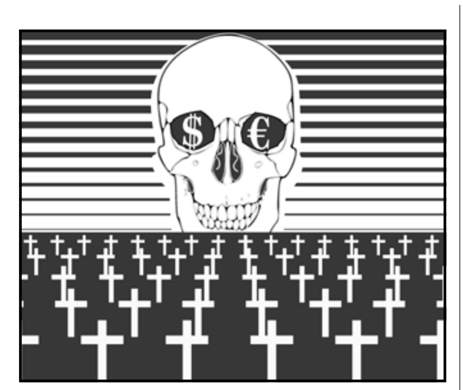
Unter dem Banner der „Terror- und Verbrechensbekämpfung" möchte die EU-Kommission die Passagierdaten von Flügen außerhalb Europas in weit größerem Umfang gesammelt wissen als es bisher der Fall war. Einen entsprechenden Antrag legte die Kommission im Januar vor. Demnach sollen Informationen über Flug-Tickets, Name und Anschrift der Passagiere, Name der Reiseagentur, Sitzplatz-Nummer, Abflugdaten sowie Informationen über das Gepäck automatisch an Sicherheitsbehörden weitergeleitet werden. Bisher galt eine solche Regelung nur für Flüge in die USA. Datenschützer meldeten mittlerweile Bedenken an. Peter Schaar, Bundesdatenschutzbeauftragter in Deutschland, warnte vor einem nächsten Schritt der EU-Kommission, der die Daten-Sammelwut auch auf Flüge innerhalb Europas ausweiten könnte. (AL)

EU-Projekt gegen linken Massenprotest

Die EU hat ein neues Projekt initiiert, mit dem sie grenzüberschreitende Massenproteste (etwa bei politischen Gipfeln) besser in den Griff bekommen möchte. Das Programm mit dem Kürzel GODIAC knüpft an das auslaufende EU-SEC-Programm an, das einen Leitfaden u.a. für bessere politische Datensammlung zum Ergebnis hatte. Mit GODIAC, woran 20 Institutionen aus elf Ländern – darunter die Polizei Niedersachsen und die Deutsche Hochschule für Polizei in Münster – beteiligt sind und das zu 70% von der EU-Kommission finanziert wird, soll nun erforscht werden, wie linke AktivistInnen bei „polizeilichen Großlagen" auf Strategien der Verfolgungsbehörden reagieren. Zu diesem Zweck sollen bis 2013 zehn Feldstudien erstellt werden, auf deren Grundlage das Wissen über "Demonstranten und Aktivisten, ihre Ideologie, Mobilität und Strategien gegenüber der Polizei" internationalisiert werden soll. Die erste dieser Feldstudien soll beim jüngsten Castor-Transport im Wendland durchgeführt worden sein. (HM)

EU-weite Zusammenarbeit der Behörden

Wie *Spiegel Online* im Februar meldete, hat der Präsident des Bundeskriminalamts, Ziercke, Ende Januar 2011 bestätigt, dass in der EU seit Jahren „international und konspirativ" ein Austausch von Polizeibeamten stattfindet. Ziel dieser „verdeckten Ermittler" sind u.a. sog. „Euroanarchisten". Zuletzt bekannt geworden war der Fall eines britischen Beamten, der im Zusammenhang mit G8- und NATO-Protesten in der Bundesrepublik agierte. Im Gegenzug waren 2005 im schottischen Gleneagles mehrere deutsche Kräfte im Einsatz. Dem Online-Magazin *Telepolis* zufolge war die Absicherung des geheimpolizeilichen Agierens 2007 ein Projekt des damal. Innenministers Schäuble. (AE)



Kapitalismus tötet!

Nachrichten aus der Knochenmühle

Workers' Memorial Day

Am 28. April findet erneut der internationale Workers' Memorial Day statt – in Gedenken an die Opfer der Arbeit und im Kampf für besseren Arbeitsschutz. Auch in Deutschland gibt es weiterhin genug Anlass, aktiv zu werden. Der Bundesregierung zufolge waren im Jahr 2009 622 KollegInnen bei der Arbeit ums Leben gekommen. Leicht angestiegen war zudem die Zahl der Wegeunfälle, nämlich um 1,1%. Bei den Berufskrankheiten war die Zahl der Verdachtsfälle um 9,9% gestiegen, insbes. im Bereich der psychischen Erkrankungen. Außerdem starben 15,3 % mehr Betroffene an den Folgen einer Berufskrankheit. Für 2010 liegen noch keine offiziellen Zahlen vor.

Party mit dem Boss

Nach einem Urteil des Berliner Sozialgerichts zählen Unfälle auf Weihnachtsfeiern, Betriebsfeiern oder Betriebsausflügen als Arbeitsunfall. Im zugrunde liegenden Streitfall stolperte die Klägerin bei einem Restaurantbesuch über eine Stufe und brach sich ein Bein. Die zuständige Unfallversicherung verweigerte die Zahlung, da in ihren Augen kein Arbeitsunfall vorlag. Das Sozialgericht sah die Sache jedoch anders: Im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung seien auch Unfälle im Zusammenhang mit Betriebsfeiern oder Betriebsausflügen versichert. Als Voraussetzung für eine Betriebsfeier gilt, dass hierdurch die Betriebsverbundenheit zwischen den KollegInnen und den Vorgesetzten gefördert werden soll. Der Chef muss die Feier billigen und fördern bzw. die Organisation übernehmen und selbst oder durch Vertreter an der Veranstaltung teilnehmen oder dies zumindest vorhaben.

Matt auf Arbeit

Schlafstörungen gehören zu den häufigsten gesundheitlichen Beschwerden, etwa jede/r zweite Berufstätige leidet darunter. Häufig tritt diese Störung nach Schichtarbeit auf, aber auch, wer im Dauerstress ist, vor einem Berufswechsel steht oder sich Sorgen um eine bevorstehende Prüfung macht, kommt am Abend nicht so einfach zur Ruhe und leidet oft darunter, nicht ein- oder durchschlafen zu können. Auch Alkohol, Kaffee und Zigaretten können Auslöser von Schlafstörungen sein; für die vermeintlich schlafstörende Wirkung von Elektrosmog, Vollmond, Erdstrahlen oder Wasseradern gibt es dagegen keinen wissenschaftlichen Nachweis.

Europas Lasttiere

Europas ArbeiterInnen sind seit zehn Jahren unverändert den gleichen Gefahren ausgesetzt. Das zeigt die 5. Auswertung der Stiftung Eurofund. So müssen nach wie vor 33% aller ArbeiterInnen während mindestens einem Viertel ihrer Arbeitszeit schwere Lasten heben, 23% sind starken Vibrationen ausgesetzt. Unverändert blieb auch die Zahl derjenigen, die laute Geräusche ertragen müssen, nämlich 30%. Von ungefähr 56% auf 64% stieg die Anzahl der ArbeiterInnen, die immer die gleichen Hand- und Armbewegungen ausführen müssen.

„Alle Komparsen auf Anfang"

Arbeitsbedingungen für KleindarstellerInnen und Komparsen in der Filmindustrie | Teil II

Mit dem Einbruch mehrerer Krisen in der Medienbranche und dem zugleich steigenden Zulauf von Komparsen sind die Löhne immer unverschämter geworden. Umgerechnet 5–6 Euro Stundenlohn brutto sind „normal". In der Regel gibt es keine Fahrtkostenerstattung, eigene Kleidung wird vorausgesetzt und nicht vergütet, Abnutzung nicht entschädigt und Sonderleistungen immer schlechter. Dumpingangebote für 20 oder 30 Euro stoßen zwar auch in der Komparsen-Community auf Empörung und die Empfehlung einer Mindestgage von 75 Euro für einen vollen Drehtag mag gut gemeint sein, dem Trend von 50–60 Euro für 8 bis 10 Stunden Drehzeit ist jedoch seit langem nichts entgegengesetzt worden. Den von ver.di abgeschlossenen Tarifvertrag mit der „Allianz Deutscher Produzenten – Film und Fernsehen e.V." und dem „Verband deutscher Filmproduzenten e.V.", der ganze 90 Euro pro Tag vorsieht, kann man getrost als Utopie bezeichnen. Dabei wird die Drehzeit oft genug maximal ausgereizt, sodass Komparsen nicht selten eine Stunde am Drehort verbringen, ohne entlohnt zu werden – obwohl das tariflich festgelegt, wenn die Darstellerin bis zur Abrechnung und sonstigen Aufwand wie Abschminken und Umziehen an den Drehort gebunden ist.

Foto (CCC): 0xKing23

Festival-Besucher oder Komparsen? Schlangestehen will geübt sein.

Die Mär der gebeutelten Filmindustrie

Die (deutsche) Kinofilmindustrie machte im Jahr 2010 einen Umsatz von 920 Mio. Euro und lag damit um 56 Mio. unter dem von 2009. Letztlich wird mittlerweile mit dem Verkauf von Datenträgern wie DVD ein Gesamtumsatz von 1,686 Mrd. Euro erreicht – die Mär von der armen Filmindustrie wirkt so ziemlich luftleer. Und schließlich reden wir hier nur von Kinofilmen. Es ist schwer zu entschlüsseln, wie die Gelder ausgegeben werden, ganz besonders bei den alltäglichen Produktionen. Angesichts der ständigen Flut von sinnentleerten Serien und Filmen, die dennoch millionenfach angesehen werden, braucht man sich angesichts des Gewinns sicher keine Sorgen machen. Ein deutliches Gefälle zwischen SchauspielerInnen und RegisseurInnen über die Filmteams bis hin zu KleindarstellerInnen und Komparsen lässt sich nur schwer leugnen. Die Frage, ob man als MedienarbeiterInnen tatsächlich in „einem Boot" sitzt oder doch eher jeder Berufsstand seine Interessen auch auf Kosten des anderen durchsetzt, ist wichtig um zu verstehen, wie schwer die Lage der leicht zu ersetzenden Berufsgruppen ist.

Die Individualisierung unter den Komparsen und die sehr verschiedenen Motive, warum eine Person in diesem Bereich arbeitet, stellen ein großes Problem dar, für bessere Arbeitsbedingungen im Filmbetrieb einzustehen. Besonders ins Gewicht fallen hier ein ungeahntes Maß an jugendlicher Naivität sowie ein verbreitetes Arbeitsverständnis als „Abwechslung" seitens älterer Komparsen. Der romantisierte Blick auf die Tätigkeit des Kleindarstellers muss zuerst einer rationalen Sicht weichen, um reale Organisierungsansätze zu ermöglichen. Ein Selbstverständnis als Lohnabhängige im weiteren Sinne ist der entscheidendste und anscheinend auch schwierigste Schritt. Die bekannten Fälle, in denen Komparsen kollektiv handeln, tendieren gegen Null. Über einen Organisierungsgrad ist nichts bekannt, im Gegensatz zu SchauspielerInnen etwa, die mittlerweile durchaus fähige Interessenverbände besitzen.

Konkret werden

Die Frage der Organisierung stellt sich immer aufs Neue, und bedarf gerade in unterorganisierten Branchen einer besseren Analyse. Ein Ansatz kann die Annäherung an Tarifbestimmungen sein, indem ausgelotet wird, inwiefern nichttarifliche Bezahlungen rechtswidrig und Nachzahlungen einklagbar sind. Der Nachteil könnte sein, nicht mehr gebucht zu werden, da in dem dichten Netz aus Abrechnungsagentur, Vermittlungsagentur und Filmagentur keine Anonymität besteht. Ratsam ist daher v.a. eine Vernetzung von Komparsen einer Agentur, „in der Fläche" des Betriebs. Koordiniert kann es gelingen, Druck für Mindestgagen auszuüben, die sich an die Tarife annähern. Mit guter Öffentlichkeitsarbeit könnte dann eine Abwanderung in den Dumping-Agenturen einsetzen und die Lohnschraube nach oben drehen. Dieses syndikalistische Skript ist zwar Science Fiction, aber man darf ja wohl gerade in dieser Branche auf ein Happy End bauen.

Sebastien Nekyia

Mit allen Schikanen

Grenzübergreifende Aktionen von FAU und ZSP für Arbeiterrechte bei Baumarktkette OBI

Bezahlung und Arbeitsbedingungen im Einzelhandel gelten als mies. Das trifft auch auf Baumärkte zu, und ganz besonders offenbar auf OBI Polen. So im südöstlich gelegenen Kraków: Dort hatten ArbeiterInnen eine Gewerkschaft gegründet und Lohnerhöhungen sowie gleichen Lohn für Frauen und Männer gefordert. Daraufhin entließ das Management min. eine Gewerkschafterin. Damit nicht genug: Nachdem die Kollegin bei einer anderen Baumarktkette Anstellung gefunden hatte, informierte OBI den neuen Arbeitgeber der Frau über ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten. Daraufhin wurde ihr dort ebenfalls gekündigt.

Seither gab es jenseits von Oder und Neiße mehrere Solidaritätsaktionen. Zudem haben ArbeiterInnen begonnen, sich öffentlich über die Arbeitsbedingungen bei der zum Tengelmann-Konzern gehörenden Baumarkt-Kette zu beschweren. Demzufolge bewegen sich die Nettolöhne zwischen weniger als 400 und 530 Euro im Monat, weit unter dem Durchschnitt von 915 Euro brutto. Die Preise für die HandwerkerInnen hingegen entsprechen, einem ver.di-Blog zufolge, ziemlich genau denen in Deutschland. Die polnische Schwestergewerkschaft der FAU, die ZSP, war im letzten Jahr zunächst durch die Einführung „elektronischer Verkäuferinnen" in Warschau auf OBI aufmerksam geworden. Nun rief die ZSP im Februar zur Unterstützung der ArbeiterInnen in Kraków auf.

Nachdem lokale FAU-Gewerkschaften bereits Mitte Februar erste Aktionen vor hiesigen Baumärkten organisiert hatten, folgte am 25. und 26. Februar 2011 ein erster gemeinsamer Aktionstag gegen miese Arbeitsbedingungen bei OBI: In rund 20 Städten der Bundesrepublik und Polens protestierten Beschäftigte und UnterstützerInnen vor OBI-Märkten und verteilten Flugblätter an KollegInnen und KundInnen. Etwa in Freiburg gab es reges Interesse, ganz besonders von Seiten der Belegschaft, von denen sich etliche gleich noch Flugblätter zum Weitergeben abholten. Im ostdeutschen Halle/S. wusch der sichtlich erregte Filialleiter seine Hände in Unschuld: Man habe eine Auszeichnung als „Deutschlands bester Arbeitgeber" und was bei OBI in Polen passiere, interessiere ihn nicht. Doch bereits vor Monaten hatte der *Spiegel* auch hierzulande von skandalösen Praktiken des Unternehmens berichtet: Mobbing von Gewerkschaftsmitgliedern, Behinderung von Betriebsratswahlen, Kündigung kritischer Beschäftigter, unbezahlte Überstunden und vieles mehr.

André Eisenstein, weitere Informationen: www.fau.org/soli/obi/

Auf internationalem Parkett



Foto: Melanie & John Kots

Die DA sprach mit Dörthe Stein, bei der FAU befasst mit der ILO

Im April 2010 reichte die FAU eine Beschwerde bei der UN-Arbeitsorganisation ILO in Genf ein. Worum ging es dabei?

Grundsätzlich geht es dabei um die Einschränkungen der Gewerkschaftsarbeit im Zuge der Prozesse gegen die FAU Berlin im letzten Jahr. Die Anregung kam von GenossInnen der CNT Spanien, die sich in ihrer Arbeit im Wesentlichen auf die ILO-Konventionen stützt, die auch von der Bundesrepublik unterzeichnet sind.

Auf welche Grundlage stützt sich die anarchosyndikalistische Föderation dabei?

Die ILO-Konventionen 87 und 98 geben einige grundsätzliche Standards der Gewerkschaftsfreiheit vor. Konkret bedeutet dies z.B., dass von einer Gewerkschaft zwar verlangt werden kann, dass sie ihr Statut und ein Gründungsprotokoll notariell hinterlegt, und dass eine Mindestanforderung von 20 Mitgliedern gerechtfertigt ist. Da in den Prozessen gegen die FAU aber weit höhere Anforderungen gestellt wurden, sehen wir hier einen Verstoß gegen die ILO-Richtlinien. Dabei geht es vor allem um die Anforderung, die FAU Berlin hätte in der Fläche durchsetzungsfähig sein müssen.

Was erhofft ihr euch von einem Erfolg der „Klage"?

Gut möglich, dass sich die Bundesregierung nicht an einem Negativbescheid stört. Aber wir erhoffen uns Vorteile für anstehende Prozesse. Es wird dann schon einiges an Hirnakrobatik fordern, einen aktenkundigen Bruch der ILO-Konventionen zu rechtfertigen. Ein Erfolg der Klage könnte auch den Widerstand gegen die Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts stärken. Falls dieses Gesetz zur „Tarifeinheit" vom Bundestag abgesegnet wird, wäre die ILO wiederholt mit dem Thema Repression gegen Gewerkschaften in Deutschland konfrontiert.

Wie ist der Stand heute, wann steht eine Entscheidung an?

Derzeit warten wir auf eine Stellungnahme der Bundesregierung. Die scheint es allerdings nicht allzu eilig zu haben. Daher prüfen wir, wie der Vorgang beschleunigt werden kann. Wie lange die Mühlen allerdings mahlen, ist schwer zu sagen.

Meldungen aus der FAU

München: Mitglied erstreitet Zuschuss

Die Hartnäckigkeit eines FAU-Kollegen hat sich ausgezahlt. Nach über vier Jahren Rechtsstreit ist ihm im Januar von der Arbeitsagentur ein Zuschuss zur doppelten Haushaltsführung (Trennungskostenbeihilfe) bewilligt worden, zuzüglich der fälligen Zinsen in Höhe von ca. 500 Euro. Diese Leistung, welche es in dieser Form seit Ende 2008 nicht mehr gibt, zählte zu den sogenannten Mobilitätshilfen, mit denen die Aufnahme einer Beschäftigung gefördert werden sollte.

Hannover: „Autonomie braucht Energie"

Auf bisher zwei Workshops befasste sich eine Arbeitsgruppe von FAU-Mitgliedern mit einer virulenten Frage: Haben wir eigentlich ein Konzept für eine zukünftige Energieversorgung? Irgendwie nachhaltig, regenerative Energiequellen nutzen und dezentral ist hinreichend schwammig, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, nicht tatsächlich erste Schritte zu gehen? Sollte es zunächst um ein Positionsbzw. Konzeptpapier gehen, ist nun bereits die Gründung einer Energiegenossenschaft in der Diskussion. Kontakt: hannoverinfo@fau.org

Bonn: FAU-BN kritisiert „Bürgerfinanzplanung"

In den Monaten Januar und Februar wurde in Bonn ein „neues Modell" der Finanzplanung erprobt: „Bürgerbeteiligung am Haushalt". Damit, so die FAU Bonn in einer Stellungnahme, werde der Eindruck einer aktiven Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der kommunalen Finanzplanung erweckt. Weiter hieß es, mit der nicht bindenden Abstimmung über die „freiwilligen Leistungen" stünden nur ca. 10–15% des Gesamtetats überhaupt zur Debatte; unsinnige Prestigeprojekte blieben fest in der Hand der Stadtverwaltung. Das ist keine Partizipation, so die FAU Bonn, sondern „Augenwischerei auf hohem Niveau".

„Es ist eine historische Wahrheit, daß sich die Kräfte, die den Wandel und die sozialen Revolutionen bestimmen, nicht durch Volkszählungen messen lassen." (Errico Malatesta)

Ab dem 9. Mai 2011 werden im Rahmen des „Zensus 2011" rund 20 Millionen BundesbürgerInnen zwangsbefragt. Um die Antworten mit verschiedenen Registern zusammenführen und speichern zu können, wird jede Anschrift eine Ordnungsnummer erhalten. Diese Einführung eines „einheitlichen Personenkennzeichens oder sonstigen Ordnungsmerkmals" führte aber bereits 1983 zum Verbot der anberaumten Volkszählung des gleichen Jahres durch das Bundesverfassungsgericht. Die Verknüpfung der erhobenen Daten und die damit verbundene Erstellung von „Persönlichkeitsprofilen der Bürger" wurde für unzulässig und demokratiegefährdend erklärt.

Was hält Bernd Drücke, Redakteur der *Graswurzelrevolution* (GWR) und ehemaliger Volkszählungsboykott-Aktivist, von dem Argument: „Wer nichts zu verbergen hat, muss die Überwachung auch nicht fürchten?"

Das ist kein „Argument", sondern eine Naivität, die zum Himmel schreit. Wissen ist Macht. Und je mehr der Staat über uns weiß, umso schwieriger wird es für uns, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu bekämpfen. Die erhobenen und verknüpften Zensusdaten werden nicht etwa sofort nach ihrer Auswertung gelöscht, sondern bleiben bis zu vier Jahre lang gespeichert und können über die Ordnungsnummern zu heiklen Personenprofilen verknüpft werden. Die ungenügende Anonymisierung der Zensusdaten ist eine Gefahr für Informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit. So entsteht für einen langen Zeitraum eine zentrale Datensammlung mit erheblichem Missbrauchspotenzial. „Die Daten werden in einer Zentraldatenbank zusammengeführt und können über eindeutige Ordnungsnummern verknüpft bzw. zugeordnet werden – obwohl das Bundesverfassungsgericht eine solche Identifikations- oder Personenkennziffer bereits in früheren Urteilen untersagt hatte", so Rolf Gössner in der *GWR 356*.

Gerade für Menschen, die sich in den sozialen Bewegungen engagieren, sollte also klar sein, dass wir uns kollektiv und solidarisch gegen den „Zensus 2011" und alle anderen Versuche uns zu durchleuchten, stemmen sollten.

Literaturempfehlung: Verena S. Rottmann: *„Mikrozensus und Volkszählung 2011"*, Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins, www.zweitausendeins.de

Der große Bruder will's nochmal wissen

Der Volkszählungsboykott 1987 und ein Ausblick auf den „Zensus 2011"

Die Redaktion „Zeitlupe" der Direkten Aktion *sprach mit dem Redakteur der* Graswurzelrevolution *Bernd Drücke, der 1987 in einer Volkszählungsboykott-Initiative (VoBo-Ini) in Münster aktiv war.*

Bernd, du hast in den 80ern einiges zur Volkszählung (VZ) publiziert. 1987 standest du aufgrund deiner Aufforderung, die VZ zu boykottieren und die Kennnummern aus dem Volkszählungsbogen zu schneiden vor Gericht. Hat sich der Kampf denn aus deiner Sicht gelohnt?

Ja, auf jeden Fall. Es war ein schönes Gefühl, dass wir die Volkszählungsboykott-Kampagne damals mit so vielen Menschen kollektiv und solidarisch vorantreiben konnten. Wir haben unzählige Infoblätter und Broschüren unter die Leute gebracht und eine Gegenöffentlichkeit herstellen können. Die Solidarität, die ich damals insbesondere im Zusammenhang mit meinem Prozess erlebt habe, war eine wichtige Erfahrung. Das Verfahren gegen mich wurde früh eingeleitet, weil ich zusammen mit einer Genossin am „Spiegelhof" in Münsters Altstadt einen Büchertisch aus dem Umwälzzentrum „betrieben" und u.a. Volkszählungsboykott-Flyer und die Broschüren „Vorsicht Volkszählung" und „Restrisiko Mensch" unter die Leute gebracht habe. Letztere dienten den Behörden dann als Vorwand für eine bundesweite Einschüchterungs- und Kriminalisierungswelle.



In den Schriften wurde u.a. empfohlen, die Kennnummern aus den Erhebungsbögen zu entfernen, damit die Identitäten von BoykotteurInnen nicht rekonstruiert werden können. Da diese Bögen aber Eigentum des Staates seien, das nicht beschädigt werden dürfe, wurde der Aufruf zum Schnibbeln von den Behörden kurzerhand zur Straftat erklärt. Dazu diente der berüchtigte Gummi- und Gesinnungsparagraf 111 StGB („Öffentliche Aufforderung zu Straftaten"). Für mich persönlich war es das erste Mal, dass ich ein Ermittlungsverfahren am Hals hatte.

Wie lief dein Prozess ab?

Der war ungemein politisierend, diente also in gewisser Weise der Aufklärung über Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Er glich einer Kabarettveranstaltung. Der Richter war ein adipöser Choleriker in schwarzer Robe, der mehrmals drohte, den bis auf den letzten Platz gefüllten Saal zu räumen, weil sich Zuschauerinnen und Zuschauer geweigert hatten, sich zu erheben, und es lautstarke Protestäußerungen aus dem Publikum gegeben hatte: „Ich habe auch boykottiert!"

Als ich meine politische Verteidigungsrede gehalten habe, lief sein Kopf peu à peu rot an und am Ende platzte es aus ihm heraus: „Wenn alle so denken würden wie Sie, dann würde hier alles im Chaos enden!" Der Richter war über meine agitatorisch-staatskritische Verteidigungsrede so empört, dass er beim Strafmaß schließlich über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinausging.

Hättet ihr mit einem solch harten Urteil gerechnet?

Die Kriminalisierung hat uns überrascht und geärgert. Für mich persönlich war die juristische Auseinandersetzung mit dem Staat damals eine ganz neue Erfahrung, die mich weiter radikalisiert hat.

1987 studiertest du im konservativ-katholischen Münster...

Ja, ich bin 1986 zum Studieren in die Provinzmetropole Münster gezogen. In meiner Heimatstadt Unna war ich schon als Schüler politisch aktiv. In Münster habe ich dann in einer Anarcho-WG gewohnt und mich u.a. in der VoBo-Bewegung engagiert. Sozusagen als „Parallelgesellschaft" zur Tristesse des katholischen CDU-Milieus, hat sich in Münster seit 1968 auch eine lebendige alternative und libertäre Szene etabliert, in der ich mich bis heute engagiere und wohl fühle.

Reichte die VoBo-Initiative Münster über die studentischen Kreise hinaus?

Ja. Das war damals in vielen Städten eine große, basisdemokratisch organisierte soziale Bewegung, in der sich von AnarchistInnen bis Grünen, von ArbeiterInnen, Arbeitslosen bis



Studis ein breites gesellschaftliches Spektrum sammelte, mit dem gemeinsamen Ziel das „Volksverhör" zu stoppen oder zu boykottieren.

Wie sah die Gründungsveranstaltung eurer Volkszählungsboykott-Initiative aus?

Das kann ich nicht sagen. Die VoBo-Bewegung in Münster war ja schon Anfang der 80er aktiv und aufgrund der großen lokalen Alternativ- und Studi-Szene bestens organisiert. Als ich Ende 1986 zur „VoBo-Ini Münster Mitte" dazugestoßen bin, gab es in Münster zehn Volkszählungsboykott-Initiativen. Unsere Initiative hat sich jeden Mittwoch im Café Malik getroffen. Und montags gab es dann ein gemeinsames Plenum mit Delegierten aus den verschiedenen Münsteraner VoBo-Inis.

Wie war die Stimmung?

Die war gut. Anfangs waren wir optimistisch, dass es 1987 erneut gelingen könnte, die Volkszählung zu kippen. 1983 wollte der Staat ja eine Volkszählung durchführen, um die Bevölkerung zu durchleuchten und zu erfassen. Dieser Plan führte bundesweit zu Massenprotesten. VoBo-Initiativen gingen vor Gericht und durch alle Instanzen. Die breite Verweigerungswelle und schließlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stoppten die Volkszählung 1983. Der Datenschutz wurde erstmals als Grundrecht anerkannt. Den BürgerInnen wurde ein Recht auf „informationelle Selbstbestimmung" versprochen. Eine Sammlung von nicht anonymisierten Daten auf Vorrat und zu unbestimmten Zwecken schloss das Gericht aus. Das war ein Riesenerfolg für die bundesweite Volkszählungsboykott-Bewegung. Die Kohl-Regierung hat das allerdings als schallende Ohrfeige empfunden. Und so setzte der damalige CSU-Bundesinnenminister Zimmermann alles daran, 1987 eine „nachgebesserte" Volkszählung durchzusetzen.

Hattet ihr Boykottsammelstellen zur Abgabe der unausgefüllten Haushalts- und Personenfragebögen eingerichtet?

Ja.

Wie sah das dort aus? Wer lief da alles bei euch ein?

Das Spektrum der VolkszählungsboykotteurInnen war bunt. Es reichte vom linksradikalen Studi bis zur empörten Rentnerin. Die Angst vor dem Überwachungsstaat war groß.

Wie habt ihr den 25. Mai 1987, also den Stichtag für die Volkszählung, erlebt?

Da unsere Treffen und Informationsveranstaltungen zuvor schon aus allen Nähten geplatzt sind, hatten wir große Erwartungen und haben mit einer riesigen Boykottwelle gerechnet. Deshalb waren wir erst einmal ein bisschen ernüchtert, weil letztlich doch weniger Menschen die „Volksaushorchung" boykottierten als gehofft.



Wart ihr von der geringen Zahl von „echten" Verweigerern enttäuscht?

Ja. Wir haben zwar tausende Bögen eingesammelt, aber unsere Erwartungen wurden nicht erfüllt. Dabei war es verständlich, dass der Boykott kleiner als gedacht ausfiel. Die Kriminalisierungswelle wirkte auf viele Menschen einschüchternd. Im Rahmen der Vorbereitungsphase zur Volkszählung bzw. zum Boykott derselben, wurden zwischen Mai und Juli 1987 bundesweit Büros von VoBo-Initiativen, Zeitungsredaktionen und einige Buchläden durchsucht. Dabei wurden neben den schon erwähnten Büchern aus dem Kölner Volksblatt-Verlag auch unzählige Flugblätter beschlagnahmt. Gegen mehrere Projekte, die Tipps zur Unkenntlichmachung der Fragebögen veröffentlicht bzw. ausgelegt hatten, wurden Ermittlungsverfahren nach § 111 StGB eingeleitet.

Wie habt ihr den sog. „weichen Boykott" von denjenigen beurteilt, die falsche Angaben gemacht haben?

Das fanden wir gut. Wir wollten ja weder eine Massenkriminalisierung noch „MehrTüer". Der „weiche Boykott" hatte sicher seinen Anteil daran, dass die gigantische Datensammlung unbrauchbar wurde und sich nach 1987 über viele Jahre hinweg keine Regierung mehr getraut hat, eine „richtige" Volkszählung zu machen.

Habt ihr mit dem „Altpapier", also den leeren Bögen, noch eine Aktion durchgeführt?

Die Bögen wurden zunächst von den VoBo-Inis gesammelt und zum Notar gebracht. Alle paar Tage wurde dann die aktuelle Boykottzahl bekanntgegeben. Am 12.7.1987 stand das Boykott-Barometer laut *Stadtblatt Volkszählung-EXTRA* Nr. 12 um 21 Uhr bei „7.712 Boykottierer/innen" in Münster.

In Berlin kam es während der traditionellen 1. Mai Demo 1987 zu einer Protestdemonstration gegen die Volkszählung, an die sich die bis heute berüchtigten „1. Mai Krawalle" anschlossen. Hatte die Vobo-Initiative Münster auch nach der Volkszählung noch Auswirkung auf die „Polit-Szene" der Stadt. Kam es zu einer Vereinzelung oder hielten die ProtagonistInnen in Friedensbewegung, Häuserkampfbewegung, Anti-Atom-Bewegung, Kollektiven und Freundschaften weiter zusammen?

Das war unterschiedlich. Die VoBo-Gruppen waren heterogen. 1988 waren wir zuletzt nur noch zwei Aktive in der VoBo-Ini Münster Mitte, die wir dann aufgelöst haben. Aber VoBo war für mich und viele andere BewegungsaktivistInnen immer nur ein Thema von vielen. Ich habe mich mit anderen u.a. auch in der antimilitaristischen, der Anti-Atom-, der HausbesetzerInnen-, Studi- und Antifa-Bewegung engagiert. Viele AktivistInnen haben sich im Laufe der Zeit ins Private zurückgezogen, andere sind weiterhin politisch aktiv. Münster ist eine typische StudentInnenstadt, wo viele ein paar Jahre lang studieren und sich nebenbei engagieren. Nach dem Studium ziehen viele weg oder sind mit Familie und Beruf beschäftigt. Das ist dann oft der Knackpunkt, wo es einen Abschied aus den sozialen Bewegungen gibt. Die Anti-Atom-Massendemos 2011 zeigen aber, dass es möglich ist, viele Menschen, die sich ins Private zurückgezogen haben, wieder zu motivieren und somit eine neue Stärke der sozialen Bewegungen zu erreichen.

Im Vergleich zu der breit aufgestellten Volkszählungsboykott-Bewegung in den 80er Jahren fällt der Protest zur Volkszählung 2011 bisher eher ruhig aus. Welche Gründe spielen hier aus deiner Sicht eine Rolle?

Dass es noch keine große Kampagne gegen den „Zensus 2011" gibt, hat sicher mehrere Gründe. Viele wissen noch gar nicht, was zwischen Mai und Dezember 2011 auch auf sie persönlich zukommt. In Zeiten von Facebook, Vorratsdatenspeicherung, Google Street View, grassierender Kameraüberwachung und elektronischem Personalausweis ist es schwieriger geworden, sich gegen den Ausbau des Überwachungsstaates zu stemmen. Die Erfassung ist umfassender geworden. Deshalb hat sich Fatalismus breitgemacht. Da sollten wir gegensteuern und aufklären. Mit dem „Zensus 2011" steht eine gigantische Sammlung von persönlichen Daten bevor. Durch die Zwangsbefragung entstehen hoch problematische Personenprofile. 20 Millionen Menschen sollen mit bis zu 186 Fragen pro Haushalt durchleuchtet werden und Religionszugehörigkeit, Einkommen, Familienumstände und vieles mehr offenlegen. Wie schon 1987, hat die NPD ihre Mitglieder aufgefordert, sich bei den 80.000 „InterviewerInnen" einzureihen, um Linke und illegalisierte MigrantInnen ausfindig zu machen.

Die Befragung durch unbekannte „InterviewerInnen" ist dabei nur eine Seite der Schnüffelei. Im Hintergrund werden Informationen u.a. aus den Melderegistern, von Finanz- und Arbeitsämtern mit den Ergebnissen der Befragung zusammengeführt und unter einer eindeutigen Nummer gespeichert. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht eine solche Ordnungsnummer 1983 verboten. Ob die versprochene Sicherung und Anonymisierung dieser Datenmassen gelingen wird, ist fraglich. Bekanntlich blüht der Handel mit persönlichen Daten.

Interview: Redaktion „Zeitlupe"

Der Traum von der Fabrikgesellschaft

Der italienische Industriegigant Fiat will Arbeiterrechte schwächen. Der Widerstand dagegen läuft bislang auf Sparflamme.

Die europäischen ArbeiterInnen haben in den vergangenen Jahrzehnten so manche Kröte schlucken müssen. Selten jedoch war sie so fett und hässlich wie die, die Fiat nun seinen Untergebenen vorsetzte. Es wurde ein Tarifvertrag diktiert, der die Rechte der ArbeiterInnen massiv schwächt und die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit im Betrieb praktisch abschafft. Je nach Auftragslage will das Unternehmen seine ArbeiterInnen an vier Tagen hintereinander bis zu zehn Stunden schuften lassen, ebenso sollen Überstunden und Samstagsarbeit ohne Konsultation der Gewerkschaften angeordnet werden können. Die Pausen sollen zudem verkürzt und Krankentage teils nicht mehr bezahlt werden. Einschränkungen gibt es auch im Streikrecht: Aufrufenden Gewerkschaften kann das Unternehmen die Freistellungskontingente für die Betriebsdelegierten entziehen, Streikenden droht gar die Kündigung. Kritische Gewerkschaften wird es nach dem Willen von Konzernchef Sergio Marchionne bei Fiat ohnehin nicht mehr geben. Denn weigert sich eine Gewerkschaft, den diktierten Vertrag zu unterzeichnen, dann werden ihre AktivistInnen künftig von Beschäftigtenvertretungen ausgeschlossen.

Verhandlungen oder gar Kompromissbereitschaft gab es seitens der Konzernleitung nicht, dafür aber die Drohung, die Produktion im Falle einer Ablehnung durch die Belegschaft ins Ausland zu verlagern. Bei Annahme des Vertrags versprach Fiat das Gegenteil zu tun, nämlich Produktion aus dem Ausland nach Italien zu verlegen und durch milliardenschwere Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Den ArbeiterInnen stellte Marchionne zudem in Aussicht, dass man bei entsprechendem Produktivitätszuwachs die Löhne auf deutsches Niveau anheben könnte – derzeit liegt der durchschnittliche Nettoverdienst italienischer MetallarbeiterInnen bei etwa 1.200 Euro.



Foto: FIOM Massa, Generalstreik Januar 2011

„Die Fabrik gehört den ArbeiterInnen", steht auf dem Transparent. Die Wirklichkeit muss das Bewusstsein noch einholen.

Zuckerbrot und Peitsche

Der Angriff auf die Rechte der ArbeiterInnen erfolgt im Rahmen der „Fabrik Italien" (*Fabbrica Italia*), dem größten italienischen Wirtschaftsplan seit Jahrzehnten. Dieser verspricht nicht weniger, als Italien durch eine industrielle Expansion eine neue Perspektive zu geben. In einem Land, das nicht nur in einer Wirtschafts-, sondern auch in einer tiefen Sinnkrise steckt, in dem Perspektivlosigkeit und Fatalismus weit verbreitet sind, in dem laut Umfragen die Hälfte der 25–34-Jährigen eine Auswanderung in Erwägung zieht, wirken solche Ankündigungen wie Balsam auf der geschundenen Seele.

Beworben wurde die *Fabbrica Italia* in einer geschickt inszenierten Kampagne, die keineswegs auf die ArbeiterInnen, sondern auf die KonsumentInnen zielte. Ganz Italien müsse gemeinsam anpacken, Opfer bringen und natürlich italienische Produkte kaufen. All dies sei im Sinne der künftigen Generationen. Der radikale Angriff auf die Arbeitsbedingungen ließ sich so als „Modernisierung" verkaufen. Eifrige Unterstützer fand Fiat im Arbeitgeberverband Confindustria und mit wenigen Abstrichen auch in der Regierung Berlusconi samt dessen Medienmacht. So gelang es, die betroffenen Belegschaften und die Gewerkschaften unter erheblichen Druck zu setzen und die betrieblichen Abstimmungen zu einem Vorgang von landesweiter Relevanz aufzublasen. Dass die *Fabbrica Italia* bislang nicht mehr ist als heiße Luft, spielt dabei keine Rolle. Denn die genügte, um das Gros der etablierten Gewerkschaften von dem Programm zu überzeugen. Und selbst der Generalsekretär des ehem. kommunistischen und noch immer größten italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL, Guglielmo Epifani, äußerte in den vergangenen Monaten mehrfach Sympathien für die F*abbrica Italia*.

Abgelehnt wurde das Fiat-Diktat lediglich von der FIOM, Metallgewerkschaft im CGIL-Verbund, sowie von den in Italien vergleichsweise starken Basisgewerkschaften. Die letzte Entscheidung lag jedoch bei den Betroffenen selbst. In Urabstimmungen stimmte bereits im letzten Sommer die Belegschaft des Fiat-Werks in Pomigliano (bei Neapel) mehrheitlich zu; im Januar folgte die Belegschaft im Stammwerk Mirafiori (Turin). Sowohl in Pomigliano als auch in Turin erhielten die Pläne jedoch nur knappe Mehrheiten. Nicht zuletzt deshalb entzogen sich die Abstimmungsergebnisse einer klaren Deutung. Beide Seiten feierten sie als Erfolg: die zustimmenden Gewerkschaften und die Konzernleitung, weil man ja die Abstimmung gewonnen hat; die Ablehnenden, weil sich fast 50% der Beschäftigten nicht haben einschüchtern lassen.

Warten auf den Generalstreik

Dass sich die FIOM dem Diktat trotz aller angedrohten Konsequenzen widersetzt, ist auf das weit verbreitete Bewusstsein zurückzuführen, dass die Arbeiterrechte in harten und langen Kämpfen errungen wurden. In bemerkenswert scharfem Ton erklärte die FIOM nach der Abstimmung in Mirafiori, dass das Diktat bei Fiat ein Teil des größten kapitalistischen Angriffs auf die Rechte der ArbeiterInnen seit 1945 sei. Sich dagegen zu wehren, sei eine Pflicht, und zwar sowohl gegenüber den Generationen, von denen die Rechte einst erkämpft worden waren, als auch gegenüber kommenden Generationen.

Bislang allerdings folgten auf diese Ankündigung lediglich zwei Aktionstage am 27. und 28. Januar, die nach Angaben der FIOM ein großer Erfolg, nach Angaben der rechten Gewerkschaften hingegen ein großer Flop gewesen seien. Die Wahrheit liegt vermutlich in der Mitte. Neben einem eintägigen Streik in der Metallbranche gab es Demonstrationen in 22 Städten, an denen sich auch viele SchülerInnen und Studierende beteiligten, die sich ihrerseits bereits seit Jahren gegen Kürzungen und unsägliche Reformvorhaben zur Wehr setzen. FIOM-Chef Maurizio Landini erklärte in einer Rede in Bologna, dass die Aktionstage nur ein Auftakt sein könnten und dass es nun einen großen, alle Branchen umfassenden Generalstreik geben müsse. Nur durch die Ausweitung der Kämpfe, so Landini weiter, lasse sich die Phalanx von Fiat, Confindustria und Regierung in die Knie zwingen. Dafür erntete er zwar tosenden Applaus auf der Kundgebung, ließ bislang jedoch keine Taten folgen.

Christian Krueger

Fortsetzung von S. 1 (Im Westen geht die Sonne auf)

Auf wirtschaftlichem Terrain...

In gewisser Weise erinnern die Vorgänge in Nordafrika an 1989: Demonstrationen, Rufe nach Freiheit, und sogar eine Treuhand. Und ebenso unterbeleuchtet wie die „Wende in den Betrieben" blieb auch diesmal die Lage und Rolle der ArbeiterInnen. In den Städten und Industriezentren der Tourismus-, Textil-, Elektro- und Autoindustrie sowie im Öffentlichen Dienst herrschen Unsicherheit und Hungerlöhne; Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Daher waren, so die *FTD*, „die steigenden Kosten für Grundnahrungsmittel" ein Auslöser der Revolten. Der UN-Preisindex der FAO übertraf Anfang 2011 die Spitzen von 2008, dem Jahr der Hungerrevolten.



Foto (CC): Hossam El-Hamalawy

Erinnert nicht zufällig an Frankreich 1936: Streikende Telekom-Arbeiter am 9.2. in Ramses

In Tunesien war der einzige Gewerkschaftsbund immer eine Stütze des Systems. Aber das ist nur eine oberflächliche Betrachtung auf Landesebene. Dem Berliner Ökonom El-Aouni zufolge war die UGTT bzw. deren linker Flügel die einzige Organisation, die den Aufstand „unterstützt und mitorganisiert" hat: durch Kundgebungen, Demonstrationen und regionale Generalstreiks. Seither schwankt die Führungsriege, zwischen Ordnungs- und Freiheitsliebe.

Das Problem der Hungerlöhne und der FDGB-gleichen Einheitsgewerkschaft kennt man auch in Ägypten: Mehr als 40% der Bevölkerung, darunter Erwerbstätige, leben von nicht mehr als 2 Dollar am Tag. Ende Januar erklärte die Staatsgewerkschaft ETUF jedoch, man werde alles tun, um jegliche Arbeiterbewegung einzudämmen. Aber, so Kamal Abbas, „während Ägyptens offizielle Gewerkschaftsbewegung unter staatlicher Kontrolle ist, wird die ägyptische Arbeiterbewegung von den Arbeitern selbst organisiert und angetrieben." Auch die *New York Times* berichtete, die Streiks seien „eine Graswurzelmobilisierung" gewesen, „die anscheinend einen eigenen Antrieb hatte, auch ohne die Hilfe von Facebook oder Twitter oder irgendeines landesweiten Arbeiternetzwerks". Bisher habe es keine engen Beziehungen zwischen Arbeitern und Internet-Aktivisten gegeben. In den Arbeiterbewegungen der letzten Jahre haben sich einige Forderungen herausgeschält, die nun aufgegriffen werden: für eine Arbeitslosenversicherung, einen Mindestlohn von 150 Euro, ein Sozialsystem (Gesundheit, Bildung, Wohnung, Rente) und Organisationsfreiheit. Neu hinzu kam die nach der Absetzung korrumpierter Manager. Das Militär bemüht sich nun, die Streiks zu beenden. Dabei sind die Streitkräfte keine neutrale Größe, sondern ein Großkonzern, der mit mehreren Zehntausend Beschäftigten, in der Mehrheit Wehrpflichtige, u.a. Fabriken, Hotels und Bäckereien betreibt.

Der Anfang ist gemacht

„Die Streiks jetzt werden weitergehen", so der Aktivist El-Hamalawy, „das ist unsere einzige Hoffnung im Moment, die Mission ist noch nicht erfüllt." Nicht nur, dass der politische Wandel nicht vollzogen ist, vor allem die ökonomischen Ursachen sind unverändert. Massendemos gegen Preiserhöhungen werden auch aus Indien gemeldet, wo die Lebensmittelpreise allein 2010 um 18% stiegen. In den USA (siehe S. 10) und in China beziehen sich DemonstrantInnen auf die Vorgänge in Nordafrika. Gewiss auch in Afrika selbst verfolgen die Menschen die Entwicklungen. Der kenianische Publizist Firoze Manji erklärte: „Was die Leute wollen, ist die Demokratisierung der Gesellschaft, der Produktion, der Wirtschaft und aller Lebensbereiche. Was ihnen stattdessen geboten wird ist eine Wahlurne."

Die Kraft der Erhebungen macht Hoffnung. Sie sind ein deutliches Zeichen für das Revival der Arbeiterbewegung. Aber die politische Neuordnung hat eben erst begonnen, der Kampf ist noch nicht vorbei: ein Wiedererstarken reaktionärer Kräfte und/oder eine Öl- und Wirtschaftskrise sind nicht ausgeschlossen. Auch die Ratingagenturen haben schon reagiert und z.B. Tunesiens „Kreditwürdigkeit" herabgestuft. Das Konfliktpotenzial bleibt, denn es war ein Kampf gegen die Diktatur *und* gegen die Ausbeutung in einer globalisierten Welt. Unabsehbar sind die weiteren Entwicklungen in Bahrain, Jemen, Algerien, aber auch im Irak sowie in Libyen, wo der große Zampano Gaddafi noch einmal großzügig den Tod austeilt – doch mit dem Osten des Landes, und der Millionenstadt Benghazi als wichtigem Industriestandort, stehen die Regime-Gegner nicht mit leeren Händen da.

André Eisenstein

Griechenland: Staatsbankrott auf Umwegen?

Auf dem jährlichen Treffen der Wirtschaftseliten in Davos brachte der griech. Finanzminister einen sog. „Schuldenschnitt" in die Diskussion: Man erwäge, eigene Staatsanleihen zurückzukaufen, die derzeit unter dem Nennwert liegen. Für die Gläubiger – mit 17,4 Mrd. Euro zählen deutsche Banken zu den Großen – wäre das ein Verlustgeschäft, ein Staatsbankrott mit Einwilligung. Um den allerdings umzusetzen, bedarf es der finanziellen Unterstützung der EU, die über ihre Zentralbank (EZB) sogar einen Gewinn machen würde. Denn im Frühjahr 2010 hatte die EZB Staatsanleihen zu ca. 70% des Nennwerts gekauft, der „Schuldenschnitt" ist derzeit aber bei 75% geplant. In der Beurteilung herrscht unter Ökonomen verkehrte Welt: Während der neoliberale Von Sinn eine solche Option guthieß, mahnte der sozialdemokratische Flassbeck, dies steigere nicht die „Wettbewerbsfähigkeit". Es bleibt aber noch Zeit für einige Pirouetten: Das Szenario stehe, so die *FTD*, erst 2012 oder 2013 an. (AE)

Frankreich: CNT-F gibt nicht auf in der Kita

Erzieherinnen sind mitunter hartnäckig – das müssen nicht nur die Kleinen, das musste im vergangenen Jahr auch die Chef-Etage des privaten Kita-Konzerns "People and Baby" lernen: nach einem symbolischen Streik im März 2010 suspendiert und teils gefeuert, startete die Handvoll CNT-Aktivistinnen mit einer Kampagne (*DA* #201). So wurde zumindest eine Entlassene wieder eingestellt. Im November 2010 erlangte die CNT nun den Status des Repräsentativität im Unternehmen und erklärte eine Tarifbindung zum Ziel. Derweil laufen die Kündigungsschutzklagen in den Fällen der übrigen vier Streikenden. (AE)

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

USA: Kairo in Wisconsin

Im US-Bundesstaat Wisconsin hat sich die größte Protestwelle seit dem Vietnam-Krieg entwickelt. Seit Mitte Februar demonstrieren mehrere zehntausend Menschen in der Hauptstadt Madison gegen ein Sparprogramm der republikanischen Regierung. Die Demonstranten beziehen sich dabei bewusst auf die Aufstände in Ägypten. Getragen werden die Proteste insbes. von den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, die im Zuge des Sparprogramms in ihrem Tarifrecht beschnitten werden sollen. Denn die Regierung will die Staatsausgaben u.a. dadurch senken, dass die Gewerkschaften der LehrerInnen, BusfahrerInnen und Krankenschwestern künftig nur noch Lohnerhöhungen im Ausmaß des Preisanstiegs abschließen dürfen. Vereinbarungen, die Gehaltssprünge über der Inflationsrate vorsehen, müssten einer Volksbefragung unterzogen werden. Beobachter sprechen vom „größten Angriff auf die Gewerkschaftsrechte in den USA seit Jahrzehnten". Inzwischen finden auch Demonstrationen in anderen Bundesstaaten statt, die von ähnlichen Sparprogrammen betroffen sind.

Bangladesch: Gewerkschafterin in Haft

Wir haben bereits wiederholt über Kämpfe der TextilarbeiterInnen in Bangladesch berichtet, die sich seit Jahren gegen Hungerlöhne und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Nachdem es der Regierung und den Bossen auch durch den Einsatz von Paramilitärs, von gekauften Totschlägern und durch die Militarisierung zentraler Textilbetriebe nicht gelungen ist, den Widerstand dauerhaft zu brechen, scheinen Politik und Justiz jetzt eine neue weitere Variante zu testen: Ende 2010 wurde Moshrefa Mishu, die Vorsitzende des Garment Workers Unity Forum (GWUF) ins Gefängnis geworfen. Der GWUF ist eine von mehreren Gewerkschaften, in denen sich TextilarbeiterInnen organisieren. Mishu geht es nach monatelanger Haft körperlich sehr schlecht, sie wurde mehrfach kurzfristig vom Knast in ein Krankenhaus und wieder zurück verlegt. Während die Justiz einen Prozess gegen sie vorbereitet, überschlägt sich die bürgerliche Presse und versucht Mishu zur Rädelsführerin aufzubauen. Dabei wird ihr u.a. vorgeworfen, sie würde „Sabotage gegen die Textilindustrie des Landes betreiben", indem sie „Hooligans anheuert, die Anarchie und Vandalismus in den Fabriken verbreiten". Ihr „niederträchtiges Ziel" sei es, „Bangladeschs florierenden Exportmarkt zu schädigen und so konkurrierenden Nationen, die Bangladeschs Rolle auf dem Weltmarkt übernehmen möchten", in die Hände zu arbeiten. Interessant dabei ist, welches Ausmaß die Aufstände der Belegschaften mittlerweile angenommen haben. So spricht eine besonders unternehmernahe Zeitung davon, dass aufgrund der Zerstörung von Fabriken durch ArbeiterInnen und der damit im Zusammenhang stehenden „verzögerten oder abgesagten Exportaufträge" bereits Schäden in Höhe von mehreren hundert Mio. Dollar entstanden seien. Für die sofortige Freilassung von Mishu und die Einstellung aller gegen sie gerichteten Ermittlungsverfahren ist eine internationale Kampagne angelaufen. Nähere Informationen finden sich auf: www.labourstart.org

Polen: Sabotage bei FIAT in Tychy

FIAT ist es Ende letzten Jahres relativ erfolgreich gelungen, die Belegschaften der italienischen Werke zu neuen, schlechteren Verträgen zu zwingen (siehe S. 9). Dabei wurde unverhohlen damit gedroht, große Teile der Produktion in das polnische Werk nach Tychy zu verlegen. Die ArbeiterInnen dort wollen sich jedoch nicht als Lohndrücker missbrauchen lassen und hatten deshalb einen offenen Brief an ihre italienischen KollegInnen geschrieben. Mitte Februar kam es dann zu einem Vorfall, der zeigt, dass es auch im polnischen Werk massive Unzufriedenheit zu geben scheint. So haben ArbeiterInnen während einer einzigen Schicht Sabotage an mehr als 300 frisch produzierten Fahrzeugen betrieben. Dabei wurden den Blechen dicke Kratzer zugefügt, Schrauben in die Motoren geworfen, Kabelbäume zerschnitten und anderes. Die Schichtleiter und Manager suchen nun fieberhaft nach den Saboteuren.

USA: Erfolg für Fastfood-Gewerkschaft der Wobblies

Die US-Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen hat die Gewerkschaftswahlen bei der Fastfood- Kette Jimmy John's in Minneapolis (Minnesota) für rechtswidrig erklärt. Dort hatte die den IWW angeschlossene Jimmy John's Workers Union (JJWU) erstmals in der US-Geschichte Gewerkschaftswahlen bei einem Fastfood-Franchise-Unternehmen organisiert und diese knapp verloren. Die Gewerkschaft reichte schon im Vorfeld eine Liste von Verstößen gegen die Gewerkschaftsrechte ein, mit denen eine freie Wahl verhindert worden sei (siehe DA Nr. 203). Das Management wurde vom Gericht angehalten, seine gesetzeswidrigen Maßnahmen gegen die Gewerkschaft einzustellen. Ab März dann ist die JJWU berechtigt, erneute Wahlen durchführen zu lassen.

Polen: Streik nach Vorschrift bei FagorMastercook

Ende Januar hat die Belegschaft der Fabrik von FagorMastercook im polnischen Wroclaw eine Lohnerhöhung gefordert und ihrer Forderung dadurch Nachdruck verliehen, dass sie tagelang nur noch „Dienst nach Vorschrift" machte. Obwohl die Firma glänzende Geschäfte macht, verdient die Belegschaft im Schnitt lediglich magere 350 Euro im Monat und damit erheblich weniger als in den umliegenden Fabriken oder gar vergleichbaren anderen europäischen Werken. FagorMastercook gehört zum Mondragon-Konzern, eine der weltweit größten Kooperativen. Diese genießt immer noch ein hohes Ansehen, auch bei vielen Linken, obwohl bereits vergangene Konflikte bei FagorMastercook in Polen und bei Mondragon-Firmen in anderen Niederiglohn-Gegenden gezeigt haben, dass das Image von Mondragon nur ein Mythos ist. Dabei geht es nicht nur um Niedriglöhne – FagorMastercook wurde darüber hinaus auch bekannt für Maßnahmen gegen gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen.

Ein Mordsstoff

Die tödliche Asbest-Industrie floriert weiter. Besonders im Fokus steht Kanada, das große Mengen in Entwicklungsländer exportiert.

In Gedenken an die Opfer der Arbeit findet weltweit am 28. April erneut der Workers' Memorial Day statt. Seit seiner erstmaligen Begehung in den 1980ern gehören die mörderischen Auswirkungen von Asbest zu dessen vorrangigen Themen. Immerhin sind Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge 125 Mio. Menschen am Arbeitsplatz dieser Substanz ausgesetzt; über 100.000 Menschen sterben jährlich an ihren Folgen. Insbes. die Verwendung von Chrysotil-Asbest verursacht Lungenkrebs, Asbestose und andere schwere Erkrankungen der Atemwege. In Anbetracht dessen fordern die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der UNO und viele andere internationale Institutionen die Abschaffung von Asbest. 55 Regierungen haben bereits vollständig Asbest verboten.

Doch trotz aller Befunde behauptet die Asbest-Industrie, dass Chrysotil gefahrlos sei und nur innerhalb sicherer Schranken Anwendung fände. Sie setzt sich weiter für die Verwendung von Asbest in den Entwicklungsländern ein und verfolgt eine aggressive Marketing-Kampagne, sich stützend auf die Propaganda des Chrysotil-Instituts im kanadischen Quebec. Mit Erfolg: So exportiert zynischerweise Kanada, wo die Verwendung von Asbest selbst verboten ist, jährlich Hunderttausende Tonnen Chrysotil. Gegenwärtig plant sogar die Regionalregierung von Quebec, eine Bürgschaft von 58 Mio. Dollar für die Jeffrey Mine Inc. zu übernehmen, mit der die Eröffnung einer neuen Asbestmine ermöglicht werden soll. Mit diesem will das Unternehmen 200.000 Tonnen Asbest pro Jahr in asiatische Entwicklungsländer exportieren – für die nächsten 25 bis 50 Jahre.

Gewerkschaften gegen Asbest

Die Gewerkschaftsbewegung ist gefordert zu handeln, um asbestbedingten Krankheiten ein Ende zu setzen. So setzt sich etwa die Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) seit 1989 aktiv für ein weltweites Verbot aller Arten von Asbest ein, v.a. in Zementprodukten für Baustoffe. Zu diesem Zweck organisiert sie Konferenzen, Tagungen, Schulungen, Kampagnen, Kundgebungen und Demonstrationen. Dabei arbeitet sie mit Asbestopfer-Gruppen und NGOs zusammen, aber auch mit nationalen Behörden, insbes. des Gesundheitsbereichs, und stattet GewerkschafterInnen in asbestproduzierenden und -nutzenden Ländern mit Informationen aus.



Proteste indischer ArbeiterInnen Anfang Februar in Delhi gegen die Asbestpolitik Kanadas

Fortschritte gab es im Jahr 2010 auf den Philippinen zu vermelden. Dort stieß die Gewerkschaft ein Programm zur Beseitigung von asbestbedingten Krankheiten an. Die beteiligten Institutionen übernahmen dabei die inhaltlichen Prioritäten der GewerkschafterInnen trotz des Versuchs der von der Asbestindustrie finanzierten Chrysotil Association, Diskussionen über das Thema zu vereiteln. Zudem liegen sowohl dem Senat und dem Kongress Gesetzentwürfe vor, die ein absolutes Verbot von Asbest vorsehen. Begleitet werden die Gesetzeseingaben u.a. mit Email- und Briefkampagnen. Bereits im August hatte die BHI in Indonesien eine Asbest-Konferenz organisiert, an der Baugewerkschaften aus Indonesien, den Philippinen, Kambodscha, Malaysia, Australien und Osttimor teilnahmen. Die Konferenz bot den Anwesenden die Gelegenheit, von den Erfahrungen aus Gewerkschaften und Anti-Asbest-Netzwerken anderer Länder zu lernen. Darüber hinaus entwickelte die Konferenz eine subregionale Kampagnenstrategie mit speziellen Aktionsplänen für jedes Land und bereitete die Gründung eines Anti-Asbest-Netzwerkes für Indonesien vor, die im Oktober vollzogen wurde. Neben verschiedenen Gewerkschaften gehören dem Netzwerk ebenso Umweltgruppen und NGOs an.

Kanada in der Kritik

Noch im Dezember hatte sich die BHI dem Asian Ban Asbestos Network angeschlossen. Zuvor hatte eine Delegation des Netzwerks die kanadische Provinz Quebec besucht, um sich bei der Regionalregierung über die besagte Investition in die Jeffrey Mine zu beschweren und stattdessen für die betroffenen Gemeinden ein Programm für sichere, gesunde und nachhaltige Beschäftigung vorzuschlagen. Die Delegation hielt Pressekonferenzen und öffentliche Versammlungen ab, traf sich mit GewerkschafterInnen und PolitikerInnen und führte eine Demonstration vor dem Chrysotil-Institut in Montreal durch.

Der Besuch der Delegation erregte viel Aufmerksamkeit in den Medien und hatte ausführliche Berichte zur Folge, wobei auch die Unterstützung durch kanadische und internationale Ärzte (z.B. durch Anti-Asbest-Artikel in Fachzeitschriften) hilfreich war. Zeitgleich zu dem Besuch wurden Solidaritätsaktionen in anderen Ländern durchgeführt, insbes. vor kanadischen Konsulaten und Handelsbüros in Japan, Südkorea, Philippinen, Frankreich, Indien, Hongkong und England. Auch in Indien selbst versuchen GewerkschaftsaktivistInnen, den massiven Import und die Verwendung von Asbest aus Kanada zu unterbinden. So versuchten Anfang Februar Gewerkschaften, Gesundheits- und Umweltgruppen, eine Handelsdelegation aus Quebec unter Druck zu setzen, um von der Finanzierung der Jeffrey Mine abzurücken.

Der anstehende Workers' Memorial Day Ende April, an dem das Verbot von Asbest schon immer ein zentrales Thema war, wird der nächste wichtige Anlass für Anti-Asbest-Aktivitäten sein. Die BHI ihrerseits wird in dutzenden Ländern an Demonstrationen teilnehmen und von der kanadischen Regierung fordern, ihre aggressive Vermarktung und Verbreitung von Asbest in Entwicklungsländern zu beenden.

Fiona Murie

Übersetzung: Holger Marcks

Die Autorin ist Arbeitsschutzbeauftragte der BHI, einem globalen Gewerkschaftsbund, dem mehr als 300 (reformistische) Baugewerkschaften angeschlossen sind.

Leiharbeit in Fernost

In Südkorea gewinnt der Widerstand gegen Prekarisierung langsam an Schlagkraft

Seit Ende letzten Jahres ist es in Südkorea verstärkt zu Protesten und Streiks von prekär Beschäftigten gekommen, die eine Übernahme in feste Arbeitsverhältnisse fordern. Dabei zeichnen sich nach zähen Kämpfen, die von beiden Seiten nicht eben zimperlich geführt werden, und in die auch die Staatsmacht involviert ist, erste Erfolge ab. So kommt es nun bei Autohersteller Hyundai zu Verhandlungen, nachdem sog. „irreguläre ArbeiterInnen" in der Industriestadt Ulsan wochenlang mit Sabotage- und Besetzungsaktionen für ihre Sache fochten. Dennoch ist in Südkorea die Prekarisierung weiter auf dem Vormarsch.

Anstoß zu der aktuellen Protestwelle lieferte ein Gerichtsurteil vom Juli 2010, wonach Beschäftigte ohne festen Arbeitsvertrag übernommen werden müssen, wenn sie länger als zwei Jahre angestellt sind. Damit wurde erstmals der koreanischen Politik, feste Arbeitsverträge langfristig abzuschaffen, ein Riegel vorgeschoben. Dies verleiht der koreanischen Arbeiterbewegung Auftrieb, und immer mehr Prekarisierte beginnen, sich zu organisieren.

Wenngleich Südkorea als eine der führenden Industrienationen über einen vergleichsweise hohen Lebensstandard verfügt und die Arbeitslosenquote bei gerade einmal 3% liegt, sind doch die Arbeitsbedingen erbärmlich. Der gesetzliche Mindestlohn garantiert kaum zwei Euro die Stunde, und nirgendwo auf der Welt wird solange gearbeitet: mit 2.390 Arbeitsstunden im Jahr schuften jeder Koreaner und jede Koreanerin durchschnittlich 46 Stunden die Woche, ohne Urlaub, Krankheitsausfall und Feiertage gerechnet, versteht sich. Seit Mitte der 1990er betreibt Südkorea zudem verstärkt eine Politik, Arbeiterrechte zu beschneiden und den Arbeitsmarkt zu „flexibilisieren". Gewerkschaften werden kriminalisiert, StreikaktivistInnen zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt und Festangestellte als „Arbeiteraristokratie" diffamiert, die dem Fortschritt im Weg stünde.

Der Anteil irregulär Beschäftigter ist in Südkorea erschreckend hoch. Schon jetzt liegt er deutlich über 50%, bei neu Eingestellten sogar bei 70–80%. LeiharbeiterInnen und befristet Angestellte verdienen in Südkorea durchschnittlich nur 48% ihrer KollegInnen mit festen Verträgen. Darüber hinaus werden sie in vielfältiger Weise diskriminiert. Bei besagtem Hyundai-Werk etwa müssen sie andersfarbige Uniformen tragen und dürfen die werkseigenen Zubringerbusse nicht benutzen. Doch während vorangegangene Kämpfe an mangelnder Unterstützung scheiterten, wächst nun langsam die Solidarität mit den Irregulären. Der zunehmende Druck, feste Verträge in befristete umzuwandeln oder in Leihfirmen auszulagern, stimmt immer mehr koreanische ArbeiterInnen nachdenklich.

Die Proteste haben sich mittlerweile auf die Industriezentren Chunju und Asan ausgeweitet, massiver, zum Teil gewalttätiger Repression durch Werkschutz und Polizei zum Trotz. Organisationen der prekär Beschäftigten kündigten bereits an, dass ihr Kampf nun „in die zweite Runde" ginge.

Matthias Seiffert

„Gefahr für die Volksgesundheit“

Mit einem Hungerstreik kämpfen 300 MigrantInnen in Griechenland für ihre sozialen Rechte

Um die Legalisierung ihres Aufenthaltes durchzusetzen, befinden sich seit Ende Januar 300 MigrantInnen in Athen und Thessaloniki im Hungerstreik. Im „Aufruf der Vollversammlung der Hungerstreikenden“ heißt es: „Wir sind Migrantinnen und Migranten aus ganz Griechenland. Wir kamen hierher, vertrieben von Armut, Arbeitslosigkeit, Kriegen, Diktaturen. Die multinationalen Konzerne des Westens und ihre politischen Handlanger in unseren Heimatländern haben uns keine andere Wahl gelassen, als zig Mal unser Leben zu riskieren, um an Europas Pforte zu gelangen. Der Westen, der unsere Länder ausplündert, mit seinem unvergleichlich höheren Lebensstandard, ist für uns die einzige Hoffnung, wie Menschen zu leben.“

Sündenböcke der Krise

Die meisten von ihnen leben und arbeiten seit Jahren in Griechenland. Alle Anstrengungen, einen legalen Status zu erlangen, waren jedoch vergeblich. Sie haben viel Geld für Behörden, Anwälte und Gerichte ausgegeben, ohne dass sich ihre Situation verbessert hätte. Im Gegenteil, seit Ausbruch der wirtschaftlichen Krise hat sie sich massiv verschlechtert. Nicht nur Faschisten und Rassistinnen machen Stimmung, auch PolitikerInnen der staatstragenden Parteien präsentieren MigrantInnen als Schuldige für die miese wirtschaftliche Lage. Dazu die Hungerstreikenden: „Wir befinden uns in unwürdigen Zuständen und im Dunkel der Illegalität, damit die Arbeitgeber und die staatlichen Institutionen von der brutalen Ausbeutung unserer Arbeit profitieren ... Je mehr Löhne und Renten gekürzt werden, je teurer alles wird, desto mehr werden Migranten als Schuldige vorgeführt, als Verantwortliche für die Verelendung und die brutale Ausbeutung der griechischen Erwerbstätigen und Kleinunternehmer.“ Und weiter: „Vorschläge der extremen Rechten werden als staatliche Politik verkündet: eine Mauer am Évros, schwimmende Internierungslager, europäisches Militär in der Ägäis, Repression in den Städten, Massenabschiebungen. Sie wollen die griechischen ArbeiterInnen überzeugen, ... dass wir für den beispiellosen Angriff ihrer eigenen Regierung verantwortlich sind.“

Zu Beginn des Streiks hatten antirassistische Gruppen die Streikenden von Kreta auf das Festland begleitet und zunächst in einem leerstehenden Gebäude der Juristischen Fakultät in Athen untergebracht. Nach immensem politischen Druck, zähen Verhandlungen und tagelanger Medienhetze, um das in Griechenland existierende Universitätsasyl sturmreif zu schießen, welches es Polizei und Militär verbietet, das Uni-Gelände zu betreten, verließen die MigrantInnen, umzingelt von einem riesigen Polizeiaufgebot, die Fakultät. Mit vielen hundert UnterstützerInnen zogen sie mit einer Demonstration ins *Mégaro Ypatía*, ein Gebäude nahe des Archäologischen Museums, um. Dort herrschen miserable Zustände, das Haus ist viel zu klein und viele müssen in Zelten übernachten. Medien und Politik setzen die Streikenden unter enormen Druck, eine Legalisierung wurde kategorisch ausgeschlossen. Offen rassistisch erklärte die Staatssekretärin im Arbeitsministerium, Anna Ntalára: „Ich stimme keinesfalls mit der Forderung nach sofortiger Legalisierung überein ... Diese Menschen haben keine Kultur, sie sind anders als wir.“ Der Innenminister Chrístos Papoutsís rief alle migrantischen Vereine auf, sich zu distanzieren und nicht zur „Unruhestiftung“ beizutragen. UnterstützerInnen und sogar die Fährgesellschaft ANEK, mit der die Gruppe übersetzte, wurden des „Menschenhandels“ angeklagt. Für ANEK etwas Neues, wurde sie doch bisher von AntirassistInnen für ihre bereitwillige Kooperation bei Abschiebungen angegriffen.

Eine Antwort auf die Barbarei

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen der „Verbreitung von Lügen“ und der „Kultivierung eines Klimas der Angst“ forderten dagegen Vertreter der Streikenden auf einer Pressekonferenz Mitte Februar. Zuvor hatte der Gesundheitsminister, Andreas Lowérdos, das Mégaro Ypatía als „Infektionsbombe“ und „Gefahr für die Volksgesundheit“ bezeichnet. Pétros Giótis, ein Sprecher der Solidaritätsinitiative, in der antirassistische, anarchistische und linke Organisationen zusammenarbeiten, erklärte, dass ein „Ärzteteam aller Fachgebiete“ die Streikenden rund um die Uhr betreue. Der Pathologe Thanásis Karambélis versicherte „dem Minister und dem griechischen Volk“, dass es „keinen einzigen verdächtigen Fall einer Infektion“ gebe.

Die Streikenden scheinen entschlossen: „Die Antwort auf die Lügen und die Barbarei muss jetzt gegeben werden ... Wir setzen unser Leben aufs Spiel, um jetzt die Ungerechtigkeit zu unseren Lasten zu stoppen. Wir fordern die Legalisierung aller MigrantInnen, wir fordern die gleichen politischen und sozialen Rechte und Pflichten wie griechische ArbeiterInnen.“ Der Hungerstreik, der sich weiter zugespitzt hat, seit am 18. Februar drei Beteiligte nach einem Schwächeanfall in Krankenhaus eingeliefert wurden, ist so auch ein Arbeitskampf, ein Kampf für Gleichberechtigung und gegen Sozialabbau. Zwar findet er in Thessaloníki und Athen statt, doch ist seine Bedeutung global. Gerade die BRD ist maßgeblich für die restriktive Flüchtlingspolitik der EU verantwortlich. Hier werden verlogene Debatten um Integration geführt, während institutioneller Rassismus viele EinwanderInnen systematisch ausschließt. UnterstützerInnen – darunter auch die syndikalistische ESE – rufen deshalb zur internationalen Solidarität auf. Solidaritätskundgebungen fanden bereits in Frankfurt, Berlin, Göttingen, Leipzig, München und Köln statt.

Ralf Dreis



Transparent am Arbeiterzentrum in Thessaloniki: „300 Migranten - Arbeiter - Hungerstreikende. Wir stehen an ihrer Seite, bis zur Erfüllung ihrer Forderungen“

Sikhula trifft Systemet

Die SAC in Schweden unterstützt ArbeiterInnen auf südafrikanischen Weinfarmen

In Schweden hält das staatliche Unternehmen Systembolaget das Monopol auf den Einzelhandel mit Alkohol. Über 3.000 Beschäftigte arbeiten in den umgangssprachlich „Systemet“ genannten Filialen, die wesentlicher Bestandteil der schwedischen Alkoholpolitik sind. Im vergangenen Jahr veröffentlichte ein schwedisches Magazin einen Artikel über die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen auf südafrikanischen Weinfarmen, deren Produkte in großem Maße auch im System wiederverkauft werden. Die SAC-Sektion bei Systembolaget (DFSA) baute daraufhin Kontakt mit der südafrikanischen Gewerkschaft Sikhula Sonke (bedeutet: „Wir wachsen zusammen“) auf, die viele der FarmarbeiterInnen, vorwiegend Frauen, organisiert. Diesen mangelt es an medizinischer Fürsorge und geeigneten Unterkünften. Da die meist spärlichen Wohnungen von den Farmbesitzern gestellt werden, ist es üblich, dass kranke ArbeiterInnen zwangsgeräumt werden.

Bereits kurz nach der Veröffentlichung des Artikels meldeten sich schwedisch-afrikanische Hilfsorganisationen zu Wort und verlangten von dem Unternehmen, Verantwortung für die Zustände auf den Farmen zu übernehmen. Dieses reagierte mit einer Image-Kampagne und sendete Beobachter in die Farmen, ohne allerdings mit den ArbeiterInnen sprechen zu wollen. Die DFSA forderte Systembolaget daraufhin auf, sich direkt mit Sinkhula Sonke zu treffen. Doch erst nachdem weitere syndikalistische Gewerkschaften aus Europa sich an das Unternehmen gewandt und Zeitungen dort kritisch nachgefragt hatten, erklärte man sich zu einem Treffen bereit. Dieses führte letztlich dazu, dass die Arbeitsbedingungen auf den Weinfarmen sogar die südafrikanische Regierung beschäftigten.

Dennoch betreibt Systembolaget Augenwischerei. Die Bemühungen dienen vorwiegend dazu, das Image des Unternehmens reinzuwaschen. Deshalb hat die DSFA, zusammen mit Schwedens größter Afrika-Hilfsorganisation, aber auch der Sektion der Systembolaget-Logistikarbeiter innerhalb des reformistischen Gewerkschaftsverbandes, eine Kampagne begonnen. Gemeinsam möchte man das Unternehmen dazu drängen, Verantwortung für die Zustände zu übernehmen und in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Farmen zu investieren. Im Rahmen dieser Kampagne werden Flugblätter vor den Alkoholgeschäften verteilt, mit denen die KonsumentInnen darüber informiert werden, wie der von ihnen gekaufte Wein produziert wird. Es werden Versammlungen und Seminare eingeladenen VertreterInnen von Sinkhula Sonke abgehalten, um die Verhandlungen der DSFA mit dem Unternehmen zu flankieren. Inzwischen hat die DSFA ihre Kampagne sogar ausgeweitet und unterstützt nun auch ArbeiterInnen auf chilenischen Weingütern.

Benjamin Amling

Terror der Bosse

Seit Jahren kämpft die CNT in Spanien für besseren Arbeitsschutz – zum Beispiel auf den Kanaren

Im zweiten Jahr in Folge versammelte sich die CNT Teneriffa zum Jahreswechsel vor dem Kanarischen Institut für Arbeitsschutz, das der regionalen Regierung der Kanarischen Inseln untersteht. Mit dieser Aktion wurde an die ArbeiterInnen erinnert, die während des vergangenen Jahres durch Arbeitsunfälle ums Leben kamen. Auf den Kanaren gab es etwa 20 solcher Tote, wobei diese Zahl noch nicht offiziell bestätigt wurde. Die CNT protestiert damit auch gegen den überall vorherrschenden Mangel an Ausbildung, Prävention und Ausstattung, der Todesopfer in allen Branchen verursacht.

Die Versammlung zum Ende des Jahres ist Teil einer schon länger dauernden Kampagne, die von der CNT in einigen spanischen Städten durchgeführt wurde. Bedingt durch die Umstände auf den Kanaren, entwickelten sich die CNT-Syndikate auf Teneriffa zu den beharrlichsten Trägern der Kampagne. Denn in den vergangenen Jahren ging mit dem Bauboom auf den Kanaren eine hohe Anzahl von Unfällen im Baugewerbe einher. Diese Unfälle lösten Versammlungen und Protestaktionen vor der regionalen Verbandszentrale der Bauunternehmer aus. Die Proteste – zusammen mit einer Skandalisierung der Unfälle durch die Massenmedien – führten immerhin dazu, dass die Unternehmer und Behörden die Schutzmaßnahmen verschärfen mussten.

Generell ist das Aufkommen tödlicher Arbeitsunfälle in Spanien hoch. So starben zwischen 2005 und 2009 laut einer Statistik des Arbeitsministeriums 5.652 ArbeiterInnen. Allein auf den Kanaren waren es in diesem Zeitraum fast 200 Opfer, davon fast 50 im Baugewerbe. Diese Zahlen verdeutlichen uns eine Härte der Arbeit, welche die CNT immer wieder anklagt. „Mit unserem Blut häufen sie ihr Vermögen an“, lautet das Motto ihrer Kampagne, mit der sie Arbeitsunfälle als Terror der Bosse entlarvt. Dabei versucht sie, die Verantwortlichen zu brandmarken: rücksichtslose Unternehmer, denen Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz als Hindernisse für ihre Profite gelten; tatbeteiligte Regierungen, die es unterlassen, mit entsprechenden Gesetzen dafür zu sorgen, dass Sicherheit am Arbeitsplatz nicht nur ein Ausnahmefall ist, insbes. in den kleinen und mittleren Betrieben; und Gewerkschaften, die in dieser Frage nichts anderes machen, als Gelder von der Regierung für Informationskampagnen zu nehmen und die Beanstandung der Zustände allein den saturierten Inspektionsbehörde zu überlassen. Doch in Spanien – ebenso wie auf dem Rest der Welt – geht es bei Arbeitsschutz um unser eigenes Leben. Es ist ein Kampf, in dem die Betroffenen nicht schwanken dürfen, selbst die Zustände anzuklagen und zu bekämpfen.

J. Luis Real Baltar (Sekretär für Gewerkschaftliche Aktion der CNT Teneriffa)

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien): Auf die Straße gegen Rentenklau

Im Januar protestierte die CNT gegen den Sozialabbau durch die spanische Regierung und beteiligte sich am 27. Jan. in Galizien, Katalonien, Navarra und dem Baskenland an den regionalen Generalstreiks. Die CNT mobilisierte im ganzen Gebiet, um damit ihre Ablehnung des größten sozialen Rückschritts in der neueren Geschichte Spaniens zu verdeutlichen. Dabei kam es zu zahlreichen Demos, umkämpften Streikposten und Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und Polizei. Neben einem bereits vor einigen Monaten verabschiedeten Reformpaket, mit dem der Arbeitsmarkt noch weiter prekarisiert wird (u.a. Lockerung des Kündigungsschutzes und Ausweitung der Leiharbeit), geht es auch um einen Angriff auf das Rentensystem. So sollen das Renteneintrittsalter auf 67 angehoben werden und ArbeiterInnen insges. 37 Jahre arbeiten, um den vollen Rentenanspruch zu erhalten.

USI (Italien): Generalstreik der Basis

Für den 28. Jan. hatte die USI zu einem Generalstreik in Italien aufgerufen. An dem Tag fanden zahlreiche gut besuchte Demos in verschiedenen Städten statt, an denen sich auch andere Basisorganisationen (COBAS, CUB und USB) beteiligten. Zu solchen Mobilisierungen, die sich gegen die Abkommen zwischen den offiziellen Gewerkschaften, der Regierung und den Arbeitgebern sowie deren Maßnahmen richten, kommt es immer wieder. Sie wenden sich u.a. gegen die Einschränkung der Streik- und Gewerkschaftsrechte und die Abwälzung der Krisenfolgen auf die ArbeiterInnen (z.B. Erhöhung des Renteneintrittsalters und Einfrieren von Gehältern). Sie fordern u.a. lebenswürdige Löhne und Renten, den Abbau des Militär- und Sicherheitshaushalts, Festanstellungen anstelle von Leih- und Schwarzarbeit, die Aufhebung der Sicherheitsgesetze und die Schließung der Internierungslager für MigrantInnen.

ZSP/PA (Polen/Slowakei): Mobilisierung gegen Sklavenhändler

Die polnische ZSP und die slowakische Priama Akcia haben zusammen mit dem Vrije Bond (Niederlande) eine Protestkampagne gegen OTTO gestartet. Dem Leiharbeitsunternehmen, das vorwiegend in Holland operiert und billige ArbeiterInnen aus Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei rekrutiert, wird vorgeworfen, ArbeiterInnen planmäßig zu betrügen und grundlegende Rechte zu verletzen. So finden sich die Betroffenen letztlich in anderen Jobs als den ihnen angebotenen wieder und werden in überfüllten Baracken untergebracht. Manchmal bekommen sie Tage, sogar Wochen keine Arbeit, wenn doch, dann oft mit brutalen Überstunden. Löhne werden nur mit starker Verzögerung gezahlt, wer sich beschwert, wird mit Kündigung bedroht. Es gibt keine bezahlten Urlaubs- und Krankentage, obwohl ihnen entsprechende Versicherungsbeiträge vom Gehalt abgezogen werden, so dass die Arbeitsbedingungen der einer Maquila in Mexiko gleichen.

Meldungen zusammengestellt von Henry Ortega Spina

Jenseits des Marktes

Die Wirtschaftstheorien Karl Polanyis als Inspiration für eine libertäre Ökonomie

Die VertreterInnen libertärer Ideen werden oft als desinteressiert an ökonomischen Fragen beschrieben. Dem ist leider zu wenig entgegenzuhalten. Abgesehen von einigen Ausnahmen gibt es tatsächlich nur selten Beiträge zu Wirtschaftsfragen aus libertärer Perspektive, sieht man mal von den Anarchokapitalisten rund um die Zeitschrift eigentümlich frei *ab, die freilich einen ganz eigenen Fokus auf diese Thematik legen. Gerade den SyndikalistInnen sollte daran gelegen sein, an diesem Punkt ein tiefgreifendes Gegenkonzept auf der Höhe der Zeit formulieren zu können. Schließlich sind wir in unserer alltäglichen gewerkschaftlichen Praxis ständig mit ökonomischen Fragen konfrontiert. Neben einigen vielversprechenden Ansätzen in Deutschland, haben sich auch im spanischsprachigen Raum in den letzten Jahren einige Initiativen gebildet, die an dieser Stelle Abhilfe schaffen wollen. Gemeinsam ist ihnen die Einsicht, dass die ökonomischen Analysen der letzten hundert Jahre an der libertär-sozialistischen Bewegung weitestgehend vorbeigegangen sind. Dieses Defizit soll zunächst aufgearbeitet werden, bevor ein Konzept für den libertären Kommunismus auf der Höhe der Zeit formulieren werden kann. Aus diesem Grund untersuchen sie unter anderem sozialistische und (neo-)marxistische Wirtschaftstheorien dieses Zeitraums, um aus ihnen für eine libertäre Theorie und Praxis nützliche Aspekte herauszuarbeiten. In diesem Sinne wurde auch dieser Text von Patrick Rossineri geschrieben, den wir in dieser und der nächsten Ausgabe der* Direkten Aktion *veröffentlichen.*

Florian Wegner (Ressort „Hintergrund")

Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008, haben populistische PolitikerInnen immer wieder den Schwerpunkt ihrer Darstellungen auf die Gegenüberstellung einer scheinbar realen und produktiven mit einer vermeintlich irrealen, spekulativen Wirtschaft gelegt. Letztere habe die Blase der Finanzmarktspekulation hervorgebracht und sei die Ursache allen Übels.

Diese Gegenüberstellung verschleiert die sich ergänzende Beziehung zwischen dem Finanzsystem und dem industriellen Komplex. Der produktive Apparat wird uns als Symbol für Tugend und Fleiß verkauft. Nicht beleuchtet wird dabei die rohe Realität der Ausbeutung der ArbeiterInnen, der Einkommensungleichheit, des Zwangs zur Lohnarbeit als einzige zulässige Daseinsform, der Umweltzerstörung und der Produktion für eine Konsumgesellschaft, die nicht die Bedürfnisse der Menschen befriedigt.

Der Kapitalismus hat sich weiterentwickelt und sich den historischen Gegebenheiten immer wieder angepasst: Seit den Anfängen der liberalen Wirtschaft im England des 18. Jahrhunderts, der imperialistische Expansion auf die peripheren Märkte, der Finanzkrise der 1930er Jahre, über die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in seinen verschiedenen Formen, der Rückkehr des Neoliberalismus unter Reagan und Thatcher, bis hin zum Zusammenbruch der sowjetischen Welt, gefolgt von der kapitalistischen Globalisierung mit der Vorherrschaft der Finanzinstitute über den Produktivapparat. Es gibt im Rahmen all dieser Entwicklungen eine hervorstechende Bezeichnung, welche zu einem Synonym für den Kapitalismus geworden ist: die Marktwirtschaft.

Die Marktwirtschaft bedingt den Kapitalismus. Nach den klassischen Ökonomen, den Urvätern des Liberalismus, richten sich die Preise auf einem freien Markt, also ohne staatliche Intervention, nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage: Steigt die Nachfrage, steigen die Preise, und sinkt die Nachfrage, sinken auch die Preise. Gemäß dieser Theorie tendiere der Markt zur Selbstregulierung, die mit dem Bild der unsichtbaren Hand veranschaulicht wird. Im Gegensatz zu dieser liberalen Theorie, vertreten die Schüler John Maynard Keynes' die Ansicht, dass der Markt durch staatliche Interventionen reguliert werden müsse. Dieses System eines Marktes mit staatlicher Planung und Intervention ist das am weitesten verbreitete, das auch im Lauf der Geschichte die meisten Varianten entwickelt hat. Die VertreterInnen dieser chamäleongleichen Variante des Kapitalismus, die sich auf den „sozialen Markt" berufen, zeigen heute mit dem Finger auf den Neoliberalismus und beschuldigen ihn allein aller Übel des Kapitalismus.

Quelle: glasgowanarchist.wordpress.com

Pierre Joseph Proudhon

Die Geschichte der libertären Ökonomie

Die libertäre Bewegung hat im historischen Rückblick keine einheitliche Position bezüglich des Marktes vertreten. Die AnarchokommunistInnen jeglicher Couleur und die SyndikalistInnen im allgemeinen, haben den Markt als Werkzeug im wirtschaftlichen System des libertären Kommunismus strikt abgelehnt. Vor allem die MutualistInnen und Pierre Joseph Proudhon haben den Markt hingegen als virtuellen Raum, in dem der ökonomische Austausch vonstatten geht, beibehalten wollen. Das was die MutualistInnen abschaffen wollten, ist das Ziel der Bereicherung, weil „das Recht eines jeden auf das Produkt seiner Arbeit" respektiert werden soll. Sie sind der Ansicht, dass in einem wirklich freien Markt, ohne intervenierende Regierung, der Wettbewerb die Monopole vernichten werde. Deshalb schlagen sie ein System des freien Kredits vor, das jedem, der es zum Gebrauch in der Produktion benötigt, die Möglichkeit gibt, Geld ohne Zinsen zu leihen, was dazu führen würde, die Einkommen anzugleichen und die Gewinne auf ein Mindestmaß zu reduzieren, um so den Reichtum ebenso wie die Armut abzuschaffen. Freier Kredit und freier Wettbewerb auf einem offenen Markt, sagen sie, werde als Ergebnis die wirtschaftliche Freiheit haben, während die Abschaffung der Regierung die Freiheit unter Gleichen absichern werde (vergl. Berkman, „Das ABC des Anarchismus").

Diese Ideen wurden durch den anarchokommunistischen Vordenker Pjotr Kropotkin abgelehnt, der die Idee einer Wirtschaft als ein auf solidarische Prinzipien gegründetes Netzwerk des freien Austausches von Gütern und Dienstleistungen verfocht. Das Prinzip der Bereicherung soll nach dieser Lehre durch einen solidarischen Austausch der Güter ersetzt werden. Der Wert der Arbeit könne, nach der Lehre Kropotkins, unmöglich berechnet werden, weil er von einer Vielzahl von Elementen beeinflusst wird, sodass er sich nicht in Zahlen ausdrücken lasse. Das unterscheidet den Anarchokommunismus vom Marxismus, der von „sozial notwendiger Arbeitszeit" spricht. Berkman fasst in seinem klassischen Werk zusammen: „Der Austausch der Waren über Preise führt zur Erzeugung von Gewinnen, zur Bereicherung und zur Ausbeutung; in einem Wort, er führt zu irgendeiner Form von Kapitalismus. Wenn du die Gewinne abschaffen willst, kannst du weder ein System von Preisen, noch von Löhnen oder Bezahlung beibehalten. Das bedeutet, dass der Austausch gemäß dem Wert erfolgen muss. Da der Wert aber ungewiss oder nicht ermittelbar ist, sollte der Austausch folglich ebenso frei sein, ohne einen gleichen „Gegenwert", weil so etwas nicht existiert. Mit anderen Worten, die Arbeit und ihre Produkte müssen ohne Preis ausgetauscht werden, ohne Gewinn, frei, gemäß der Bedürfnisse. Das führt logischerweise zum Gemeineigentum und zum kollektiven Gebrauch."

Nachdem die Entwicklung der anarchistischen Theorie von Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht hatte, verursachte der weltweite Niedergang des libertären Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch einen Bruch in der Kontinuität der dementsprechenden sozio-ökonomischen Analytik.

Die Weltwirtschaft unterlag ebenso wie der Staat und die Gesellschaften dynamischen Veränderungen, die nicht immer angemessen von den anarchistischen DenkerInnen analysiert worden sind. Heutzutage werden Versuche unternommen, dieses Defizit zu überwinden, indem man sich wieder der


Quelle: http://riangone4.blogspot.com

Karl Polanyi

sozialen und wirtschaftlichen Untersuchung widmet, mit dem Ziel, eine Analyse für die Bewegung zur Verfügung zu stellen, die auf die Errichtung einer in allen sozialen, ökonomischen und kulturellen Aspekten freien Gesellschaft abzielt. Diese vielfältigen Initiativen manifestieren sich beispielsweise in Arbeiten von Ökonomen wie Abraham Guillén, Michael Albert mit seinem Vorschlag des Parecon (vgl. *DA* Nr. 188) und der Gründung von Forschungszentren wie dem Instituto de Ciencias Económicas y de la Autogestión (ICEA) oder dem Centre d'Estudis Llibertaris „Francesc Sàbat", die beide in Barcelona beheimatet sind.

In diesem Sinne weiter voranschreitend, werde ich im folgenden in das Denken des ungarischen Ökonomen Karl Polanyi (1886-1964) einführen. Dieses Denken stand zwar sozialistischen und demokratischen Ideen, nicht aber dem Marxismus nahe. Auch wenn wir womöglich seine politischen Ideen, die in keinem Bezug zum libertären Denken stehen, nicht teilen, ist es trotzdem interessant, einige Aspekte seiner ökonomischen Theorie zu beachten, die mit dem Anarchismus kompatibel ist: Seine Kritik an der Marktgesellschaft (formuliert in *The great transformation*, 1944), seinen Vorschlag einer in der Gesellschaft „verankerten Wirtschaft", die

nicht, wie die kapitalistische Marktgesellschaft von der Gesellschaft getrennt ist und die Charakterisierung des wirtschaftlichen Prozessen auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit, der Umverteilung und des Austausches. Polanyi wird als der Gründer der ökonomischen Anthropologie betrachtet, die sich auf die Untersuchung von vormodernen Gesellschaften spezialisiert hat.

Karl Polanyi und die Marktwirtschaft

Der Markt darf nach den liberalen Ökonomen nicht von anderen Institutionen beeinflusst werden, die ohne zu intervenieren an seinem Rand verbleiben sollen. Diese klassischen Ökonomen haben in die Welt gesetzt, dass die Marktwirtschaft das Ergebnis einer natürlichen Tendenz des Menschen zum Austausch sei, den sie als *homo oeconomicus* bezeichnen und dessen höchster Grad an Rationalität die Marktwirtschaft sei. Die Individuen streben, entsprechend dieser Theorie, die Maximierung ihrer Profite innerhalb der Gesetze von Angebot und Nachfrage an. Das ökonomische Verhalten sei das Ergebnis eines universellen und natürlichen Triebes zum Handel.

Polanyi hält dieser Idee in seinem Werk *The great transformation* entgegen, dass der Kapitalismus alle menschlichen Dimensionen dem wirtschaftlichen Aspekt unterordnet und so die produktiven und distributiven Aktivitäten in einem Marktsystem, das die Wirtschaft kontrolliert, organisiert. Die Marktwirtschaft sei weder die natürlichste Wirtschaftsform, noch die Konsequenz einer universellen Tendenz des Menschen, sich entsprechend zu verhalten. Die Marktwirtschaft sei stattdessen ein Produkt der modernen Geschichte Westeuropas. Der Markt habe sich auf die Wirtschaft gestürzt und sich diese angeeignet, sodass er zum einzigen Ausdruck der westlichen Ökonomie wurde. Er habe sich als ökonomisches Modell in einer Wechselwirkung mit den Nationalstaaten und der imperialistischen europäischen Expansion entwickelt. Der Liberalismus, der selber den selbstregulierenden Markt befürwortete, setzte sich mittels staatlicher Planung durch. Die liberalen Ökonomen hätten nie aufgehört, nach der Intervention des Staates zu rufen, wenn es z.B. darum ging, die Gewerkschaftsgesetzgebung oder die Gesetze gegen Monopole zu beeinflussen.

Für Polanyi sind die Marktwirtschaft und der Nationalstaat keine unabhängigen Institutionen, sondern voneinander abhängig. Sie stellen gemeinsam die „Marktgesellschaft" dar. Der moderne Staat habe sich gleichzeitig mit den Marktwirtschaften herausgebildet und beide hätten sich dann in einem Wechselverhältnis weiterentwickelt. Der Staat habe die traditionellen Gesellschaft umgewandelt und die bäuerlichen Gemeinschaften zerstört, um eine auf Wettbewerb basierende kapitalistische Wirtschaft aufzubauen. Zum ersten Mal in der Geschichte trennte sich im Zuge dessen die Wirtschaft von der Gesellschaft und letztere geriet in einer der ersteren untergeordneten Position. Alles war zur Ware geworden: die Arbeit, der Boden, die Nahrungsmittel, die Werkzeuge, das Geld etc. Der Mensch und die Natur waren den Gesetzen und Dynamiken von Angebot und Nachfrage ausgeliefert und wurden auf dem Altar des Marktes geopfert.

Das Scheitern der liberalen Wirtschaft stürzte die Welt in den 1930er Jahren in eine beispiellose Krise. Die Gegenbewegung war der staatliche Interventionismus, welcher eine Reaktion auf die Desintegration der Gesellschaft von der Wirtschaft war, die der freie Markt zur Folge gehabt hatte. In diesem Zusammenhang kann man die stärker werdende Unterstützung auch vieler ArbeiterInnen in dieser Zeit für populistische, faschistisch-korporativistische, sozialistische, nationalistische und stalinistische Regierungen erklären. Der Staat erschien in ihren Augen nicht mehr als ein Regierungs- und Repressionsinstrument der herrschenden Klasse, sondern als Verteidiger der Interessen des Volkes, als Repräsentation der Gemeinschaft.

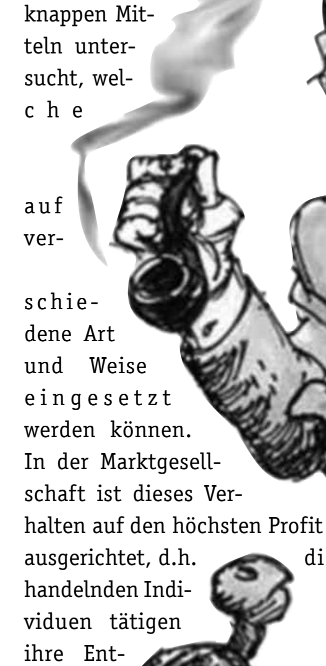

Quelle: wikipedia

Alexander Berkman

Die Polemik gegen die formale Ökonomie

Der grundlegendste Beitrag Polanyi's zu den Sozialwissenschaften war die Konsequenz, mit der er das Credo einer ökonomischen Rationalität und einer allumfassenden, auf Wirtschaft basierenden Theorie widerlegte. Die Standardannahme postulierte, dass die Wirtschaftswissenschaft die Wissenschaft ist, die das menschliche Verhalten als Beziehung zwischen Zielen und den knappen Mitteln untersucht, welche auf verschiedene Art und Weise eingesetzt werden können. In der Marktgesellschaft ist dieses Verhalten auf den höchsten Profit ausgerichtet, d.h. die handelnden Individuen tätigen ihre Entscheidungen gemäß der Gesetze von Angebot und Nachfrage. Das gesamte Ideengebäude der modernen Wirtschaft beruht auf diesen Prinzipien. Das Konzept von Wirtschaft als solcher erscheint losgelöst von dem Begriff der Gesellschaft, als handele es sich um zwei vollkommen unabhängige Einheiten. In diesem Modell nimmt die Wirtschaft eine zentrale und für die übrigen kulturellen und sozialen Praktiken dominierende Stellung ein. Die Idee, dass die Wirtschaft für die gesamte Gesellschaft grundlegend sei, ist ein Erbe, das auch der Marxismus vom Liberalismus übernommen hat, in dem er diesen ökonomischen Determinismus über den „Historischen Materialismus" auf die Geschichte übertrug. Polanyi war ein Kritiker des Marxismus und seiner Anhänger in diesem Punkt. Er vertrat die Ansicht, dass soziale Beziehungen nicht unter Produktionsverhältnissen zusammengefasst werden können. Sehr klar haben Fernando Álvarez-Uría und Julia Várela Polanyi's Position auf den Punkt gebracht: „Die Kritik der wirtschaftlichen Rationalität, das Infragestellen eines technisch-wissenschaftlichen formalen Ansatzes mit universalistischem Anspruch, der sich als ultima ratio, als der Produktion und dem Tausch zugrunde liegendes Motiv darstellt, stellt einen Ausgangspunkt dar, um zu verhindern, dass die Sozialpolitik den Technokraten unterworfen wird, die zu den höchsten Priestern der sozialen Ordnung werden, indem sie die ökonomischen Parameter zu Götzen erklären. Die so abgedroschene Rhetorik vom ‚Wirtschaftswachstum' und sogar dem ‚Wirtschaftswunder' oder der ‚Modernisierung', funktioniert wie eine leere Worthülse, die von den Problemen der direkt betroffenen Bevölkerung und den Auswirkungen, die solche makroökonomischen Parameter auf die unterschiedlichen sozialen Schichten haben, abgekoppelt wird."

Polanyi zeigte, dass nicht die Möglichkeit, sich zu bereichern, die Menschen zur Produktion von Gütern bewegt und folglich auch kein universelles Verhaltensmuster der Spezies darstellt. Der kapitalistische Markt neigt dazu, die menschlichen Entscheidungen in den Hintergrund zu drängen und sie durch Darstellungen der Mechanismen von Angebot und Nachfrage zu ersetzen. Somit ist das vermeintliche ökonomisch-rationale Verhalten der Individuen im Grunde eine von der Realität entfernte Fiktion. Bereits in den 1920er Jahren hatte der britische Ethnologe Bronislaw Malinowski den allgemeinen Geltungsanspruch des *homo oeconomicus* der klassischen Ökonomen infrage gestellt, während sein französischer Zeitgenosse Marcel Mauss in seinem einflussreichen Text „Essai sur le don" („Die Gabe") andeutete, dass „noch nicht alles gemäß den Konzepten von Kauf und Verkauf klassifiziert ist. Die Dinge haben neben ihrem Verkaufswert einen sentimentalen Wert (…) Wir haben noch andere Moralvorstellungen als nur die des Händlers." Fernab der Parameter des Preise aushandelnden Marktes verliert das liberale Paradigma jegliche Relevanz für die ökonomische Analyse.



Quelle: ilbcom.org

Kropotkin und die Tiere

Polanyi formulierte demgegenüber ein „substantivistisches Paradigma". Dieses leitet er ab von der „Abhängigkeit des Menschen von seiner Umwelt. Es bezieht sich auf den Austausch mit der natürlichen und sozialen Umgebung, in dem Maß, in dem dieser Austausch zum Ziel hat, ihm Mittel für die Befriedigung seiner materiell notwendigen Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen." Das entscheidende ist hier, die Interaktion der Menschen mit ihrer Umwelt, um materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Die Wirtschaft ist hier ein *institutionalisierter Prozess*: Die Ströme von Produktion, Verteilung und Aneignung von Gütern und Dienstleistungen sind von kulturellen Werten durchdrungen. Die Ökonomie erscheint als eine Menge von Beziehungen, ein Netzwerk, das die gesamte Gesellschaft durchdringt und nicht vollständig von der Gesellschaft, die ihm Sinn verleiht, abgetrennt werden kann. Dieses Konzept ist mit dem Ideal Kropotkins absolut kompatibel.

Kropotkin als Vorläufer Polanyis

Mehr noch, die Definition von Wirtschaft, die Kropotkin vertrat, nahm Polanyi's Standpunkt vorweg. Der Ansatz, den der berühmte russische Anarchist in „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk" skizzierte, könnte im Rahmen des substantivistischen Paradigmas Polanyi's formuliert werden. Auch Kropotkin kritisierte die auf Preisunterschiede, Einkommen, die Interessen des Kapitals etc. gerichteten Schwerpunkte der klassischen Ökonomen, die er als *vorwissenschaftlich* ansah. Er definierte Wirtschaftswissenschaft als „eine Wissenschaft, die sich mit den Bedürfnissen der Menschen und den Mitteln zu deren Befriedigung mit dem kleinstmöglichen Energieverlust beschäftigt, also als eine Art Physiologie der Gesellschaft. Dennoch haben bislang wenige Ökonomen anerkannt, dass dies der eigentliche Bereich der Wirtschaftswissenschaft ist und ihre Arbeit auf dieser Grundlage entwickelt." Beide Autoren gingen davon aus, dass die Kenntnis der vormodernen Gesellschaften einen Vergleich mit der kapitalistischen Gesellschaft ermögliche, aus dem man Erkenntnisse für eine Veränderung der Gesellschaft auf der Basis von Freiheit und Gleichheit sowie in Einklang mit der Umwelt gewinnen könnte.

Kropotkins Idee einer Wirtschaft und Gesellschaft, die auf Netzwerken und auf freiem und gegenseitigem Austausch basiert, hat ebenso wie Polanyis Werk eine deutliche ethnographische Konnotation, da Kropotkin, Geograf von Beruf, seine Schlussfolgerungen in „Gegenseitige Hilfe" auf seine Untersuchungen der Kooperation in „primitiven Gesellschaften" bezog. Polanyi wird später diesen Ansatz vertiefen und darüber einen eigenen Ansatz entwickeln, der auf drei Formen wirtschaftlicher Integration basiert, die er miteinander vergleicht, um die unterschiedlichen Formen, die wirtschaftliche Beziehungen im Lauf der Zeit in unterschiedlichen Kulturen angenommen haben zu vergleichen. Diese drei Formen sind: das Prinzip der Gegenseitigkeit, die Umverteilung und der Austausch. Wir werden diese Begriffe in der Folge nutzen, um einen Vergleich mit den von der libertären Bewegung vorgeschlagenen Organisationsformen zu ermöglichen.

Patrick Rossineri
Übersetzung: Sebastian Frei
& Florian Wegner

Der zweite Teil des Textes erscheint in der *Direkten Aktion* #205. Das spanische Original erschien in den Ausgaben 56 (Dez. 2010) und 57 (Jan. 2011) der Zeitschrift *Libertad!* aus Buenos Aires (Argentinien).

Literatur:
Alexander Berkman: „ABC des Anarchismus", Trotzdem, Grafenau 2002 (1978).
Maurice Godelier: „Ökonomische Anthropologie", Rowohlt, Reinbek b. Hamburg 1973.
Marvin Harris, „Menschen: wie wir wurden was wir sind", DTV, München 1996 (1991).
Marcel Mauss, „Die Gabe: Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften", Suhrkamp, Frankfurt/M. 2004 (1968).
Karl Polanyi, „The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen", Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995 (1977).
Karl Polanyi, „The livelihood of man", Academic Press, New York 1977.



Weitere bunt gemischte **Lesetipps** politischer/historischer Comics: „Ghost World“ (Daniel Clowes), „Feuer“ (Lorenzo Matotti), „Der Fotograf“ (Emmanuel Guibert), „Der alltägliche Kampf“ (Manu Larcenet), „Palestine“ (Joe Sacco), „Die Insel der Männer“ (Luca de Santis/Sara Colaone), „Rembetiko“ (David Prudhomme) Verlage: Reprodukt, Edition Moderne, Schreiber & Leser

Glossar:

Comic: Gängiger Begriff für eine Kunstform, die in einer Folge von Bildern einen Vorgang beschreibt oder eine Geschichte erzählt. Im Medium des Comic verschränken sich Literatur (Text) und bildende Kunst (Bild).

Graphic Novel: Der Begriff stammt aus dem US-amerikanischen Raum und bezeichnet im Regelfall einbändige Comics im Buchformat, die sich an ein älteres Publikum richten und deren Geschichten meist in sich geschlossen sind.

Cartoon: Ein Cartoon ist eine Grafik, die eine komische oder satirische Geschichte in einem Bild erzählt. Ein Cartoon kann auch gesellschaftliche oder politische Zustände in den Blick nehmen, die Pointe ist dabei jedoch unabhängig vom tagespolitischen Geschehen verständlich (im Gegensatz zur Karikatur)

Karikatur: Gezeichneter kritischer Kommentar zum politischen Tagesgeschehen, dessen Mittel die überzeichnete Darstellung von Menschen oder gesellschaftlichen Zuständen ist.

Comic Strip: Ein auf wenige Bilder (sog. Panels) beschränkter Comic. Comic Strips erschienen zuerst in den amerikanischen Tages- und Wochenendzeitungen Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Format des Strips wurde in seinen Anfängen vor allem durch die Ansprüche der Verlage bestimmt.

Politisches Erzählen in Bildern

Eine historisch-kulturelle Reflexion über die Entwicklung des Mediums Comic

Der Arbeits- und Aktionskreis kritischer Studierender Kiel veranstaltete vom 08. Januar bis zum 05. Februar 2011 an wechselnden Orten in Kiel den „Monat des Comics“. Die Veranstaltungen reichten von Ausstellungen regional wie überregional bekannter ComiczeichnerInnen über verschiedene Filmdokumentationen bis hin zu Vorträgen. Grund genug, sich einmal näher mit dem Medium auseinanderzusetzen und nach den Möglichkeiten und Grenzen des grafischen Erzählens zu fragen.

Zwischen Antike und Max und Moritz

Warum wird eine Veranstaltungsreihe zum Thema Comic von einer sich als links verstehenden Gruppe organisiert? Steckt in der Form Comic politisches Potenzial? Und wenn ja, wie viel? Die Geschichte des Erzählens in Bildern lässt sich weit zurückverfolgen. Manche Wissenschaftler gehen bis in die Antike zurück, andere bis zu Wilhelm Buschs „Max und Moritz“. Wiederum andere sehen die Geburtsstunde des modernen Comics in der Veröffentlichung der ersten Strips gegen Ende des 19. Jahrhunderts in amerikanischen Tages- und Wochenendzeitungen – in billig gedruckten Zeitungsbeilagen erreichte der Comicstrip zum ersten Mal ein Massenpublikum in den USA und wurde später auch von europäischen Verlegern adaptiert. Von den meisten Comicforschern (ein Forschungszweig, der in Deutschland vor allem in den Medienwissenschaften in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat) wird „The Yellow Kid“ von Richard Felton Outcalt als erster Comic der (Zeitungs-)Geschichte gehandelt.

Ungeachtet der Geschichte und genauen Verortung des Mediums existiert heute eine thematisch wie ästhetisch breit gefächerte internationale Comic-Kultur (zur Erhöhung des Absatzes von den großen Verlagen und Buchhandlungen mittlerweile auch gern als „Graphic Novel“ bezeichnet), deren europäisches Zentrum zweifelsohne in Frankreich auszumachen ist. Die „BD“ („bande dessinée“) werden dort auch gern als „neunte Kunst“ bezeichnet und im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum muss ein Erwachsener, der seine Vorliebe für Comics offenbart, dort mit weitaus weniger verwunderten Blicken rechnen. Hier sind Zeichner wie Jacques Tardi („Elender Krieg“, „Das Ende der Hoffnung: Für Volk und Vaterland“ u.a.) zu finden, die es verstehen, in ihren Werken gesellschaftspolitische Themen wie Krieg, Vertreibung und Völkermord, sowie die individuellen Folgen und das persönliche Grauen auf den Punkt zu bringen.

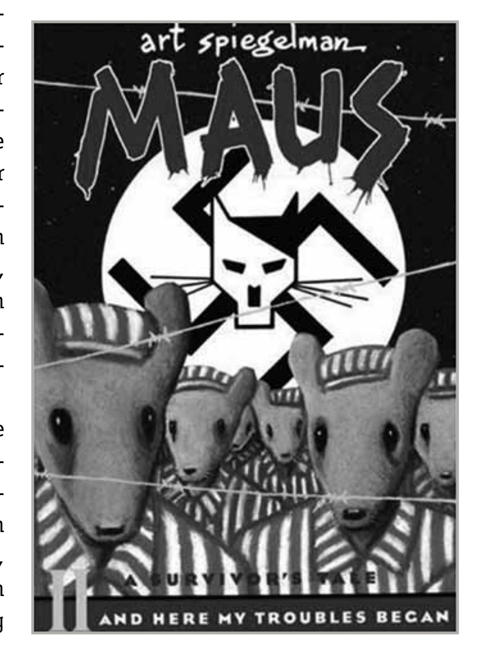
Wenn Bilder mehr sagen als Worte

Das Zentrum des *politischen* Comics liegt allerdings nicht zwingend in Frankreich: Art Spiegelman, dessen Eltern Auschwitz überlebten und 1951 in die USA emigrierten, erhielt als erster Comiczeichner 1992 den Pulitzer Preis für seine Aufarbeitung des Holocausts in „Maus – A survivor's tale“. Die Gesamtausgabe wird mittlerweile in Deutschland von der Bundeszentrale für politische Bildung verlegt – die vier Euro sind eine lohnende Investition!

Die Aufarbeitung der dunklen Episoden der Menschheitsgeschichte im Medium des Comics hat in den vergangenen Jahren zugenommen – was sich nicht zuletzt in Comicverfilmungen wie „Waltz with Bashir“ oder „Persepolis“ zeigt. Andere jüngst erschienene Beispiele sind „Insel der Männer“, eine Graphic Novel, welche das Schicksal einer Gruppe homosexueller Männer in einem Internierungslager zur Zeit des italienischen Faschismus behandelt, oder „Rembetiko“, der 24 Stunden im Leben von fünf Musikern erzählt, die unter der Repression und Verfolgung des griechischen Diktators Ioannis Metaxas zu leiden haben.

Dennoch bleibt die zu Anfang gestellte Frage unbeantwortet: Wo liegen die politischen Möglichkeiten und Grenzen des Mediums? Ein Medium im Rahmen eines solchen Artikels per se als politisch zu bezeichnen, wäre etwas vorschnell. Trotz allem lassen sich in der dem Comic spezifischen Verschränkung von Text und Bild Sinnzusammenhänge, Widersprüche, Selbstreferenzialität und Ironie ausdrücken wie in keinem anderen Medium. Das Wort charakterisiert und spezifiziert die Zeichnung – die Zeichnung unterstreicht den emotionalen Gehalt der Worte. Eine einzige gut getroffene Zeichnung kann dem Leser mehr vermitteln als mehrere Seiten wörtlicher Beschreibung einer Person oder Szenerie. Genau in dieser Lücke zwischen Text und Bild entsteht die Spannung, die es dem Medium Comic ermöglicht, persönliche und gesellschaftliche Geschichte so zu verbinden und aufeinander zu beziehen, dass persönliche Schicksale zum Symbol des Gefühls einer Epoche werden können.

Simon Ohlig



Art Spiegelmanns „Maus“ war eine Zäsur sowohl für das politische Comic, als auch die Holocaust-Didaktik

Dirk und Sonja zu Gast im Elfenbeinturm

Wieso die bürgerlichen Medien durch den Erfolg des „Dschungelcamps“ so verunsichert sind

In kleiner, aber feiner Runde sitzen wir in einer schicken Altonaer Altbauwohnung zusammen, es gibt Wein und loungige Elektromusik, die Gespräche kreisen um die erreichten oder bald erreichten Studienabschlüsse, Fernreisen, Jobaussichten, Kultur und Politik, ein ganz normales StudentInnen-Sit-In eben. Dann kommt man auf *das* mediale Thema des jungen Jahres 2011 zu sprechen – nein, nicht die Aufstände und Revolutionen entlang der afrikanisch-orientalischen Grenzen der EU, sondern das sogenannte „Dschungelcamp“, der erfolgreichen Unterhaltungssendung aus dem Hause RTL. Nachdem sich kurz pikiert angeschaut wurde, lassen die meisten der Gäste dieses Abends die Hüllen fallen und beginnen auszuführen, warum auch sie die letzte Staffel der Show verfolgt haben.



So offen rassistisch ist Deutschlands Bildungsbürgertum

Schützenhilfe für die Fernseh-Bourgeoisie

Die Argumente wurden zuvor bereits ausreichend aufbereitet – beim *Spiegel*, in der *FAZ* und, ganz entscheidend, den Talkshows der öffentlich-rechtlichen TV-Sender. Wie kann es bloß sein, fragten in einem Anfall von Selbstvergessenheit zahllose Vorzeige-AkademikerInnen, dass die sonst angeblich dermaßen klare Trennung der TV-KonsumentInnen entlang ihres sozialen Status ausgerechnet bei der lange als Prototyp niveauloser Unterhaltung angesehenen Dschungelposse aufgehoben wurde? Es läge daran, so die ApologetInnen des ach so schrecklichen TV-kulturellen Distanzverlustes zu den „äh, naja, sagen wir mal schlichteren Gemütern, oder, nein, nennen wir sie die ärmeren Schichten“ (O-Ton Maybritt Illner während der entsprechenden Diskussion in ihrer Talkshow), dass in der letzten Dschungel-Staffel so ungemein komplexe Geschichten über Verrat und Freundschaft, Aufrichtigkeit und Lüge, schlicht über soziale Interaktion per se verhandelt worden seien.

Zwischen den Zeilen

Trotz der Fülle an medialen Äußerungen – die das RTL-Format lobten, von anderen Sendungen à la „Bauer sucht Frau“ abgrenzten und so ihrem Publikum einen Ablassschein für die Sünde ausstellten, sich an 60 Minuten am Abend auf dieselbe Weise wie so mancheR Hartz IV-BezieherIn betätigt zu haben – wurde eine durchaus bemerkenswerte Komponente der Sendung nicht erwähnt: nämlich die in ihr ausgetragene Fernsehkritik. Die Absurdität von TV-Unterhaltung ist ein kaum noch implizites, tatsächlich eher schon explizites Thema der Dschungelshow, in der abgehalfterte Objekte der TV-Belustigung mit dem Schrott ihres eingeübten Vokabulars konfrontiert werden – oft brillant auf den Punkt gebracht durch die Kommentare Dirk Bachs und Sonja Zietlows. Und schließlich kriegen die KandidatInnen den ganzen Müll, den sie im Laufe ihrer „Karriere“ im Dienst der Quotenjagd der Sender auf die Bevölkerung losließen, auch noch in Form von Getier und Gedärm zurück in den Mund gestopft; endlich wird mit der längst fälligen Abrechnung begonnen, die Chefs von RTL, ProSieben oder ARD/ZDF sind hoffentlich auch bald dran.

Gebildet und doch dumm

Aber diesen Aspekt brachten die diskursanalytischen Abhandlungen der medialen RepräsentantInnen des sogenannten „Bildungsbürgertums“ nicht in die Diskussion ein. Es stand nicht das Medium „Fernsehen“ zur Disposition, noch nicht einmal in der bereits erwähnten Maybritt Illner-Sendung „Was ist gute Unterhaltung?“, in der neben dem Dschungelcamp-Kandidaten Mathieu Carrière auch Thomas Gottschalk und Ute Biernat, Produzentin der RTL-Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ zusammensaßen. Daher sei nun ein weiterer Versuch unternommen, die Akzeptanz des Dschungelcamps in Akademikerkreisen zu erklären: Es gibt gar keinen wesentlichen Unterschied in Inszenierung, Verfälschung, Verflachung und dem Bedienen bürgerlicher Ressentiments zum „Heute Jounal“, „Die Reporter“, „Hart aber Fair“ oder „Maybritt Illner“. Was sich in diesen Sendungen „Information“ oder gar „Diskussion“ schimpft, besteht fast immer aus standardisierten Redewendungen, haarsträubenden Verkürzungen komplexer Zusammenhänge, grober Aneinanderreihung zusammenhangloser Statements und (wenig erstaunlich) dem Ausbreiten einer unhinterfragten bürgerlichen Leistungs- und Selektionsideologie. Ohne Frank Plasberg und Anne Will wäre Thilo Sarrazin mit seinem Buch in der Versenkung verschwunden, ohne ARD und ZDF keine schlecht getarnten Nationalismus-Kampagnen im Gewand „friedlicher Fußballbegeisterung“, kein Schwachsinn eines „Du bist Deutschland“. In diesem Zusammenhang kann auch einer furchtbaren Psycho-Sendung wie „Deutschland sucht den Superstar“ in Abgrenzung zu ARD und ZDF zumindest eines zugute gehalten werden: Wenigstens hier spielen Kategorien wie Herkunft oder sozialer Status keine Rolle. Da könnte Maybritt Illner sich von Dieter Bohlen eine gute Portion abschneiden.

Marcus Munzlinger

Funktionalität einer rassistischen Gesellschaft

Ein Gespräch über das Wesen der Arbeit vor dem Hintergrund des NS-Zwangsarbeitssystems

Dr. Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätte Mittelbau-Dora (als Teil der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora), war Kurator der Sonderausstellung „Die Deutschen, die Zwangsarbeit und der Krieg" im Jüdischen Museum, die über vier Monate bis Ende Januar diesen Jahres in Berlin zu besichtigen war und nachfolgend in Moskau, Warschau und anderen Städten in Europa und den USA präsentiert wird. Mit der Direkten Aktion *sprach er über das Wesen der Arbeit vor dem Hintergrund des NS-Zwangsarbeitssystems.*

Herr Dr. Jens-Christian Wagner, zunächst eine Frage zu der Zusammenarbeit entlang der Sonderausstellung. Wie kam es zum Engagement der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora zum Thema Zwangsarbeit?

In der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora spielt das Thema Zwangsarbeit seit längerem eine zentrale Rolle. Das hat historische Gründe: Mittelbau-Dora war das erste und am Ende weitaus größte Konzentrationslager, das zu dem einzigen Zweck eingerichtet wurde, die Arbeitskraft seiner Insassen für die deutsche Rüstungswirtschaft auszubeuten. Mittelbau-Dora gilt als Modellfall der KZ-Zwangsarbeit und deshalb haben wir das Thema auch in unserer Dauerausstellung, die 2006 eröffnet wurde, in den Mittelpunkt gestellt.

Im Kern geht es in unserer Gedenkstätte um das Thema der Zwangsarbeit im Konzentrationslager. Diese kann man von anderen Formen der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – also etwa der von Kriegsgefangenen, zivilen „Fremdarbeitern", Strafgefangenen oder Juden sowie Sinti und Roma – nicht isoliert betrachtet werden. Aus diesem Grund haben wir in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora gemeinsam mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" die Idee entwickelt, weltweit erstmals eine Ausstellung zu konzipieren, die übergreifend alle Formen der Zwangsarbeit im NS und damit auch alle Opfergruppen darstellt und zugleich die lange Geschichte der mangelnden gesellschaftlichen und politischen Anerkennung ehemaliger Zwangsarbeiter nach 1945 beleuchtet.

Zu Beginn der Ausstellung wird explizit auf die ideologische Komponente der Zwangsarbeit im sogenannten „Dritten Reich" eingegangen, ich denke da etwa an die Zeitungsartikel, in denen Zwangsarbeit für Juden und Jüdinnen als „Lehrgänge" für sonst „Arbeitsscheue" dargestellt wird. Waren derartige Inszenierungen erfolgreich? Eigentlich müssten doch gerade in den Großstädten mit einer lebhaften jüdischen Kultur derartige Darstellungen nur wenig Wirkung entfaltet haben...

Diese Inszenierungen hatten ja nicht das Ziel, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass angeblich Arbeitsscheue arbeiten lernen. Vielmehr ging es um öffentliche Demütigung unter bewusstem Rückgriff auf antisemitische Klischees – denken Sie etwa an das in der Ausstellung gezeigte Foto von November 1938, das eine Kolonne jüdischer Zwangsarbeiter mit dem Transparent „Kolonne Grünspan lernt arbeiten" zeigt (Katalog, S. 38).

Das (gewollte) Selbstbild der Deutschen als fleißig und arbeitsam sollte jedenfalls durch die Konstruktion der Antithese – der schmarotzenden „volksfremden Elemente" – bestätigt werden. Dieses Selbstbild war nun allerdings keine originäre Erfindung der NationalsozialistInnen – ebenso wenig wie der Antisemitismus. Das System der NS- Zwangsarbeit gediehen auf fruchtbarem ideologischem Boden – würden Sie diese Einschätzung unterstützen?

Antisemitische Klischees (etwa das vom jüdischen „raffenden" im Gegensatz zum nichtjüdischen „schaffenden" Kapital) waren in der deutschen Bevölkerung seit Ende des 19. Jahrhunderts weit verbreitet; die antisemitische Hetze der Nazis war also durchaus anschlussfähig.

Natürlich kann eine Beschäftigung mit der Zwangsarbeit im NS-Regime nicht den Zweck von Zwangsarbeit, wie sie vor allem nach 1939 praktiziert wurde, ausblenden – die sogenannte „Vernichtung durch Arbeit". Nichtsdestotrotz noch ein paar Fragen zum Bild von Arbeit vor und nach 1933. Die NationalsozialistInnen unterstellten nicht bloß jüdischen Menschen, sondern vor allem auch ihren linken Gegnern oder auch dem städtischen Subproletariat – Obdachlosen, Drogensüchtigen usw. – beständig, das deutsche Volk um den Lohn seiner Arbeit bringen zu wollen. Was drückt diese enorme Fixierung auf „Arbeit", von einigen BeobachterInnen schon als gesellschaftlicher Fetisch bezeichnet, über die deutsche Gesellschaft dieser Zeit aus?



„Diese Worte vor dem Eingang der Konzentrationslager, hier Auschwitz, veranschaulichen wohl am besten den perversen Arbeitsfetisch der NS-Ideologie"

Die Trennlinie zwischen Arbeitseifrigen und „Arbeitsscheuen" war nicht politisch, sondern rassistisch definiert, im Hinblick auf Obdachlose und andere sogenannte „Asoziale" auch sozialrassistisch. „Arische" politische Gegner galten den Nazis dagegen zumindest potenziell als vollwertige Mitglieder der propagierten Volksgemeinschaft. Sie waren nur eben falsch „gepolt" und mussten – immer in NS-Perspektive gedacht – deshalb durch Zwangsarbeit umerzogen werden. In der Bevölkerung war dieser Gedanke durchaus populär. Es zeigt sich, wie weit letztlich der Leistungsgedanke (nur wer etwas leistet, ist etwas wert) ging.

Wie groß war der Anteil der Industrie an der Abwicklung der NS-Zwangsarbeit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges? Gab es auch schon vor 1939 direkten Zugriff der Wirtschaft auf Menschen, die zur Arbeit gezwungen wurden?

Volkswirtschaftlich war die Zwangsarbeit vor dem Krieg auf den ersten Blick bedeutungslos. Nutznießer dieser frühen Formen der Zwangsarbeit waren auch nicht Industriebetriebe, sondern staatliche Unternehmen und die SS (Steinbrüche, Moorkultivierungsarbeiten). Sekundär gesehen war die Zwangsarbeit allerdings nicht ganz unwichtig, denn vor allem die „Aktion Arbeitsscheu Reich" von 1938 (von Arbeitsämtern und Gestapo gemeinsam organisierte Einweisung sogenannter Arbeitsscheuer in die Konzentrationslager) trug vor dem Hintergrund des Vierjahresplanes und der Kriegsvorbereitung erheblich zur Disziplinierung der Arbeiterschaft bei.

Gab es vor 1939 Versuche unter den ZwangsarbeiterInnen, sich zu organisieren und auf irgendeine Weise Widerstand zu leisten? Vielleicht durch inhaftierte GewerkschafterInnen?

In den Konzentrationslagern gab es schon frühzeitig Versuche, konspirative Widerstandsgruppen zu organisieren. Diese wurden von politischen Häftlingen getragen, vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten. Darunter waren selbstverständlich auch Gewerkschafter. Die Zwangsarbeit spielte dabei aber keine Rolle.

Auf der anderen Weise gab sich die NSDAP ja auch als Arbeiterpartei. Fand der hämische Ton z.B. der in der Ausstellung zu sehenden Zeitungsartikel über die Opfer der Zwangsarbeit Anklang bei den ArbeiterInnen?

Ja, die Zwangsarbeit der „anderen" traf auch in der Arbeiterschaft verbreitet auf Zustimmung, denn sie war vielfach mit dem Gefühl sozialen Aufstiegs verbunden, selbst wenn sich real an der materiellen Situation nichts änderte. Das hat viel mit dem Mechanismus von Inklusion und Exklusion zu tun. Man könnte das Aufstieg durch Unterschichtung nennen: Der deutsche Arbeiter war nach 1939 Vorgesetzter seines ausländischen „Kollegen", den er beliebig drangsalieren konnte. Selbstverständlich haben das nicht alle getan, aber man muss doch konstatieren, dass sich nur eine kleine Minderheit mit den nichtdeutschen Zwangsarbeitern solidarisch gezeigt hat. Das „Klassenbewusstsein" war in dieser Hinsicht doch recht schwach ausgeprägt bzw. eben nur auf die Angehörigen des eigenen „Volkes" beschränkt. Es zeigt sich auch hier, dass der Rassismus der gesellschaftliche Fixpunkt der NS-Zeit war.

Die Zahlen der Betroffenen von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus sind unglaublich – über 20 Millionen. Es wird deutlich, dass die deutsche Wirtschaftsleistung nach 1939 komplett von der Zwangsarbeit abhängig war. Wie beurteilen Sie die Kompensationsleistungen und die Aufarbeitungsleistung der deutschen Wirtschaft bis heute?

Zunächst einmal dauerte es fast 60 Jahre, bis sich die deutsche Wirtschaft überhaupt dazu durchrang, zumindest eine symbolische Entschädigung an die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter zu zahlen. Und das geschah auch nicht aus eigenem Antrieb, sondern als Folge bürgerschaftlichen Engagements in Teilen der deutschen Bevölkerung, vor allem aber aus der Sorge um den Ansehensverlust deutscher Industrieunternehmen im Ausland und damit um internationale Absatzmärkte, nachdem in den USA von Überlebenden Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen eingereicht worden waren. So kam es im Jahr 2000 zum Bundestagsbeschluss über die Auszahlung von knapp 5 Mrd. Euro an ehemalige Zwangsarbeiter durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Das hat sicherlich vielen materiell geholfen und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Herkunftsländern mit dazu beigetragen, dass die ehemaligen Zwangsarbeiter nun endlich politisch und gesellschaftlich als NS-Opfer anerkannt wurden. Dennoch bleibt ein bitterer Beigeschmack, denn alle „Leistungsempfänger" mussten Verzichtserklärungen auf weitere Ansprüche gegen deutsche Unternehmen unterschreiben, und außerdem blieben mit den italienischen und sowjetischen Kriegsgefangenen große Zwangsarbeitergruppen bis heute von Zahlungen ausgeschlossen.



© Daimler AG, Archive und Sammlung

Zwangsarbeiterinnen auf der Baustelle eines Kfz-Instandsetzungswerks unter der Leitung von Daimler-Benz in Minsk, September 1942

Kaum zu fassen auch diese Information, die in der Sonderausstellung vermittelt wurde: Im ersten Jahr des Russland-Feldzugs der Wehrmacht wurden zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene nicht zur Zwangsarbeit eingezogen, sondern einfach dem Tod durch Verhungern und Erfrieren überlassen. Erst die Kriegskosten führten zum massenhaften Einsatz sowjetischer Gefangener im System der Zwangsarbeit – freilich mit nicht minder schockierenden Opferzahlen. Haben Sie Rückmeldungen erhalten, wie gerade Schulklassen auf diese Dimensionen reagierten? In den letzten Jahren sind sowjetische Leiden unter der deutschen Besatzung ja etwas in den Hintergrund geraten, das Leiden der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten wird dafür immer vehementer thematisiert.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen sind überhaupt die wohl größte unter den weitgehend vergessenen Opfergruppen. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir dieses Thema in der Ausstellung recht breit dargestellt. Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur unsere Ausstellung, sondern auch der bevorstehende 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion dazu beitragen, dass die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein in Deutschland rückt.

Verachtung für angeblich arbeitsscheue Menschen, das Einteilen der Bevölkerung in nützlich und unnütz, Arbeit um jeden Preis – fast scheint es, als ob die ideologischen Voraussetzungen, die Zwangsarbeit ab 1933 ermöglichten, heute nicht allzu fern zu sind. Wurde derartiges rund um die Sonderausstellung von den Verantwortlichen diskutiert?

Ich bin kein Freund allzu verkürzter historischer Analogiebildungen. Hier jedoch hat der historische Befund einen hohen Aktualitätsbezug, nicht nur in Bezug auf das Leistungsdenken und utilitaristische Ideologeme, sondern ganz allgemein bezüglich der Frage, wie eine durch und durch rassistisch formierte Gesellschaft funktioniert. Das ist ausstellungsdidaktisch die Kernfrage und das Leitthema der Ausstellung.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Marcus Munzlinger

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Kampf um Aufklärung und Gerechtigkeit

Des letzten Rätsels Lösung: Oury Jalloh, einen Bürgerkrieg fliehend, fand er in einer deutschen Polizeizelle den Tod

Oury Jalloh verbrannte am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Gewahrsamszelle des Dessauer Polizeireviers. Zwei Wochen nach seinem Tod organisierte die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh" die erste Demonstration in Dessau. Seitdem gehen jedes Jahr an seinem Todestag in Dessau und anderen Städten die Menschen auf die Straße.

Sein Asylantrag wurde abgelehnt, er war geduldet und musste im Lager leben. Oury Jalloh hatte ein Kind mit einer Deutschen, welches diese zur Adoption freigab.

In einem ersten Prozess, der mehr als zwei Jahre später begann und anderthalb Jahre andauerte, erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung mit Todesfolge gegen zwei Polizeibeamte. Der Prozess endete im Dezember 2008 mit Freisprüchen – obwohl sich die Staatsanwaltschaft in der Anklage schon auf die Darstellung der Polizei eingelassen hatte, wonach es dem Gefesselten gelungen sei, „ein Feuerzeug aus seiner Hose zu holen, ein Loch in die kunstlederne Matratze zu bohren und den darin befindlichen Schaumstoff zu entzünden".

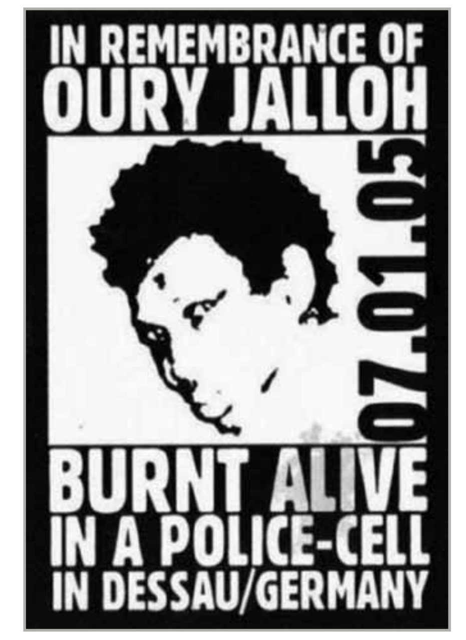
Der Prozess zeichnete sich durch Kungelei, Mauern, Lügen, Falschaussagen der PolizistInnen und verschwundene Beweismittel aus und fand keine Antworten auf wichtige Fragen, wie sie das Flüchtlingsnetzwerk Karawane stellt: Wer betrat kurz vor Ausbruch des Feuers die Zelle, in der Oury Jalloh lag? Wie gelangte ein Feuerzeug in die Zelle, obwohl er zuvor gründlich durchsucht worden war? Wie kann ein an Händen und Füßen gefesselter Mensch eine feuerfeste Matratze in Brand setzen? Was für eine Flüssigkeit befand sich kurz vor Feuerausbruch auf dem Boden der Zelle? Wie wurde Oury Jallohs Nasenbein gebrochen – eine Verletzung, die bei der ersten Obduktion nicht festgestellt worden war? Wo ist das Video der Tatortermittlungsgruppe und wie konnte es einfach verschwinden? Wie konnte die zweite Handschelle, die als Beweismittel dienen sollte, weggeworfen werden?

Gegen das Urteil von 2008 gingen Staatsanwaltschaft und Nebenklage in Berufung. Im Juni 2009 klagten Eltern und Bruder zudem beim Landgericht Dessau-Roßlau auf 70.000 Euro Schmerzensgeld. Im Januar 2010 hob der Bundesgerichtshof den Freispruch des Polizeivorgesetzten auf. Seit Januar 2011 sitzt nun der damalige Dienstgruppenleiter Andreas S. wieder auf der Anklagebank, diesmal vor dem Landgericht Magdeburg. Der Prozess ist bis Dezember angesetzt.

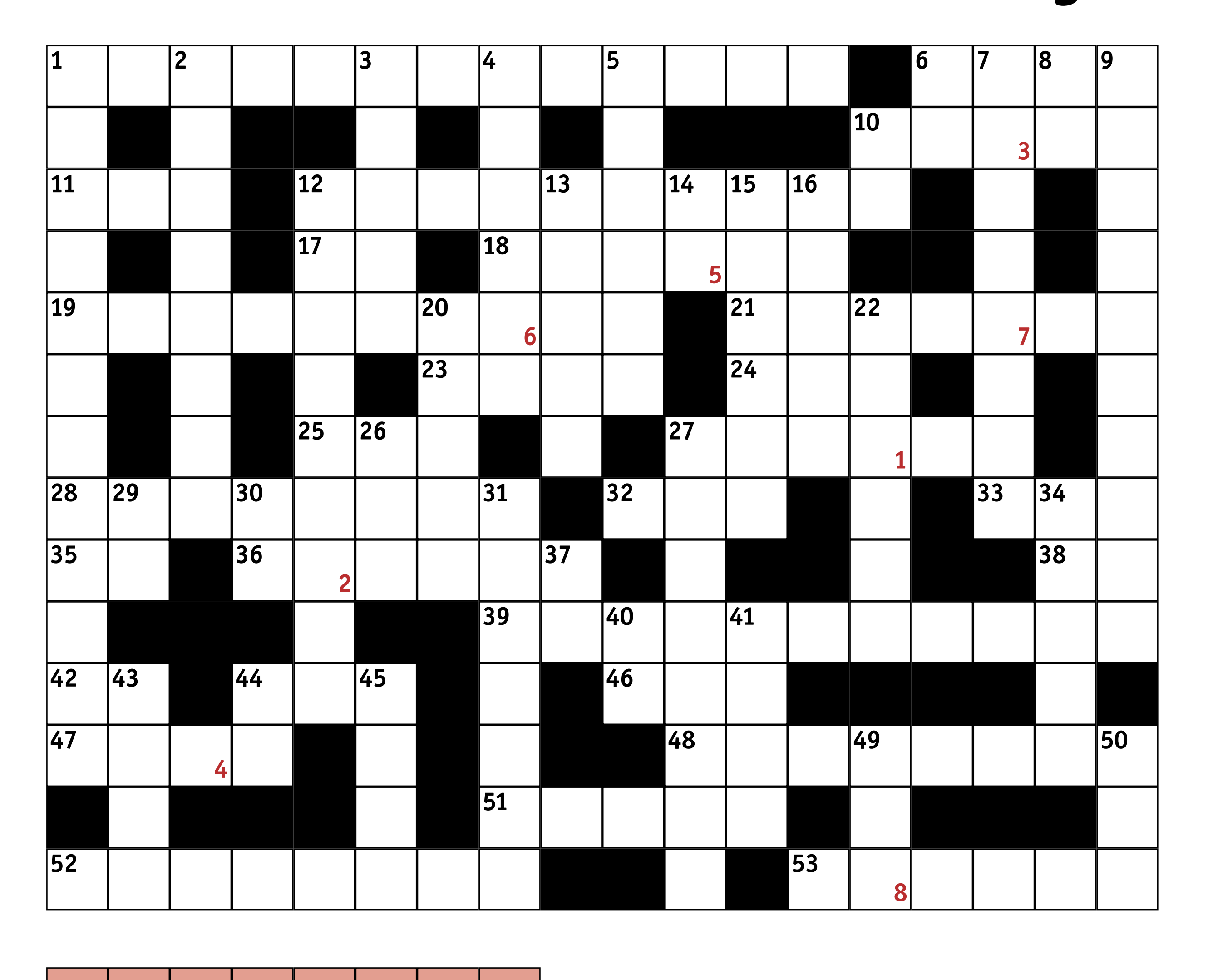
Bereits im Herbst 2002 war unter demselben Dienstgruppenleiter und demselben Polizeiarzt ein Mensch in Gewahrsam gestorben – an Hirnblutungen aufgrund eines Schädelbruchs, den er schon vor der Festnahme erlitten haben soll. Zur Untersuchung und Aufklärung kam es nie. Der zuständige Arzt Andreas B. ordnete, trotz des erheblichen Alkoholeinflusses seines Patienten, auch bei Oury Jalloh keine Einweisung in ein Krankenhaus an.

No Lager-Gruppe Halle, mit Material von wikipedia.

Weitere Informationen:
www.initiativeouryjalloh.wordpress.com



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 69



Waagerecht

1. Filme gucken zu Hause 6. eine sizilianische Mafia: ~ *nostra* 10. städtisch 11. Abk. im Netzjargon für „Ende des Textes/Diskussionsfadens" 12. jemand, der Dinge hinterfragt und unkonventionelle Ideen ausprobiert <männl. Form> 17. Umschreibung für „ü", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 18. Gerät zur Warmwasserbereitung 19. „Transportsystem" an der Supermarktkasse, in der Fabrik, im Bergwerk usw. 21. jeder Staat hat sie: Spione, heimliche Aufpasser 23. Männername 24. bei gleichnamigen Personen, insbesondere beim Vater und Sohn, verwendet man oft diesen Namenszusatz <Abk.> 25. umgangssprachlich <Abk.> 27. russischer Politiker, der 1991 die UdSSR mit auflöste; 1991-99 Präsident Russlands 28. Raumflugkörper, die für das Funktionieren vieler Handy- und Computerdienste unerlässlich sind <Einzahl> 32. Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Miltenberg in Bayern 33. klassischer Rum-Cocktail: *Mai-~* 35. Maßeinheit der Leistung eines Automotors <Abk.> 36. bürgerliche Medien unken, dass Kriege wegen diesem lebenswichtigen Gut geführt werden könnten; die Versorgung mit diesem Lebensmittel wird oftmals gnadenlos privatisiert 38. chem. Zeichen für Cer 39. was ist vielen EU-Ländern erkämpft worden ist und flächendeckend gilt, gibt es in der BRD nur für einzelne Branchen 42. Kfz-Kennzeichen für Alzey 44. Kfz-Kennzeichen für Stade 46. größter Strom Afrikas 47. chinesische Währung 48. Agent, der in eine Organisation eindringt, um sie auszuspähen oder zu beeinflussen, aber erst nach langer inaktiver Zeit in Aktion tritt 51. *„Wo es ~ gibt, gibt es auch …* [siehe Senkrecht 3]*"* 52. Blasinstrument und Symbol des südafrikanischen Fußballs 53. in dieser Stadt im südlichen Mexiko entwickelte sich 1996 ein Protest streikender LehrerInnen zu einer Revolte, die den gesamten Bundesstaat erfasste.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. Reizstoff in einem Sprühgerät zur Selbstverteidigung (wird auch offensiv von der Polizei eingesetzt) 2. Anhänger <männl. Form> der Freikörperkultur 3. *„Wo es …* [siehe Waagerecht 51] *gibt, gibt es auch ~"* 4. achtenswert, ehrenwert 5. *tief in der ~ sitzen* = stark verschuldet sein 6. chem. Zeichen für Chrom 7. jemand, der Leichen eröffnet <männl. Form> 8. Abk. für Aktiengesellschaft in den meisten romanischen Ländern 9. Region Spaniens, hier wurde die anarchistische Kollektivierung der Landwirtschaft während der Spanischen Revolution in großem Maßstab umgesetzt 10. Auerochse 12. Nörgler, Quengler 13. ~ ~: ein bekanntes Lied über ein Kälbchen, das sich nicht dagegen wehrt, zur Schlachtbank geführt zu werden und somit die Situation vieler JüdInnen während der Naziherrschaft versinnbildlichen solltet (von Aaron Zeitlin u. Shalom Secunda, 1940) 14. Länderkürzel für die Niederlande 15. größeres, bauchiges Metallgefäß 16. Enterich 20. Gesamtheit aller einfachen Mitglieder einer Partei oder Organisation (in Abgrenzung von deren FunktionsträgerInnen) 22. Geschlechtsverkehr zwischen verwandten Personen 26. Genossenschaftsbank, die 2003 die in Schwierigkeiten geratene Ökobank übernahm: *~-Bank* 27. während seiner Arbeit für *Das Freie Wort* lernte Rudolf Rocker diese Sprache 29. Spielkarte mit höchstem Wert <alte Rechtschreibung> 30. deutsche Fluggesellschaft mit Sitz in Düsseldorf <Abk.> 31. Zeitformen des Verbs <Fachbegriff> 34. *ständig auf ~* = viel unterwegs 37. Abk. für das „Buch der Richter" in der Bibel 40. bei Höhenangeben Bezeichnung für den Meeresspiegel <Abk.> 41. bei einem seither als *~-Test* bekannten Fahrversuch in Schweden landete 1997 der neuste Produkt von Mercedes-Benz auf dem Dach 43. Stamm in Südafrika 44. chem. Zeichen für Zinn 45. Vom Wind zusammengewehter Sandhügel 49. weiblicher Vorname 50. segeltragender Bestandteil der Takelage eines Segelschiffs.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
GewinnerIn #203: Moritz F. aus Göttingen

Auflösung # 68

```
BAGATELLKÜNDIGUNG 
O E A   R E W P  Q
JELINEK EUR R SV Ü
EID K Ä M VEIT ETA
  K S MALMÖ TEER S
SPRIT P   SCHLEPPT
T I EEF PA H E F  
ASS LITURGIE XYLOL
R E LN NIE OF  I A
T  RESIDENZPFLICHT
BABA T  MD S E H R
AUSSTAND AU PARTEI
HD U N O  N U  E N
NIMROD MINIERMOTTE
```



anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.
ViSdP: Florian Wagener
Druck: Union Druck Berlin
Redaktionsschluss DA 205: 8.April 2011